

THOMAS WESTPHAL
Die SPD nach dem
Bundesparteitag

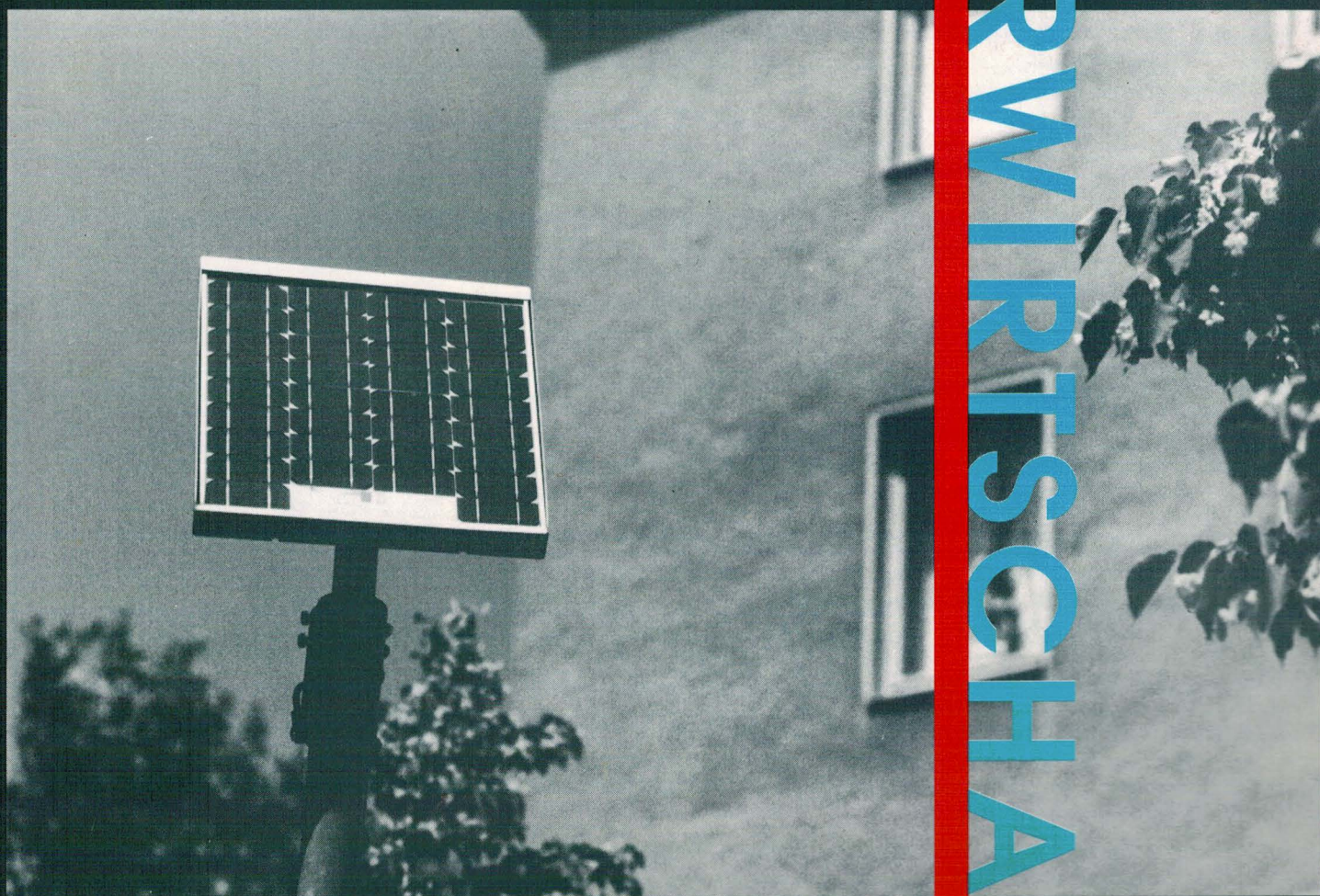
HERMANN SCHEER
Sonnenenergie –
das zentrale sozial-
ökologische Projekt

EDGAR GÖLL
Der pazifische Raum

SPÖW

Zeitschrift
für
Sozialistische
Politik
und
Wirtschaft

SOLARWIRTSCHAFT



KURZUM

von Uwe Kremer

Eine umzugsbedingte Verzögerung unseres Erscheinens (siehe unten die neue Adresse des spw-Büros) erlaubt es, an dieser Stelle auf ein sozialdemokratisches Wunder einzugehen - nämlich den nach der Wahl in Sachsen-Anhalt gezeigten Mut, sich auf eine rot-grüne Minderheitenregierung, auf eine wie auch immer geartete Öffnung gegenüber der PDS und auf die damit unvermeidbar verbundenen Volksfront-Vorwürfe einzulassen. Das wichtigste Ergebnis dieses Vorganges über Sachsen-Anhalt hinaus dürfte darin bestehen, daß nunmehr wieder breiteren Teilen der Sozialdemokratie überhaupt die Möglichkeit für einen aktiven Wahlkampf geboten wird, weil man dabei nämlich wieder einigermaßen guten Gewissens für eine rot-grüne Perspektive eintreten kann. Daß die spw kürzlich in der Frankfurter Rundschau gerade mit dieser Richtungsangabe identifiziert worden ist, entspricht den Tatsachen. So werden wir zusammen mit „Andere Zeiten“ - der Zeitschrift radikalreformärer Grüner - demnächst eine fachorientierte Konferenz zu den „Mindeststandards“ einer inhaltlich konsequenten und politisch umsetzbaren solidarisch-ökologischen Reformpolitik durchführen.

Und nun natürlich einige Worte zur PDS. Daß die Phase der reinen Ignoranz und Abgrenzung gegenüber diesem „Phänomen“ anscheinend beendet ist, kann man als erfreulich ansehen. Allerdings tritt nunmehr in der sozialdemokratisch-grünen Szenerie immer mehr eine schlecht-sozialpädagogische Herangehensweise in den Vordergrund - mit viel Verständnis für das Verhalten der PDS-WählerInnen, die man aber gleichzeitig als politisch unreif bzw. minderbemittelt ansieht, lassen sie sich doch zu so kindischem Verhalten wie Trotz und Protest hinreißen. Aber mit Geduld und viel Zuwendung... Auf der anderen Seite unterstellt man von vorneherein, daß es ein Akt politischer Reife sei, die etablierten Parteien zu wählen - wobei sich auch die Grünen um so mehr haben etablieren können, als die PDS deren frühere Rolle als „nicht politikfähige“ Außenseiter und Watschenpartei

eingenommen hat. Und nun wettern wir als mehr oder weniger etablierte Linke gegen „unrealistische Forderungen“ in den Programmen und „Populismus“ in der Alltagsarbeit der PDS...

Gingen wir die Angelegenheit mal links-sachlich an, so kämen wir möglicherweise zu folgenden Ergebnissen:

Erstens: Die PDS hat in den vergangenen vier Jahren sicherlich auch als eine Art Zufluchtstätte für „Ewiggestrige“ gedient, vor allem aber hat sie zugleich die Funktion übernommen, ein nennenswertes gesellschaftliches Potential für aktives - wie es so schön heißt - „bürgernahes“ Engagement im allgemeinen und für demokratisch-sozialistische Politik im besonderen vor der Zerstörung zu bewahren. Sie hat damit unter den besonderen Bedingungen Ostdeutschlands und bei allen sonstigen Unterschieden eine ähnliche Rolle ausgefüllt wie etwa die post-kommunistischen „Nachfolgeparteien“ in Polen und Ungarn.

Zweitens: Es hat in den letzten Jahren durchaus eine bemerkenswerte Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit innerhalb der PDS und in deren engerem Umfeld gegeben, die man außerhalb allerdings häufig nicht zur Kenntnis genommen hat - teilweise weil man sie gar nicht zur Kenntnis nehmen wollte, teilweise weil sie in der PDS sehr insidertypisch betrieben wurde und insofern auch schwer von außen „zugänglich“ war. Das Problem liegt also ganz wesentlich in einer wechselseitigen Abschottung von „Vergangenheitsbewältigungen“, die dringend durchbrochen werden muß.

Drittens: In der Tat gibt es ein erhebliches Spannungsverhältnis zwischen verschiedenen Strömungen und Mentalitäten innerhalb der PDS, das sie nicht auf Dauer aushalten kann. In dem Maße jedenfalls, wie ihre demokratische Rolle anerkannt, die Abschottung von „innen“ und „außen“ aufgehoben und mithin auch ihre Diskriminierung beendet wird, werden der PDS gravierende innerparteiliche (Um-)Brüche ins Haus stehen. Im positiven Falle werden sich diese Umbrüche in eine Neuprofilierung einfügen, die für die demokratische und sozialistische Linke insgesamt überfällig ist.

Abschließend noch einmal zurück zur SPD. Es war ja nicht alles sehr überzeugend, was die SPD-Linke in den vergangenen Diskussionen über Regierungsprogramm und Wahlkampf-

strategie geboten hat. Abgesehen von den jüngsten Entwicklungen in Sachen „Rot-Grün“ soll hier aber auf zwei weitere Vorgänge hingewiesen werden - nämlich die eigenständige Positionsbestimmung und das darauf gegründete Abstimmungsverhalten von linken MdBs in der Frage der Postreform und des neuen Welthandelsabkommens. Die Ablehnung der sog. Postreform durch Schöfberger u.a. ist in diesem Heft dokumentiert. In der Sache eigentlich noch bedeutsamer ist, daß Michael Müller, Hermann Scheer u.a. ihre Zustimmung zum GATT-Nachfolgeabkommen verweigerten, während die Fraktionsmehrheit diese Magna Charta der Freihandelsdoktrin und des internationalen Wirtschaftsliberalismus begrüßte. Drückt sich in diesen Punkten nicht ganz konkret die Schlachtordnung aus, mit der wir es jenseits von Wahlprogrammen real zu tun haben werden und für die wir eine eigenständig agierende Linke in der SPD brauchen? Wir müssen mehr dafür tun, daß derartige Vorgänge breiter sichtbar werden - um der jeweiligen Sache und um der eigenständigen Profilierung willen.

spw intern

Liebe Leserinnen und Leser, im August werden zwei Publikationen des spw-Verlags erscheinen, auf die wir besonders hinweisen möchten. Weitere Informationen und Bestellungen ab sofort beim spw-Verlag:

- Ein Lesebuch zum 70. Geburtstag von Peter von Oertzen mit dem Titel „Zwischen Rätesozialismus und Reformprojekt“. Das Buch wird herausgegeben von Karin Benz-Overhage, Wolfgang Jüttner und Horst Peter und kostet 25,- DM.
- Ein 40-seitiges Sonderheft zur Wirtschafts- und Sozialpolitik unter dem Titel „Solidarisch Umbauen“. Der Preis ist gestaffelt zwischen 5,50 DM für ein Einzelheft und 3,- DM bei Bestellung von 100 und mehr Exemplaren.

Das Büro der spw ist umgezogen. Unsere neue Anschrift lautet Schanzenstr. 31, 51063 Köln; Telefon- und Faxnummer bleiben die selben wie bisher.

Herausgeber/Herausgeberinnen:
Heinz Albrecht (Berlin)
Eilgard Bulmahn (Hannover)
Karin Benz-Overhage (Frankfurt M.)
Diether Deim (Frankfurt)
Karin Fuchs (Verl.)
Ulrich Hanewinkel (Halle S.)
Detlev von Lärcher (Weyhe)
Susi Nöbbeck (Bremen)
Kurt Neumann (Berlin)
Peter von Oertzen (Hannover)
Horst Peter (Kassel)
Karin Skarpala Spiek (Kaufbeuren)
Thomas Westphal (Dübeck)

Redaktion:
Ingo Arend
Gisela Becker
Uwe Kremer
Heiner Kockerbeck
Fiete Saß
Ralf Schmitz
Claudia Walther
Birgit Zoerner

Redaktionssekretär
Ralf Kramer

Redaktions- und Verlagsanschrift:
Schanzenstraße 31, 51063 Köln
Telefon (0221) 623271
Telefax (0221) 612815

Verlag:
spw-Verlag Redaktion GmbH
Schanzenstraße 31, 51063 Köln

Geschäftsführung:
Andreas Bach
Ulta Saß
Hans-Peter Schulz

Konto des Verlages:
Postgarnitortort und
Kto. Nr. 32443468, BLZ 44010046

Das spw erscheint mit 6 Heften im Jahr
mit ca. 60 Seiten pro Heft.

Jahresabonnement DM 58,
ermäßigtes Jahresabonnement
(für SchülerInnen, StudentInnen,
Erwerbslose) DM 49,
Auslandsabonnement DM 61.

Abbestellungen mit einer Frist von drei
Monaten zum Jahresende.

Wir freuen uns über Manuskripte und
Zuschriften. Manuskripte sollen in
Maschinschrift und mit einem ausrei-
chenden Rand versehen sein.
Wenn möglich, sollen Manuskripte auf
Diskette mit einem Ausdruck geliefert
werden (MS-DOS Textverarbeitungs-
system), 5 1/4 oder 3 1/2 Zoll.

ISSN 0170-4613
spw-Verlag Redaktion GmbH 1994
Alle Rechte, auch das der Übersetzung,
vorbehalten.

Titelfoto und Fotos zum Schwerpunkt
Stephan Hoppe, Köln

Andere Fotos
Thomas Düren, Buchholz

Satz und Gestaltung
Claudia Nussbaum, Köln

Druck:
Notte Druck, Berlin

1.3. Tausend, Juli 1994

Uwe Kremer

KURZUM	2
spw-intern	2

MAGAZIN I

<i>Thomas Westphal</i> „Unsere Strategie ist einfach bis doof“ Die SPD nach dem Bundesparteitag	4
<i>Michael Rüter</i> Sozialdemokratische Eurosclerose	6

WIRTSCHAFT UND SOZIALES

<i>Adi Ostertag</i> Arbeit für 500.000 Menschen	8
<i>Herbert Ehrenberg</i> Ökologischer Keynesianismus - gegen die Allianz der Sparpolitiker	10
<i>Kurt-Ulrich Heldmann</i> Reform statt Ruin Die Zukunft des öffentlichen Dienstes	14
<i>Fritz Riege</i> Eine eigenständige und demokratische Gesundheitspolitik gestalten	16
<i>Rudolf Schöfberger u.a.</i> Postreform II - Erklärung im Bundestag	18

WELTÖKONOMIE

<i>Edgar Göll</i> Der pazifische Raum: neues Zentrum der Weltwirtschaft?	19
<i>Ulf-Birger Franz, Daniel Reymann, Alexander Scharf</i> Lateinamerika: Deregulierung als Entwicklungsmodell?	25

REGISTER 1992/93

spw-Jahresregister 1992/93	27
----------------------------------	----

SOLARWIRTSCHAFT

<i>spw-Redaktion:</i> Einführung zum Schwerpunkt	35
<i>Hermann Scheer</i> Sonnenenergie - das zentrale sozialökologische Projekt	36
<i>Eurosolar</i> Erneuerbare Energien für die Schulen Kubas	43
Programm für eine Kommunale Solarenergie-Initiative	44
<i>Christoph Ewen</i> Endlichkeit der Natur und Marktökonomie	49

MAGAZIN II

<i>Jens Dörschel</i> Umwelt im Schatten der Wirtschaft	50
<i>Frank Wilhelmy</i> Das Schreiben der Lämmer	52
<i>Judith Marschall</i> Das andere Gesicht des DDR-Sozialismus	54
<i>Josef Didier</i> Probleme des aufrechten Gangs	55

KRIMIS

<i>Hans-Joachim Olczyk</i> Je ein Kapitalist schlägt viele tot	56
---	----

„Unsere Strategie ist einfach bis doof“¹

Die SPD nach dem Bundesparteitag

von Thomas Westphal*

Jetzt gehts los“ skandierten die Delegierten des Bundesparteitages der SPD nach der Rede von Rudolf Scharping. Die Zweifel und die Lethargie in der eigenen Partei, sowie die öffentliche Häme und Enttäuschung waren in Halle wie weggeblasen. Die Medien entschieden sich zur Abwechslung mal wieder für eine positive bis euphorische Berichterstattung, so daß die Begeisterungswelle auch über die Parteitagshalle hinaus schwappte. Mit einer einzigen kämpferischen Rede und sechs Minuten stehenden Ovationen hat sich die bereits abgeschriebene SPD wieder nach vorne katapultiert? Nein, so einfach sind die politischen Prozesse auch im Superwahljahr nicht. Damit die neue Stimmung, der „Geist von Halle“ die SPD auch im Wahlkampf beflügelt, müßte die SPD-Führung der kämpferischen Rede schon eine kämpferische Wahlstrategie folgen lassen.

Ein Kandidat entscheidet sich zu kämpfen

Im Herbst des Jahres '93 war es Scharping gelungen, in kürzester Zeit die SPD hinter sich zu versammeln und ein „System Scharping“ zu installieren.² Mit dem Start der öffentlichen Debatte um das Regierungsprogramm war es um das „System Scharping“ geschehen. „Die meisterhafte Beherrschung moderner Einfriertechniken demokratischer Regungen in der eigenen Partei und in der Gesellschaft“ wie K.D. Bredthauer die spezifischen Fähigkeiten des Kanzlerkandidaten umschreibt, reichten nicht aus, um eine offene politische Programmdebatte zu führen und gleichzeitig in die Offensive gegenüber dem politischen Gegner zu kommen. Persönliche Fehler schlichen sich ein und der innerparteiliche Streit kehrte zurück. Die zuvor gelobten Stärken verkehrten sich in ihr Gegenteil. Aus der hoch gelobten Führungsfigur wurde in nur wenigen Wochen der „Kanzlerimitator“, der „zweitbeste Minusmann“ hinter Kinkel.

* Thomas Westphal, Isernhagen, Juso-Bundesvorsitzender

Mit dem Ende der innerparteilichen Programmdebatte hat sich Scharping offenbar entschieden, jetzt doch um den Wahlsieg am 16. Oktober zu kämpfen. Mit der Rede auf dem Parteitag in Halle ist Scharping wieder auf die Beine gekommen, das ramponierte Image ist vorerst wieder aufgemöbelt. In Halle entstand zum ersten Mal in diesem Superwahljahr so etwas wie eine politische Polarisierung zwischen dem „National-Spieler“ Schäuble³ und dem „Sozial-Kämpfer“ Scharping. In diesem Sinne hatten die Delegierten völlig recht, als sie riefen „Jetzt geht's los!“. Bleibt die Frage, was das „rhetorische Coming out“ des Parteivorsitzenden für den weiteren Wahlkampf der SPD eigentlich bedeutet?

Regierungsprogramm als Waffenstillstand

Die Beratung und Beschlußfassung des Regierungsprogramms verlief in Halle völlig unspektakulär. Die Luft war schon deshalb raus, weil die Partei linke bereits mit der Abstimmung im Parteivorstand öffentlich kapituliert hatte. Die Sprachregelung des Frankfurter Kreises lautete von nun an, die Diskussion habe sich gelohnt, weil das Regierungsprogramm an wesentlichen Stellen verbessert worden sei.

Im Text des Regierungsprogramms wimmelt es nur so von widersprüchlichen Aussagen. Neben einer aktiven Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik lassen sich auch Passagen blanker Aufschwunghoffnung entdecken. Zur Konzeption der ökologischen Steuerreform und der Erneuerung der Energieversorgung gesellen sich direkte Forderungen zur Verteidigung des Produktionsstandortes Deutschland durch Bekämpfung der unternehmerischen „Kostenkrise“. Das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit und das Prinzip von Sicherheit und Ordnung werden im Regierungsprogramm zu politischen Verwandten ersten Grades. Schließlich wird die Selbstverpflichtung zu einem Kurs der „aufkommensneutralen Reformen von Arbeit und Umwelt“ zum bestimmenden Element.

Ein neues politisches Projekt der SPD ist in der Programmdebatte jedenfalls nicht geboren worden.

Unterm Strich ist das Regierungsprogramm ein vorläufiger Waffenstillstand zwischen denen, die die sozialen Interessen der abhängig Beschäftigten mit dem ökologischen Umbau der Industrie verbinden wollen, und denen, die die sozialen Interessen der benachteiligten Gruppen mit den nationalen Interessen des Produktionsstandortes Deutschland verbinden wollen.

Allerdings ist die „Waffengleichheit“ dieser unterschiedlichen Richtungen im Regierungsprogramm aufgehoben. Die finanzpolitischen Daumenschrauben sind zwischen Wiesbaden und Halle noch einmal kräftig angezogen worden. Diese monetäre Begrenzung der nationalen Reformspielräume bleibt die Trumpfkarte der Kräfte, die die internationale Konkurrenz zum Ausgangspunkt ihrer Politik gemacht haben. Dies auch deshalb, weil der Frankfurter Kreis diese Trumpfkarte in der entscheidenden Phase „souverän umspielt hat.“

Ein solcher innerparteilicher „Waffenstillstand“ ist für einen politischen „Angriffswahlkampf“ allerdings gänzlich untauglich. Zum einen werden die eigenen Positionen kaum profiliert deutlich. Ganze 56% wünschten sich noch im Juni endlich eine deutliche politische Aussage von der SPD.⁴ Zum anderen lassen sich die Inhalte des politischen Gegners nur schwer attackieren, wenn sie im eigenen innerparteilichen Waffenstillstand eingeschrieben sind.

Die Niederlage der sozialpatriotischen Strategie

Im Verlauf der Programmdebatte entwickelte sich die „sozialpatriotische“ Strategie innerhalb der SPD immer stärker zur dominanten Sicht der gesellschaftlichen Dinge. Sie erreichte ihren Höhepunkt in einem widerlichen Europawahlkampf.

Der „Sozialpatriotismus“, der schon im deutschen Vereinigungsprozeß die SPD geschüttelt hatte,⁵ erlebte seinen

zweiten Frühling auch durch die Wiederentdeckung der „sozialen Frage“ durch Rudolf Scharping. Seine „Wiesbadener Strategie“ wurde aufgenommen und mit einer spezifischen Sichtweise der Interessen der „kleinen Leute“ verbunden. Jene gesellschaftliche Grundströmung, die soziale Konflikterfahrungen national ausdeutet und für die die eigenen sozialen Interessen mit den „nationalen Interessen der Wohlstandinsel Deutschland“ eng verbunden sind,⁶ finden im „Sozialpatriotismus“ immer stärker einen politischen Arm in der SPD. Die zentralen Botschaften des sozialdemokratischen Europawahlkampfes „Arbeit, Arbeit, Arbeit“; „Deutsche Interessen besser vertreten“; „Sicherheit statt Angst“ und „Die Mafia zerschlagen“ lagen voll auf der Linie dieses gesellschaftlichen Diskurses. Hinzu trat das Gerede vom „europäischen Zahlmeister Deutschland“ durch Lafontaine und Scharping.

Im Europawahlkampf wurde der lähmende innerparteiliche „Waffenstillstand“ also zugunsten des „Sozialpatriotismus“ aufgehoben. Der Schönheitsfehler: Diese Strategie wurde mit einer deftigen Wahlschlappe quittiert. Im Westen verlor die SPD eine erhebliche Stimmenanzahl an die Grünen und im Osten wuchs die PDS über sich hinaus. Sogar die CDU konnte sich stabilisieren. Neben der „mangelnden Klarheit“ und der „inneren Zerissenheit“ nannten dann auch 36% den „schlechten Wahlkampf“ als Grund für die Wahlschlappe.⁷ Mit dem Sozialpatriotismus als Basis eigener Wahlkampfstrategie läßt sich offenbar keine Mehrheit erreichen.

Die Wiederentdeckung von Rot-Grün?

Mit der sich abzeichnenden Wahlniederlage begannen auch die vorsichtigen Absatzbewegungen der Parteiführung von dieser Strategie. Bereits zwei Wochen vor der Europawahl ließ der Bundesgeschäftsführer Verheugen mit einem „Rot-Grün-Interview“ im Spiegel aufhorchen. Die betont kämpferische und reformorientierte Parteitagrede von Scharping muß ebenfalls als Kontrastpunkt zur Europawahl gewertet werden. Der strategische Seitenwechsel mit „fliegenden rot-grünen Fahnen“ blieb in Halle jedoch erwartungsgemäß aus. Die wachsenden prominenten Interventionen für eine mögliche Rot-Grün-Koalition (Wieczorek-Zeul,

Thierse, Schröder u.a.) signalisierten aber ebenfalls deutliche Unzufriedenheit mit der bisherigen strategischen Anlage des SPD-Kurses.

Mit der Debatte um die Regierungsbildung in Sachsen-Anhalt hat sich die SPD allerdings selbst überflügelt. Die Empörung ließ auch nicht lange auf sich warten. Die „Süddeutsche Zeitung“ malte einen „Scharping, in den der Schröder gefahren ist“ an die Wand. Das „Hamburger Abendblatt“ entdeckte eine „lebensgefährliche Strategie“. Für den „Kölner Stadtanzeiger“ war dies gar eine der „verhängsvollsten Entscheidungen der Nachkriegsgeschichte“. Die Koalitionsaussage für „Rot-Grün“ galt in Halle als Tabu, weil den Konservativen nicht die Chance eines „Lagerwahlkampfes“ gegeben werden sollte. Nach der Wahl in Sachsen-Anhalt traut sich die SPD aber plötzlich zu, eine konservative „Volksfront-Kampagne“ stemmen zu können?

Das neu erwachte Selbstbewußtsein der Parteiführung und der neue Mut, eine politische Botschaft einmal länger als eine Woche durchzuhalten, auch wenn die Bedingungen widriger werden, sollte dennoch nicht zu früh zu Jubelarien verleiten. Natürlich ist klar, daß das politische Geholze gegen die PDS mit der Konstellation in Sachsen-Anhalt im Bundestagswahlkampf nicht weniger, sondern stärker betrieben wird. Und überhaupt: Die nächste politische Entscheidungssituation wird die nächste politische Reaktion der Parteioberen hervorbringen. Wie diese dann aussehen wird, ist mit der Entscheidung in Sachsen-Anhalt nicht automatisch vorprogrammiert.

Der Ball ist rund und ein Spiel dauert 90 Minuten

Die Minderheitenregierung in Magdeburg ist nicht der Startschuß einer neuen „rot-grünen“ Strategiekonzeption. Im Gegenteil, eine geschlossene Wahlkampfstrategie, die bis zum Abpfiff am 16. Oktober durchgezogen wird, existiert nicht und wird im Ollenhauerhaus wohl auch nie geboren werden. Wir müssen uns, wohl oder übel, auf einen gespaltenen Wahlkampf, in dem man vor Überraschungen nicht sicher ist, einstellen. Eine andere Wahlkampfstrategie kann es für die derzeitige Parteiführung auch kaum geben. Schließlich ist es ihr nicht gelungen, die unterschiedlichen Basisströmungen ih-

rer AnhängerInnen politisch zusammenzuführen. Die demokratischen Regungen in der Partei und in der Gesellschaft wurden eben nur meisterhaft eingefroren und nicht zu einem Brückschlag zwischen den unterschiedlichen sozialen Interessen der SPD-WählerInnen-schichten weiterentwickelt.

Eine philosophische Fußballsicht von J.P. Satre lautet im übrigen: „Bei einem Fußballspiel verkompliziert sich allerdings alles durch die Anwesenheit der gegnerischen Mannschaft.“ Auch daraus muß die politische Linke ihre Schlüsse für den heißen Wahlkampf ziehen. Ein offene, gesplante Wahlkampfstrategie der SPD ist nicht nur bedauerlich, ärgerlich und verachtenswert. Sie ist auch politisch beeinflussbar. Diese Einflußchance besteht nicht nur für die konservativen Strategen im Adenauer Haus oder für die Stichwortgeber der Seeheimer. Auch für die Linke besteht die Chance, den Wahlkampf mit einer eigenen Sicht der gesellschaftlichen Dinge zu bereichern und die Spielräume für sozialökologische Teiloffensiven zu erweitern. Dafür bestehen im Wahlkampf unendlich viele Möglichkeiten. Die geplante gemeinsame Konferenz der Zeitschriften „spw“ und „Andere Zeiten“ (Publikation der linken Grünen) über sozialökologische Alternativen zur herrschenden Politik ist ein Beispiel. Der Jugendwettbewerb der Jusos und ihr eigenständiger Wahlkampfbeitrag unter dem Motto „Zähne zeigen“ ist ein weiteres. Wenn diese in ihrer politischen Zielrichtung miteinander verbunden werden und dann noch die politischen Reaktionsformen der „Frankfurter-Kreis-Offiziellen“ abgestimmt und politisch plaziert werden, kann die schlaffe Angelegenheit Wahlkampf doch noch eine interessante Sache werden.

- 1 Toni Schumacher
- 2 vgl. Leif/Raschke: Rudolf Scharping, die SPD und die Macht, Reinbek 1994
- 3 K.D. Bredthauer: Wahlkampfverweigerung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 6/1994
- 4 vgl. Dokumentation SKALA in FR v. 30.6.94
- 5 vgl. Brosch/Möbbeck: Bundestagswahlen 1990, in: spw Nr. 56, 6/1990
- 6 vgl. K. Dörre: Eine Arbeiterbewegung von rechts?, in: spw Nr. 76, 2/1994
- 7 vgl. FR v. 30.6.94, a.a.O.

Sozialdemokratische Eurosklerose?

Eine Nachlese zu den Europa-Wahlen

von Michael Rüter*

I.

Die Wahlbeteiligung sah mit 56,4% Prozent im EU-Durchschnitt gar nicht mal so schlecht aus, wenn da nicht in drei Ländern (Belgien, Luxemburg und Griechenland) durch die jeweilige Wahlpflicht das Ergebnis geschönt würde. Denn auf der anderen Seite waren in Irland, Großbritannien, Portugal und den Niederlanden nur knapp ein Drittel der Wahlberechtigten daran interessiert, ihre Stimme abzugeben. Und warum auch sollten die Menschen ein größeres Interesse an der Europäischen Union haben? Der Listenführer der SPD, Klaus Hänsch würde auf diese Skepsis in der allen MdEP's eigenen Art und Weise erwidern, daß das Parlament wichtige Verbesserungen für die Umwelt, für die Gleichberechtigung von Frau und Mann und zum Schutz am Arbeitsplatz auf den Weg gebracht habe. Nun gut, aber braucht man dafür „Europa“? Wesentlicher scheinen andere Zusammenhänge.

Für die zentraleuropäischen Länder wie die Bundesrepublik ist die Europäische Union in erster Linie ein Garant für die eigene Sicherheit und ein wesentlicher Beitrag zur ökonomischen Stabilität dieser exportorientierten Nationen. Für die Südeuropäer ist die Europäische Union ein Synonym für die eigene Anerkennung als „entwickelter und demokratischer“ europäischer Staat und die Modernisierung ihrer veralteten Strukturen. Man kann sicherlich sagen, daß sich auch die sozialdemokratischen Parteien mit ihrem vorherrschenden sozialliberalen Mainstream diesen Prioritäten untergeordnet haben - dabei im Vergleich zu den konservativ-liberalen Kräften sicherlich a la Delors stärker auf die soziale Akzeptanz setzend. Diejenigen Wahlberechtigten, denen diese Perspektiven genügen, werden sich wahrscheinlich auch an der Wahl ganz überwiegend beteiligt haben.

Aber in der Tat dürften sie bei weitem nicht allen EU-BürgerInnen rei-

chen. Andere Wahlberechtigte gingen dann wohl immer noch eher aufgrund von (insgesamt abnehmenden) Parteiloyalitäten zur Wahl oder brachten durch ihre Stimme eine spezifische nationale Stimmungslage - bzw. ihren Protest - zum Ausdruck. In diesem Zusammenhang erscheint es in gewisser Weise logisch, daß in den meisten EU-Mitgliedsländern in erster Linie ein Wahlkampf geführt wurde, bei dem es um die jeweiligen nationalen Interessen ging: Besonders heftig ging in dieser Hinsicht bekanntlich die SPD zur Sache: die Mobilisierung nationaler Ängste - v. a. vor ausländischer Konkurrenz und Kriminalität - überlagerte die Argumente der ökologisch-sozialen „Europäer“ wie Hänsch u. a. Dieses mehr oder weniger nationalistische Auftreten einer ansonsten ja überaus weltoffen-europäisch-sozialliberalen Partei verschaffte der SPD zwar nicht mehr Glaubwürdigkeit nach außen, dafür aber eine tiefgreifende innere Demoralisierung während des Wahlkampfes - Signal nicht nur für innenpolitische Dispositionen mit Blick auf den Oktober, sondern auch dafür, daß man mit „Europa“ als Thema politischer Auseinandersetzungen eigentlich nicht so recht etwas anzufangen weiß...

II.

Im neuen Parlament wird die sozialistische Fraktion höchstwahrscheinlich die größte Gruppe (199 Abgeordnete) stellen und zusammen mit der konservativen Fraktion faktisch eine große Koalition bilden, um die Interessen des Parlaments gegenüber dem Ministerrat und der Kommission wirksam vertreten zu können. Dennoch: Bis auf Griechenland, wo die PASOK sicherlich mit nationaler Intention (Stichwort Mazedonien) ein paar Prozentpunkte dazu gewonnen hat, und Großbritannien, wo Labour von der extrem desolaten Situation der Major-Regierung profitieren konnte, müssen sich die Sozialisten in der Europäischen Union als große Verlierer betrachten. Die Rücktritte Michel Rocard und Achille Occhetto, zweier

profilerter Hoffnungsträger der europäischen Linken, sind allerdings bedeutsame Indizien dafür, daß diese jeweils national erlittene Niederlagen auch auf die anhaltenden Umgruppierungsprozesse in der westeuropäischen Parteienlandschaft verweisen. Dazu im folgenden einige Facetten.

In der italienischen PDS tobt nach dem Rücktritt Occhetos die Nachfolgediskussion und zugleich eine Strategiedebatte. Massimo Cacciari, „linker“ Bürgermeister von Venedig, schlägt der PDS vor, ihren Traum von der geeinten sozialistischen Linken in Italien aufzugeben. Er schlägt den „Linken“ (nicht nur in Italien, sondern in ganz West-Europa) vor, ein gemeinsames „pragmatisches“ Programm zu erstellen, in dem historische Analysen einen geringeren Einfluß haben und mehr Ziele aufgenommen werden sollten, die die Menschen unmittelbar begeistern. „The new Left, - let's call it the Progressive Coalition - should learn from Forza Italia“ (The European, No. 215). Es handelt sich wohl darum, jene Berlusconi-Mischung aus Pragmatismus und Populismus - repräsentiert von medienwirksam inszenierten Persönlichkeiten und getragen von eher „amerikanisierten“ Parteien- und Kampagnenstrukturen - von „links“ her zu entwickeln.

Vielleicht haben manche französischen Genossen von Cacciari „gelernt“. Denn viele von ihnen bewerten das Abschneiden der „Radikalen Energie“ (so der Name der populistischen Liste von Bernard Tapie) als ein positives Ergebnis. Der „linke Berlusconi“ Frankreichs, Bernhard Tapie, der u. a. das „Verbot der Jugendarbeitslosigkeit“ fordert, besiegelte schließlich die schmachvolle Niederlage für Rocard und die Sozialisten. Allerdings zeigt sich hierbei eine gewisse Ambivalenz zwischen einem pragmatisch-populistischen Sozialliberalismus (der wohl eher in Cacciari's Sinne sein dürfte - und im übrigen auch eher den Traditionen der Tapie tragenden linksliberalen MRG entspricht) und einem durchaus linkssozialistischen Potential, das sich in der Wahl von Tapie artikuliert hat. Der neue Vor-

sitzende der französischen Sozialisten, Henri Emmanuelli, will jedenfalls nach eigenen Aussagen die Partei auf den Weg der „radikalen Kritik am Neokapitalismus“ bringen, und sie soll wieder „ein klares linkes Markenzeichen“ tragen (so in Die Zeit, Nr. 26, 1994).

Die Krise der „sozialistischen“ Parteien offenbarte sich im Zuge der Europawahlen aber auch in anderen Ländern - wie z. B. Spanien und Dänemark. Die spanische PSOE mußte gravierende Einbrüche verzeichnen, von denen die konservativ-liberale Volkspartei wie auch die Izquierda Unida profitieren konnten. Die verheerende Verbindung von Korruption und sozialer Ignoranz hat endlich dazu geführt, daß die Erfolge der „Europäisierung“ Spaniens eingetreten sind: Immer heftiger wird der politische Rückzug von Felipe Gonzalez verlangt, freilich ohne daß ausstrahlungskräftige Nachfolger und Konzeptionen in Sicht sind.

In Dänemark mußten die regierenden Sozialdemokraten ebenfalls Verluste an das bürgerliche Lager und die Sozialistische Volkspartei - eine bedeutende Kraft der rot-grünen Linken - hinnehmen, was insbesondere der Profillosigkeit der Sozialdemokratie bzw. dem liberalen Kurs ihres Finanzministers Lykkesoft geschuldet sein dürfte. Jedenfalls wird im dänischen Fall vermeldet, was mehr oder weniger auch in den meisten anderen Ländern eine bedeutende Rolle gespielt zu haben scheint - nämlich die mangelnde Unterscheidbarkeit zwischen der Sozialdemokratie und dem bürgerlichen Wirtschaftsliberalismus bei gleichzeitiger Eingebundenheit in die herrschenden Mechanismen des politisch-bürokratischen Systems und die sie tragende Kaste.

Gemeinsam ist Dänemark und Spanien auch, daß die Krise der Sozialdemokratie anders als in Frankreich und Italien „seriösere“ Konsequenzen zeitigte - nämlich Verluste an die regulären bürgerlichen Oppositionsparteien sowie an eine seit Jahren fest im Parteiensystem etablierte sozialistisch-grüne Linke, die einen großen Teil des Tapie-Effekt für sich verbuchen konnte. Jedenfalls wird man mit Blick auf alle vier Länder (auch Italien mit der Rifondazione Comunista) wie im übrigen ja wohl auch auf Deutschland davon sprechen können, daß die Kräfte links von der Sozialdemokratie - darunter auch explizit linkssozialistische - in den Europawahlen eine Stärkung erfahren haben.

III.

In einem Artikel im Economist wurde im Vorfeld der Wahl zum Europaparlament über den Beginn eines neuen sozialistischen Zeitalters spekuliert. Als Grund wurde die ihres Erachtens abgewirtschaftete neoliberale Politik der Konservativen, und nicht etwa eine neue sozialistische „große Idee“ des 21. Jahrhunderts genannt. „Perhaps, in sum, socialists may even be better equipped with lots of small ideas than with a few big ones ...“ (The Left In Western Europe, Economist, No. 7867). Allerdings wurde in diesem Artikel auch prophezeit: „... socialists expect to do well in elections to European Parliament.“ Eine offenkundig unzulässige Übertragung der britischen Gefechtslage auf den Kontinent - auch wenn sie mit Projektionen übereinstimmt, die in den kontinentalen Parteien schon seit einiger Zeit gepflegt werden.

In den siebziger Jahren, als die Sozialisten die Regierungen in Belgien, Dänemark, Deutschland, England,

In einem gemeinsamen linken Diskurs für ein „Neues Europa“ sollten alle fortschrittlichen Kräfte auf diesem Kontinent einbezogen sein.

Finnland, Niederlanden, Norwegen, Schweden und Österreich stellten, gab es diese „große Idee“. Das innenpolitische Ziel dieser Parteien war es, die sozialen Interessen der abhängig Beschäftigten zu vertreten, den Wohlfahrtsstaat zu „vollenden“ und dabei die Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft zu erreichen. Und heute? Die Labour Party schafft es seit Jahren erfolgreich, keine Definition für ihre makroökonomische Strategie zu formulieren. Die PDS, mittlerweile eine italienische Variante der SPD, begrüßt wie Berlusconi eine Privatisierungsoffensive, allerdings mit einer gerechteren Perspektive und der Sicherung des Wohlfahrtsstaates. In Dänemark sieht es nicht anders aus. Und Spanien ist - wie schon gesagt - zu einem unappetitlichen Gemisch aus „sozialistischem“ Selbstbedienungsladen und „sozialistischem“

Wirtschaftsliberalismus verkommen. Und in Deutschland kreuzt die SPD in bürgerlichen Gewässern zwischen Ökoliberalismus und Sozialpatriotismus hin und her...

Jetzt bleiben m.E. zwei Alternativen: Entweder die Linke setzt, wie es der Bürgermeister von Venedig vor schlägt, auf „sozialistische Berlusconi“ - eine Mischung aus pragmatischem Sozialliberalismus mit mediengerechtem „linkem“ Populismus - mit dem Risiko, tragende sozialkulturelle, programmatische und organisatorische Substanzen linker Politik unumkehrbar preiszugeben. Oder es wird ein gemeinsamer linker Diskurs für ein „Neues Europa“ initiiert, der sich aus der sozialliberalen Unterwerfung unter das herrschende Europa-Modell befreit, ohne in national begrenzte populistische Eskapaden zu verfallen. Dieser Diskurs müßte in einer gemeinsamen rot-grünen und mehr oder weniger sozialistischen Programmatik enden. Darin sollten nicht nur die bisher in der PES (Party of European Socialists) organisierten Kräfte einbezogen sein, sondern alle fortschrittlichen Kräfte auf diesem Kontinent, deren Ziel es ist, von Europa ausgehend die bestehenden Herrschaftsformen aufzubrechen und zu demokratisieren.

P.S.:

Ein Vorschlag an diese Zeitschrift: Wäre es nicht an der Zeit, ein Treffen linker Strömungen (Gauche Socialiste, Campaign Group, Izquierda Socialista u. a.) aus sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Parteien der EU zu organisieren? Könnte darin nicht eine Aufgabe der spw liegen - in Verbindung zu ähnlichen Zeitschriften anderer Länder?

* Michael Rüter, Herne, Vizepräsident der International Union of Socialist Youth

Solidarisch handeln - Cuba unterstützen

Wir beschaffen Ersatzteile für die cubanische Basisindustrie, z. B.:

- Druckindustrie
- Textil
- Ernährung
- Industrie-gase
- Landwirtschaft

Solidaritätswerkstatt e.V.
Ludwigshöhstraße 42
64285 Darmstadt
Telefon und Fax 0 61 51/640 66
Spendenkonto:
Postgto Frankfurt am Main
BLZ 500 100 60 Kto 4878 02-603
Bitte angeben, ob Spendenbescheinigung erwünscht!



Arbeit für 500.000 Menschen

Die Vorschläge der SPD zu einer Reform des Arbeitsförderungsgesetzes

von Adi Ostertag*

Arbeitslosigkeit zu finanzieren, ist das Dümme, was wir tun können. Statt dessen ist es viel klüger, Arbeitsmöglichkeiten für Arbeitssuchende zu schaffen. Das ist sicherlich kein neuer Gedanke. Bislang mangelte es jedoch an konkreten Vorschlägen, wie die schöne Idee denn wohl zu verwirklichen wäre. Doch darauf gibt es nun eine Antwort: Mit Hilfe eines „Arbeits- und Strukturförderungsgesetzes“ (ASFG) soll sichergestellt werden, daß künftig vorrangig Arbeit gefördert, statt Arbeitslosigkeit bezahlt wird. Innerhalb von 2 Jahren könnte dies eine halbe Million Menschen wieder in Arbeit bringen, wie im Begründungsteil des Gesetzentwurfs errechnet wurde.

Der Gesetzentwurf legt fest, daß in vier Jahren die Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit mindestens zur Hälfte dem direkten Abbau der Arbeitslosigkeit zu dienen haben. Das bedeutet, daß zunächst 18 Milliarden, in den Folgejahren über 20 Milliarden Mark umzuschichten wären - von der passiven Verwaltung der Anträge auf Arbeitslosengeld hin zu aktiver Arbeitsmarktpolitik.

Wir wollen diese Milliarden vernünftiger nutzen, als es heute noch der Fall ist. So sollen die Arbeitsämter Zuschüsse zu Projekten gewähren, mit deren Hilfe die ökologische, soziale und kulturelle Infrastruktur einer Region verbessert werden kann. Gedacht ist zum Beispiel daran, nicht mehr benötigte Firmengelände herzurichten, Elektronikschrott und medizinische Geräte - etwa für den Export in Entwicklungsländer - wieder aufzuarbeiten oder Großwohnsiedlungen zu verschönern. Das schafft Arbeitsplätze in Bereichen, in denen private Unternehmen (noch) kein Geschäft machen können.

Dies gilt zweifelsohne auch für die Alten- und Kinderbetreuung oder für bestimmte Freizeitangebote für Senioren. Die Projektförderung könnte gleichermaßen kleinen Theatern, Kunstwerkstätten, dem Sportanlagenbau oder

dem öffentlichen Nahverkehr zugute kommen. Möglich und sinnvoll wäre es zum Beispiel, wenn Arbeitslose eine neue Beschäftigungsmöglichkeit als Fahrgastberater finden würden.

Zu den wirtschaftsnahen Förderinstrumenten des ASFG gehört weiter die Unterstützung von jungen Unternehmen (bis zu drei Jahren nach der Gründung) und kleinen Firmen (bis 100 Beschäftigten). Sie können direkte Lohn-, aber auch sonstige Kostenzuschüsse erhalten, wenn sie bislang Arbeitslose einstellen.

Ein neues Instrument der Arbeitsmarktpolitik ist zudem die Förderung der innerbetrieblichen Qualifizierung. Im Unternehmen selbst sollen Arbeitnehmer - mit finanzieller Unterstützung durch das Arbeitsamt - umgeschult werden können. In Frage kommen hierfür Unternehmen, die von Strukturproblemen oder dem technologischen Wandel besonders betroffen sind. Noch bevor Beschäftigte in Branchen wie beispielsweise der Automobil- oder Stahlindustrie entlassen werden, sollen ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt mit einer neuen Ausbildung verbessert werden.

Wir Sozialdemokraten wollen mit dem ASFG aber auch sicherstellen, daß niemand auf Dauer vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen bleibt. So schreibt der Gesetzentwurf vor, daß jeder Arbeitslose nach sechs Monaten Anspruch auf einen Eingliederungsplan hat. Gemeinsam mit dem Arbeitsberater wird darin festgelegt, mit welchen Mitteln dem einzelnen Arbeitslosen schnellstmöglich zu einem neuen Job verholfen werden kann; durch eine berufliche Fortbildung oder Umschulung, mit einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme (ABM) oder zum Beispiel mittels Beschäftigung in einem „sozialen Betrieb“.

Diese Betriebe, die nicht gewinnorientiert arbeiten, sollen eingerichtet werden, um insbesondere Langzeitarbeitslose wieder in das Erwerbsleben einzugliedern. Um künftig Langzeitarbeitslosigkeit möglichst von vornherein zu verhindern, soll es (ab 1996) nach zwei Jahren Arbeitslosigkeit einen Rechtsanspruch auf ABM oder geförderte

Weiterbildung und Umschulung geben. Jüngere Arbeitslose bis zum 27. Lebensjahr können diesen Anspruch bereits nach einem Jahr Arbeitslosigkeit geltend machen.

Zu den innovativen Elementen des ASFG zählt die garantierte gleichberechtigte Teilnahme von Frauen an den Instrumenten und Leistungen der Arbeitsförderung. Eine verbindliche Vorschrift regelt, daß Frauen entsprechend ihrem Anteil an den Arbeitslosen an allen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen teilhaben. In jedem Arbeitsamt achtet eine Beauftragte für Frauenbeschäftigung auf die Einhaltung dieser Vorschrift.

Wie aber sollen diese neuen Vorhaben der Arbeitsförderung in die Tat umgesetzt werden? Im Mittelpunkt des ASFG stehen die Arbeitsämter vor Ort und die Landesarbeitsämter, ihnen sollen mehr Kompetenzen zukommen, um die vorhandenen Gelder effizienter und zielgruppengenaue einzusetzen. Die Selbstverwaltung der Bundesanstalt für Arbeit legt nur noch die Verteilung der Mittel nach dem arbeitsmarktpolitischen Bedarf fest - also mit Blick auf die jeweiligen regionalen Arbeitslosenzahlen. Danach entscheidet die Arbeitsverwaltung vor Ort und mit Zustimmung der Selbstverwaltung, wie diese Mittel eingesetzt werden. Die Einbeziehung der örtlichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen soll die Einhaltung der Förderkriterien in einem regionalen Konsens garantieren, nicht zuletzt, um Mitnahmeeffekte oder eine Verdrängung ansässiger Unternehmen zu vermeiden.

Nach ASFG-Konzept werden dagegen die neuen wirtschaftsnahen Förderinstrumente - Projektförderung, Existenzgründungshilfe, Einarbeitungszuschüsse, innerbetriebliche Qualifizierung - vor allem auf der Ebene der Landesarbeitsämter umgesetzt. Damit will die SPD eine Verknüpfung mit der regionalen Strukturpolitik der Länder und mit dem Einsatz von Mitteln aus dem EG-Strukturfonds gewährleisten.

Arbeitsmarktpolitik ist nicht allein Sache von Arbeitern, Angestellten und

ihren Arbeitgebern, sondern auch von Beamten, Selbständigen, Abgeordneten und Ministern beispielsweise. Ein Teil der Maßnahmen soll daher von vornherein durch Steuern finanziert werden, hierfür schlägt die SPD - ähnlich wie bei der Rentenversicherung - einen regelgebundenen Zuschuß des Bundes vor. Diese Regelbindung sorgt dafür, daß mindestens die Hälfte aller Haushaltsmittel der Arbeitsämter auch tatsächlich in die Finanzierung von Arbeit fließen.

Ein weiteres Problem stellt das hohe Defizit im Osten dar. Das zu bezahlen, ist ebenfalls eine Aufgabe für alle Steuerzahler. Also muß der Bund hier schrittweise einsteigen. Die Beiträge können dann entsprechend sinken. Zudem soll ein globaler Zuschuß des Bundes sicherstellen, daß auch in konjunkturell schlechten Zeiten die Finanzierung der Arbeitsförderung garantiert bleibt - dann also, wenn aktive Arbeitsmarktpolitik notwendiger denn je ist.

Nach zwei Jahren Arbeitslosigkeit soll es einen Rechtsanspruch auf ABM oder geförderte Weiterbildung und Umschulung geben.

Natürlich kann die Arbeitslosigkeit nicht allein mit Hilfe der Arbeitsmarktpolitik bekämpft werden. Um die Massenarbeitslosigkeit zu beenden bedarf es vor allem einer aktiven Wirtschafts- und Finanzpolitik, die sich ein Mehr an Beschäftigung zum Ziel setzt. Desweiteren muß die vorhandene Arbeit gerechter verteilt werden - deshalb muß auch die Arbeitszeitpolitik einen anderen Stellenwert bekommen. Dennoch: Wenn sich mit dem ASFG schon in zwei Jahren die Arbeitslosigkeit um eine halbe Million verringern läßt, was spricht dann dagegen, diesen Gesetzentwurf zu verwirklichen?

Die seit über zwei Jahren dauernden Arbeiten am ASFG wurden unterstützt von Ländervertretern, Gewerkschaftern und Wissenschaftlern. Im SPD-Sofortprogramm vom 16. November 1992 wurde es erstmals als Programmpunkt aufgenommen. Umstritten war in den letzten Monaten, ob der Gesetzentwurf noch in der laufenden Legislaturperiode in den Deutschen Bundestag eingebracht werden soll. Seine Einbringung - so die Befürworter - würde die Ernsthaftigkeit der Umsetzung durch die SPD-Bundes-

tagsfraktion unterstreichen und für die außerparlamentarische Argumentation ein bei der Fachöffentlichkeit schon weitgehend bekanntes Reformprojekt als klaren Kontrapunkt zur Regierungspolitik darstellen. Diese Position konnte nicht durchgesetzt werden.

Der SPD-Parteitag in Halle am 22.6.1994 hat beschlossen, das ASFG in das Regierungsprogramm aufzunehmen, in dem es heißt: „Mit einem neuen Arbeits- und Strukturförderungsgesetz wollen wir die Arbeitsmarkt- mit der Struktur- und Regionalpolitik verbinden. Aktive Arbeitsmarktpolitik muß präventiv sein und mit Fördermaßnahmen schon vor Eintreten der Arbeitslosigkeit und in krisenbetroffenen Branchen und Regionen eingreifen. Dort, wo die bisherigen Förderinstrumente nicht greifen, werden wir sie ausbauen und besser miteinander verknüpfen. Um einen spürbaren Beitrag zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit zu leisten, werden wir den öffentlich geförderten Arbeitsmarkt ausweiten und verstetigen. Mit einem öffentlich geförderten Arbeitsmarkt werden wir eine Beschäftigungsbrücke hin zu neuen wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen schaffen. Dazu werden wir sozial und ökologisch notwendige Maßnahmen fördern. Bisher arbeitslose Menschen erhalten die Chance, sich bei angemessener Bezahlung und der Chance der beruflichen Qualifikation auf neue Arbeitsverhältnisse vorzubereiten.“

Damit wurde eine klare Verpflichtung festgeschrieben für eine SPD-geführte Regierung.

ander verknüpfen. Um einen spürbaren Beitrag zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit zu leisten, werden wir den öffentlich geförderten Arbeitsmarkt ausweiten und verstetigen. Mit einem öffentlich geförderten Arbeitsmarkt werden wir eine Beschäftigungsbrücke hin zu neuen wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen schaffen. Dazu werden wir sozial und ökologisch notwendige Maßnahmen fördern. Bisher arbeitslose Menschen erhalten die Chance, sich bei angemessener Bezahlung und der Chance der beruflichen Qualifikation auf neue Arbeitsverhältnisse vorzubereiten.“

Damit wurde eine klare Verpflichtung festgeschrieben für eine SPD-geführte Regierung.



Aufeinander zugehen

Freitag
Die Ost-West-Wochenzeitung

Ich möchte den FREITAG kennenlernen...

und bestelle 6 Ausgaben zum Probierpreis von DM 12,- (nur Vorkasse: Bar oder Scheck). wird der Bezug nicht vor Erhalt der 5. Ausgabe gekündigt, wandelt sich das Probeabo in ein reguläres Abonnement um.

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung innerhalb einer Woche (Poststempel) beim FREITAG, Postfach 360 520, 1000 Berlin 36 widerrufen kann.

2. Unterschrift

Einsenden an: Vertrieb FREITAG
Postfach 360 520, 1000 Berlin 36

* Adi Ostertag MdB, Sprockhövel, Leiter der „Unterarbeitsgruppe Arbeitsmarkt“ der SPD-Bundestagsfraktion

Ökologischer Keynesianismus - gegen die Allianz der Sparpolitiker

von Herbert Ehrenberg*

Die westdeutsche Wirtschaft ist nach dem Vereinigungsboom 1990, der mit einer realen Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts von 5,7% das höchste Wirtschaftswachstum seit 1969 brachte, 1992/93 in die tiefste Rezession seit Bestehen der Bundesrepublik abgerutscht. Das reale Bruttoinlandsprodukt schrumpfte um 1,9%, die Ausrüstungsinvestitionen um 15,0%. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen betrug im Januar 1994 gut 2,7 Millionen, die Arbeitslosenquote lag bei 9,9%. Lauter traurige Rekordziffern: In der Bundesrepublik gab es vor 1993 nur dreimal negative Wachstumsraten, - 0,3% 1967, -1,4% 1975 und -0,9% im Jahre 1982; die Arbeitslosenquoten lagen in diesen Jahren bei 2,1%, 4,7%, 7,5%. In den auf die Rezession folgenden Jahren 1968 und 1976 gab es Wachstumsraten von 5,5% bzw. 5,3%, die Arbeitslosigkeit ging zurück.

1983 wurde noch ein reales Wirtschaftswachstum von 1,6% erreicht, die Arbeitslosenquote stieg auf 9,1%, das waren im Jahresdurchschnitt 2,26 Millionen registrierte Arbeitslose. Bis einschließlich 1989 hat dann das Arbeitslosenniveau die Zweimillionengrenze nicht mehr unterschritten, das jährliche Wirtschaftswachstum bis 1988 die 3%-Marke nicht erreicht. In dieser Zeit verbreitete sich mit der Übernahme der „konservativen Konterrevolution in der Wirtschaftspolitik“ die These vom beschäftigungslosen Wachstum, wobei geflissentlich übersehen wurde, wie bescheiden die Wachstumsrate in den achtziger Jahren waren: Spürbare Beschäftigungseffekte kann Wirtschaftswachstum nur haben, wenn die Wachstumsraten über der Produktivitätssteigerung liegen.

Für 1994 wird im Frühjahrsgutachten eine Wachstumsrate von 1% prognostiziert, aber die Bundesregierung rechnet mit einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit um 400.000 in Westdeutschland und 50.000 in den neuen

Bundesländern. Im vereinigten Deutschland begann das Jahr 1994 mit vier Millionen registrierten Arbeitslosen, „weitere 2,1 Millionen Personen, deren Arbeitsplätze mit Hilfe von Kurzarbeitergeld und Lohnkostenzuschüssen subventioniert sind oder die durch Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik abgesichert werden“² müssen zur Ermittlung des deutschen Arbeitsplatzdefizits hinzuge-rechnet werden.

Diese Arbeitsplatzlücke von mehr als sechs Millionen entspricht in ihrer Größenordnung der Arbeitslosigkeit in der Weimarer Republik im Jahre 1932. Und was macht die Bundesregierung, die nach dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz zu Maßnahmen verpflichtet sind, die „gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen“?

Parallelen zu 1932

Nicht nur die Arbeitsplatzlücke 1994 hat die Größenordnung der Arbeitslosigkeit des Jahres 1932, auch der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung liegt seit 1993 mit 6,5 % der Brutto-lohn- und Gehaltssumme auf dem Niveau, das mit der „Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen“ vom 1. Dezember 1930 festgelegt wurde. Auch die Politik in Bonn und Frankfurt folgt den Verhaltensmustern der Kanzler Brüning und von Papen sowie des Reichsbankpräsidenten Luther.

Die Bundesregierung beantwortet den Anstieg der Arbeitslosigkeit von 1992 auf 1993 um 600 000 und den Rückgang der industriellen Kapazitätsauslastung von 90% auf 78% mit einem Sparpaket, das nach den Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, zu Kaufkraftminderungen bei den privaten Einkommen von gut 3% führen wird. Ab 1. Januar 1994 wurde u.a. das Arbeitslosengeld von 63% auf 60% des Nettolohnes gesenkt, die Arbeits-

losenhilfe von 56% auf 53%. Zum gleichen Termin wurden die Körperschaftssteuer von 50% auf 45% und der Spitzensteuersatz für gewerbliche Einkommen von 53% auf 47% gesenkt.

Vergleichbares stand in den im September 1932 erlassenen Notverordnungen „Zur Belebung der Wirtschaft“ und „Zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit“ sein können. Die Reichsregierung wurde beauftragt, die sozialen Einrichtungen zu vereinfachen und zu verbilligen, die Schlichter ermächtigt, tarifvertragliche Lohn- und Gehaltssätze zu unterschreiten. Gleichzeitig wurde den Unternehmern bei pünktlicher Steuerzahlung ein Nachlaß von 2,2 Milliarden Reichsmark gewährt.

Auch die Parallelen zwischen der Bundesbankpolitik und der Verhaltensmustern der Reichsbank sind erschreckend. Heinrich Brüning's Memoiren ist zu entnehmen, daß selbst dieser stringente Restriktionspolitiker sich darüber aufregte, daß Reichsbankpräsident Luther noch 1932 eine „Kreditausweitung für alle Zukunft prinzipiell ablehnte“, da er „einen Zusammenbruch der Mark befürchtete“.³ Wer die Begründungen der Bundesbank für ihre Hochzinspolitik 1992/93 nachliest, fühlt sich an diese „Prinzipien“ erinnert: Trotz der schon zum Jahreswechsel 1991/92 deutlich sichtbaren Verschlechterungen der Wirtschafts- und Beschäftigungslage erhöhte die Bundesbank am 20. Dezember 1991 den Diskontsatz auf 8% und am 17. Juli 1992 auf 8,75%. Damit wurde das höchste Diskontniveau erreicht, das es je in der Bundesrepublik gab, obwohl die Ausrüstungsinvestitionen schon im dritten und vierten Quartal 1991 in realer Rechnung rückläufig waren.⁴ Und auch das im Mai 1994 nach elf „Trippelschritten“ erreichte Niveau von 4,5% ist immer noch 1,5 Punkte höher als 1988, einem Jahr mit einer realen Wachstumsrate von 3,7%.

Von Wachstums- und Beschäftigungsorientierung also keine Spur, stattdessen eine breite, aber wenig konkrete Standortdebatte: Schon in den

achtziger Jahren wurde parallel zum permanenten Rückgang der Lohnquote (von 76,9% auf 70,2%) eine Debatte über die sinkenden Standortqualitäten der Bundesrepublik geführt. Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft wurde hiernach durch zu hohe Löhne und zu kurze Arbeitszeiten, ausufernde Soziallasten und zu hohe Unternehmensbesteuerung ständig verschlechtert. Nur durch kräftigen Abbau der Sozialleistungen, durch mehrere Nullrunden in der Tarifpolitik, Deregulierung und Flexibilisierung (möglichst durch Tariföffnungsklauseln) wäre der Wirtschaftsstandort Deutschland noch zu retten.

Standortdebatte: ignorierte Fakten und falsche Rezepte

Die Standortdebatte spiegelt eine deutsche Variante der Anfang der achtziger Jahre aus den USA und Großbritannien übernommenen Angebotstheorie wider, verschärft durch immer heftigere Sozialstaatskritik. Bundesregierung, Bundesbank, Arbeitgeberverbände und der Sachverständigenrat führen diese Debatte nach der Generallinie, daß steigende Gewinne zu mehr Investitionen und Beschäftigung führen, hohe Löhne und Sozialleistungen zu steigender Arbeitslosigkeit. Ökonomischen Plausibilitätsprüfungen wird diese Argumentationskette in der Regel nicht unterworfen, Widerlegungen werden nicht zur Kenntnis genommen.⁵ Eine Gegenüberstellung der Entwicklung in den siebziger und achtziger Jahren zeigt gegenteilige Entwicklungen:

Die wichtigsten volkswirtschaftlichen Verlaufsreihen, jeweils Veränderung in % zum Ausgangsjahr:

	1969-79	1979-89
Bruttosozialprodukt	133,2	61,1
Nettoeinkommen aus Unternehmer-tätigkeit und Vermögen	82,1	88,3
Anlageinvestitionen	116,0	50,1
Nettolohn- und Gehaltssumme	128,8	42,2
Nettolohn je Beschäftigten	33,3	2,3
Bruttosozialprodukt, real	36,2	19,3

Diese Vergleichsreihen entlarven die meisten Behauptungen aus der Standortdiskussion als Legenden; die neoklassischen Gleichungen: „Steigende Gewinne = steigende Investitionen“ und „niedrige Löhne = sinkende Arbeitslosigkeit“, haben nie gestimmt. Politisches Handeln nach dieser Generallinie wird nie aus der Beschäftigungskrise führen. Wenn in den siebziger Jahren der Anstieg der Arbeitnehmerinkommen um gut ein Drittel höher war als die Entwicklung der Unternehmenseinkommen, die Investitionen aber sehr viel stärker stiegen als die Unternehmenseinkommen, während in den achtziger Jahren die Arbeitnehmerinkommen noch nicht einmal halb so stark stiegen wie die Unternehmenseinkommen, die Entwicklung der Investitionen aber um mehr als ein Drittel hinter dem Anstieg der Unternehmenseinkommen zurückblieb, so belegt dies eindeutig die simple Erkenntnis, daß Erweiterungsinvestitionen sich in erster Linie an den Absatzerwartungen orientieren. Diese aber werden vor allem von der Nachfrageentwicklung beeinflusst.

Wer also ernsthaft Wege aus der Beschäftigungskrise sucht und nicht nur mit neoklassischen Argumenten Verteilungskonflikte zu Lasten der Arbeitnehmer entscheiden will, der muß - nachdem die neoklassischen Rezepte überall krisenverschärfend gewirkt haben⁶ - unvoreingenommen das gesamte wirtschafts- und finanzpolitische Instrumentarium prüfen und darf die Keynes'schen Rezepte nicht vorschnell als überholt erklären.⁷ Unterschiedliche Entwicklungen in vergleichbaren Volkswirtschaften zeigen, daß Wirtschaftskrisen noch nie durch Sparaktionen überwunden wurden und daß ein gut ausgebauter, aber die Leistungsbezogenheit der Einkommen wahrender Sozialstaat die Wirtschaft nicht erdrückt, sondern stabilisierend wirkt.

Die Überwindung der Weltwirtschaftskrise in den USA durch den sozialpolitisch orientierten New Deal und die positive Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung in Skandinavien, der Bundesrepublik und den Benelux-Staaten während der ersten drei Jahrzehnte nach dem zweiten Weltkrieg belegen dies deutlich. Burkart Lutz führt dieses in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung vorher nicht bekannte Phänomen überzeugend auf eine „Kombination marktwirtschaftlicher Ordnungsprinzipien mit weitreichenden

Blätter für deutsche und internationale Politik

Das Buch zum Zeitgeschehen Monatlich

Zuletzt geschrieben in den Blättern u.a.:
 Jörg Hufschmid · Rossana Rossanda · Claus Leggewie · Ingeborg Maus · Dettel Hensche · Werner Van Gent · Klaus Segbers · Mohssen Massarat · Hans Arnold · Marian Dobrosielski · Arno Klönne · Andrej Fadin · Walter Boehlich · Norberto Bobbio · György Dalos · Ilse Staff · Helmut Dubiel · Eberhard Rondholz · Dan Diner · Elmar Altvater · Franz Ansprenger · Svebor Dizdarevic · Jeremy Leaman · Bernd Weisbrod · Heinrich Senft · Vladimir Choros

Themen zuletzt u.a.:
 Grenzländer der Nation · Somalisierung Afrikas? Der Kontinent zwischen Chaos und Pax Africana · Das ethische Minimum der Demokratie · Frontverläufe im algerischen Bürgerkrieg · Blauhelme: Hoffnung und Alpdruck der Vereinten Nationen · Afghanistan mit variabler Geometrie · IWF und Weltbank unter Reinhold Druck · Kinderklonen · Gewalt in der Gesellschaftswelt · Gewerkschaften: Teil des Problems, Teil der Lösung? · Folgenzenarien der jugoslawischen Auflösungskriege · Die Neukonstituierung einer Bürgergesellschaft · Umrisse eines Neuen Wohlstandsmodells · Weimar und Bonn · Ökologische Marktwirtschaft und Rekonstruktion des Sozialen

Jeden Monat 128 Seiten
Analysen, Alternativen, Kommentare, Chronik, Kritik, Dokumente.

Einzelheft 14 DM (plus Versand),
 Probeabonnement (die nächsten beiden Ausgaben) 19 DM
 Jahresabonnement (12 Ausgaben) 109,80 DM
 ermäßigtes Jahresabo (12 Ausgaben) 85,80 DM
 (Abos jeweils incl. Versand)

BESTELLUNGEN UND KOSTENLOSES PROBEHEFT
 beim
BLÄTTER-VERLAG
 STICHWORT · SPW ·
 BERTHA-VON-SUTTNER-PLATZ 6
 53111 BONN
 TEL. 0228/65 01 33 FAX 0228/65 02 51

* Herbert Ehrenberg, Bundesarbeitsminister 1976-82

sozialpolitischen Innovationen“ zurück.⁸ Die „konservative Konterrevolution in der Wirtschaftspolitik“ hat die Keynes' schen Konzepte nicht widerlegt, aber ihre Anwendung mit wirksa-

wirkt zusätzlich lähmend. Doch wenn nicht bald ein beschäftigungswirksames Instrumentarium neu kombiniert und eingesetzt wird, dann dürften die Parallelen zu 1932 lange vor dem Jahr 2000



mer PR-Arbeit blockiert, auch dort, wo - wie in der Bundesrepublik - antizyklische Wirtschafts- und Finanzpolitik den Regierungen gesetzlich vorgeschrieben ist. Rezepte, die nicht angewendet werden, können auch nicht wirken.

Ökologisch orientierter Keynesianismus und Reform der Abgabenstruktur

Antizyklische Fiskalpolitik ist in vielen Varianten möglich, die richtige zeitliche und mengenmäßige Dosierung zählt zu den schwierigsten, aber auch lohnendsten ökonomischen Aufgaben. Keynes'sche Antizyklik und Verbesserung der Angebotsbedingungen müssen keine Gegensätze sein, sie sind erst in der ideologisch geführten Standortdebatte dazu gemacht worden. Die allgemeine politische und wissenschaftliche Ratlosigkeit gegenüber den Beschäftigungsproblemen der achtziger Jahre - die sich dann mit der deutschen Vereinigung drastisch verschärft haben - hat hier ihre Ursache.

Die allgemeine Resignation, mit der Prognosen hingenommen werden, die mit der gegenwärtigen Massenarbeitslosigkeit bis zum Jahr 2000 reichen,

über das ökonomische und sozialpolitische Fehlverhalten hinausgehen: Auf '32 folgte '33!

Die Bundesrepublik Deutschland braucht dringend einen beschäftigungswirksamen Wachstumsschub, der mit zwei Operationen anzukurbeln wäre:

1. Ein breit angelegtes Infrastruktur- und Wohnungsbauprogramm

Die staatlichen Angebote zur Wachstumsförderung sind in den letzten Jahren ständig erweitert worden - doch Abschreibungserleichterungen, Innovations- und Eigenkapitalhilfen u.ä. sind bei ihrer Inanspruchnahme sehr vom aktuellen Konjunkturklima abhängig; moderne Manager sind hier leicht zu verunsichern. Doch es gibt ein Instrument der Wachstumsförderung, das immer wirkt: Die Verstärkung und Beschleunigung öffentlicher Investitionen, von denen unmittelbar eine Verbesserung der Auftragslage in der Bauwirtschaft, im Maschinenbau, bei der Meß- und Regeltechnik sowie in vielen anderen Wirtschaftszweigen ausgeht. Dringend erforderliche Infrastruktur, Umwelt und Beschäftigung zugleich verbessernde Projekte gibt es im vereinigten Deutsch-

land zuhauf - aber die finanzpolitische Ratlosigkeit der Bundesregierung, die wechselkursorientierte Bundesbankpolitik und die Verteilungskämpfe der Arbeitgeberverbände verhindern, daß unbeschäftigte Arbeitnehmer und ausgelastete industrielle Kapazitäten zu sinnvoller Produktion zusammengeführt werden: Für diese rational nicht erklärbare „Ökonomie paradox“ drei Beispiele:

- Trotz drohenden Verkehrsinfarkts auf den Autobahnen kommt der Ausbau des Schienenverkehrs nur langsam voran, erfolgt die dringliche Modernisierung des Schienennetzes und des Wagenparks nur zögerlich - und bei der Deutschen Waggonbau AG (einem sehr leistungsfähigen ostdeutschen Unternehmen) sind die Arbeitsplätze von 25.000 auf 7.000 abgebaut worden.

- Anlagen zur Begrenzung der Luft- und Gewässerverschmutzung und die Sanierung vergifteter Böden sowie die Lösung der Abfallprobleme in West und Ost könnten in sehr viel größerem Umfang erfolgen - ein Teil der technischen und personellen Kapazitäten in den hierauf orientierten Wirtschaftszweigen ist wenig ausgelastet.

- In Deutschland fehlen mehr als 2,5 Millionen Wohnungen, ferner besteht ein Riesenbedarf an Wohnungs- und Städtessanierungen, aber im März 1994 waren 167.000 Bauarbeiter arbeitslos.

Dies sind nur Beispiele für Projekte, deren Durchführung dringend beschleunigt werden muß, wenn das Verkehrsnetz ökologisch und qualitativ verbessert, die Umweltbelastung vermindert und das Entstehen von Slums verhindert werden soll. Mit diesen Projekten würde kein „konjunkturelles Strohfeuer“ entfacht, sondern ein beschäftigungswirksamer Wachstumsschub ausgelöst, der die gewerbliche Wirtschaft stärken und die Chancen eines sich selbst tragenden Aufschwungs wesentlich verbessern würde. Und die freien personellen und technischen Ressourcen würden Preisaufrührkräfte begrenzen.

Schwierig bleibt die Frage der Finanzierung, vor allem weil öffentliche Kreditfinanzierung in Deutschland mit einem Tabu belegt ist. Volle Anstoßwirkung ist aber nur von einem zusätzlich finanzierten Programm zu erwarten, Umschichtungen vermindern die Nachfrage an anderer Stelle. Bei dem Ernst der politischen und sozialen Lage müßte es möglich sein, dieses Tabu zu überwinden, wenn - *erstens* -

öffentliche Aufklärung darüber erfolgt, daß trotz des steilen Anstiegs in den letzten vier Jahren Deutschland auf der Liste der Staatsschuldenquote unter 19 OECD-Staaten noch immer einen der unteren Plätze (14) einnimmt und - *zweitens* - zusätzliche Kredite ausschließlich zur Finanzierung öffentlicher Investitionen verwendet werden. Nur so, nicht mit Sparaktionen, kann die mittelfristig notwendige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte gelingen. 100.000 Arbeitslose weniger verbessern die öffentlichen Finanzen um 3,5 Mrd. DM.

Der deutsche Kapitalmarkt wäre für die zusätzliche Kreditfinanzierung ergebnisreich genug, Schwierigkeiten bereitet die Verzinsung. An diesem Punkt sind neue Regeln für den Bundesbankgewinn fällig. 1994 hat die Bundesbank 18,3 Mrd. DM Gewinn an den Bund abgeführt. Der Bundesfinanzminister will 11 Mrd. davon zu Tilgung von Altschulden verwenden - vor dem Hintergrund einer Arbeitsplatzlücke von mehr als sechs Millionen ein völlig kontraproduktiver Vorgang: Diese Mittel sollten stattdessen zur Zinsentlastung kreditfinanzierter Investitionen und/oder für Investitionszuschüsse an Länder und Kommunen verwendet werden.

Darüberhinaus ließe sich der Bundesbankgewinn mittelfristig auf 25 bis 30 Mrd. DM stabilisieren, wenn die Bundesbank von den Bilanzierungsvorschriften des Aktiengesetzes befreit würde. Die zum Gläubigerschutz erlassenen Vorschriften, nach dem Niederwertprinzip zu bilanzieren, gelten auch für die Bundesbank, die gar keine Gläubiger hat, aber dieser Vorschrift wegen inzwischen über „stille Reserven“ von 60 bis 70 Mrd. DM verfügt. Eine schrittweise Bewertung der Gold- und Devisenreserven nach dem durchschnittlichen Marktwert würde die Aktiva der Bundesbank (und damit den Gewinn) entsprechend erhöhen, der dann bei der Geldmengenpolitik zu berücksichtigen wäre.

2. Beschäftigungswirksame Reform der Abgabenstruktur

Die kräftig gestiegene Steuer- und Abgabenbelastung steht im Zentrum der Standortkritik und die Bundesregierung hat mehrfach die Besteuerung der Unternehmen gesenkt und klagt selbst über

die (von ihr mitverursachten) hohen Lohnnebenkosten. Der mit dem Standortsicherungsgesetz eingeschlagene Weg wird sich auf Wachstum und Beschäftigung wenig positiv auswirken, allein die Gewinnhöhe wirkt noch nicht investitionsstimulierend, wie die achtziger Jahre beweisen. Dringend notwendig ist eine wachstums- und beschäftigungsfreundliche Reform der Abgabenstruktur, für die sich drei Operationen anbieten:

Differenzierte Besteuerung nach der Gewinnverwendung:

Wer mit der Steuerpolitik die Investitionsbereitschaft dauerhaft verbessern will, muß grundlegendere Veränderungen vornehmen als bloß die Spitzensteuersätze zu senken. Lange Phasen der Hochzinspolitik machen Anlagen in Finanztiteln zu immer stärkerer Konkurrenz gegenüber risikobehafteten Investitionen, jedenfalls solange die Steuersätze unabhängig von der Gewinnverwendung sind. Eine kräftig progressive Besteuerung bei jeder nicht investiven Gewinnverwendung und halbem Steuersatz für den investierten Gewinn würde die Kalkulationsgrundlage für Investitionen verbessern.

Neue Bemessungsgrundlagen für die Arbeitgeberverträge zur Sozialversicherung:

Seit Bismarcks Zeiten werden Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge von der Bruttolohn- und Gehaltssumme erhoben mit der Folge ständig steigender Lohnnebenkosten in arbeitsintensiven Betrieben. Für die Arbeitnehmer ist diese Bemessungsgrundlage wegen der notwendigen Bindung der Renten an die Lohnentwicklung unverzichtbar, für die Arbeitgeberseite wird sie mit zunehmender Kapitalintensität immer fragwürdiger. Die Bruttowertschöpfung gibt die Leistungsfähigkeit der Unternehmen sehr viel besser wieder, ihre Einführung als Bemessungsgrundlage für die Arbeitgeberbeiträge würde - bei aufkommensneutralen Erhebungssätzen - personalintensive Unternehmen bei den Lohnnebenkosten entlasten, kapitalintensive belasten. Als Paket mit der Umstellung der Gewinnbesteuerung nach dem Verwendungszweck, womit kapitalintensive Unternehmen begünstigt würden, könnte es so zu einer investitions- und beschäftigungswirksamen Reform der Abgabenstruktur kommen.

Einführung einer Arbeitsmarktsteuer für Beamte, Abgeordnete, Minister, Freiberufler, Mitglieder des Zentralbankrats und Vorstandsmitglieder von Kapitalgesellschaften. Es gibt weder eine ökonomische noch eine soziale Legitimation dafür, diesen Personenkreis nicht an der Finanzierung aktiver Arbeitsmarktpolitik zu beteiligen. Mit einer gut bemessenen Arbeitsmarktsteuer würde die Finanzierungslücke bei der Bundesanstalt für Arbeit gemindert, die „Gerechtigkeitslücke“ bei der Finanzierung der deutschen Einheit ein wenig abgebaut und ein Beitrag zur Senkung der Lohnnebenkosten geleistet. Negative Wachstumsrückwirkungen sind hier im Gegensatz zu Steuererhöhungen nicht zu befürchten, dieser Personenkreis finanziert keine Investitionen.

Fazit

Eine mittelfristig so ausbalancierte Finanzkonzeption gäbe dem vereinten Deutschland die Chance, das nächste Jahrtausend als Sozialstaat mit guter Beschäftigungslage, verbesserter Lebens- und Umweltqualität sowie soliden Finanzen bei Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungsträgern zu erreichen. Die gegenwärtig praktizierte Allianz der Sparpolitiker gibt uns diese Chance nicht. Eine radikale Kurskorrektur ist daher erforderlich.

- 1 James Tobin: Die konservative Konterrevolution in der Wirtschaftspolitik, in: Der österreichische Weg aus der Weltwirtschaftskrise, herausgegeben von der SPÖ, Wien 1982, S. 223ff.
- 2 Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten 1993/94, S. 4
- 3 Heinrich Brüning: Memoiren 1918 - 1934, Stuttgart 1970, S. 503
- 4 Deutsche Bundesbank: Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, März 1994, S. 20
- 5 Vgl. Werner Vomfelde: Abschied von Keynes?, Frankfurt/New York 1985, vor allem S. 60 ff
- 6 Vgl. Herbert Ehrenberg: Mehr Arbeitsplätze ohne Lohnverzicht, Stuttgart 1988, S. 43 ff, und Vomfelde, a.a.O., 11
- 7 Wie, z.B. Peter Glotz im Spiegel Nr. 51/87
- 8 Burkart Lutz: Kapitalismus ohne Reservearmee, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 4/1982, S. 342

Reform statt Ruin!

Zur Zukunft des öffentlichen Dienstes

Begriffe wie „Lean Administration“, „Controlling“ oder „Mitarbeiter buy-out“ haben zur Zeit überall dort, wo über öffentliche Verwaltung geredet wird, Hochkonjunktur. Wenn dies dann auch noch so übersetzt wird: „Die öffentlichen Verwaltungen müssen den sich wandelnden Bedürfnissen dienen. Dazu brauchen wir alle: Bürger, Beschäftigte, Gewerkschaften, politisch Verantwortliche.“¹, dann gibt es kaum noch jemanden, der dazu nicht „Bravo!“ ruft.

Doch es lohnt sich, einmal etwas genauer hinter die wohlklingenden Worthüllen zu sehen. Sinnvolle und praktikable Vorschläge zur Reform des fraglos antiquierten öffentlichen Dienstrechts gibt es nicht erst, seit Offenbachs Oberbürgermeister Gerhard Grandke mit seinen Ideen einer Sanierung der Stadtverwaltung zum begehrten Talkshow-Gast wurde. Schon Anfang der siebziger Jahre hat die Studienkommission für die Reform des öffentlichen Dienstrechts ein umfangreiches Gutachten vorgelegt, das wohl im Bundesinnenministerium noch immer in irgendeinem Keller verstauben dürfte. Die damals von der Gewerkschaft ÖTV dazu gemachten konkreten Vorschläge wurden trotz „Reformen wagen“ gleich mit schubladisiert. Jetzt plötzlich tauchen viele der vor zwanzig Jahren entwickelten Gedanken in den Reden der dynamischen Modernisierer wieder auf. Da stellt sich doch die Frage, warum gerade jetzt?

Ist es erstgemeint, wenn es zum Beispiel heißt: „Ein moderner Sozialstaat braucht einen bürgernahen öffentlichen Dienst, zukunftsfähige Dienstleistungen und leistungsfähige Versorgungseinrichtungen. ... Die Verwaltungen müssen modernisiert, ihr Aufbau muß an die Aufgaben angepaßt werden.“² Mißtrauisch läßt einen werden, daß mitten in der schwersten Wirtschaftskrise der Bundesrepublik mit einer Verschuldung der öffentlichen Haushalte von rund 2000 Mrd. DM der Reformeifer ausbricht.

¹ Kurt-Ulrich Heldmann, Kassel, Vorsitzender des Hauptpersonalrats beim hessischen Kultusminister, ÖTV

Das Beispiel Offenbach

Gerhard Grandke kann man vielleicht manches nachsagen, nicht jedoch, daß er mit verdeckten Karten spielt. Wo immer er sein Konzept verkauft, erklärt er offen, daß es zuerst um eine Haushaltssanierung geht, dann um „systematische stadtpolitische Entwicklungsziele“, und das soll dann „versucht (werden), mit der Modernisierung der Verwaltung zu verbinden.“³ Die Reform der Stadtverwaltung ist alles andere ein Selbstzweck, sie dient ausschließlich dem Ziel der Ausgabenkürzung (der in diesem Zusammenhang regelmäßig auftauchende, positiv besetzte Begriff des Sparens ist mehr als unpassend; sparen nennt man gemeinhin, wenn ein Teil des Vorhandenen zurückgelegt wird) und wird halt „versucht“. Getreu dem Motto „Trial and error“ entpuppt sich manches von dem, was als beispielhaft bundesweit aufgegriffen wird, dann auch eher als Irrtum. So der ‚Motivator‘ persönliche Leistungszulage etwa für Mehrleistungen, infolge derer sonst zu besetzende Stellen wegfallen können. Tatsächlich sind bis Mitte Mai gerade einmal elf der immer noch etwa 1600 Stadtbeschäftigten in den ‚Genuß‘ dieser Zulage gekommen.⁴ Aber, wie gesagt, auch bei mancher Augenwischerei noch ein ehrlicher Ansatz.

Zum Beispiel Kassel

Die finanzielle Situation der nordhessischen Metropole ist zwar noch nicht ganz so dramatisch, wie sie sich in Offenbach darstellte, aber zweifellos ebenfalls ernst. Konsequenterweise hat der dafür zuständige Stadtkämmerer Jürgen Barthel ebenfalls über Kürzungen nachgedacht. „Die Haushaltssanierung ist die zentrale Aufgabe der nächsten Jahre.“⁵ Wie anderenorts auch werden der „noch allzu hierarchische“ Verwaltungsaufbau, „unnötig viele Doppelarbeiten“ oder „zusätzlicher Koordinierungsaufwand“ als Mitursache des Übels entdeckt; Zustände mithin, die von denen, die sie jetzt beklagen, jahrzehntelang kultiviert wurden!

Als Lösungsmöglichkeiten fallen den Verantwortlichen neben der altbekann-

ten Privatisierung, die jetzt allerdings - betriebswirtschaftlich modern - „Verringerung der Fertigungstiefe“ heißt, die Schließung von Hallen- und Freibädern, die Schließung der dezentralen und bürgernahen(!) Einwohnerämter sowie Kürzungen beim Jugend- und Kulturhaushalt und beim Zuschuß zum ÖPNV ein. Zwar stellt Jürgen Barthel zutreffend fest, es sei „vorbehaltlos (zu) prüfen, welche Aufgaben die Stadt tatsächlich noch erfüllen muß“. Bevor mit dieser Aufgabenkritik aber auch nur begonnen wurde, präsentiert er seine Ergebnisse.

Anforderungen an eine Reform

Dies macht mit aller Deutlichkeit das Dilemma der gegenwärtigen Strukturdebatte um den öffentlichen Dienst deutlich. Nachdem in ‚guten Zeiten‘ großzügig alle Reformansätze beiseite gewischt wurden, ist jetzt der finanzielle Druck scheinbar so groß, daß nur noch nach der altbekannten Hauruckmethode reagiert wird. Eine Methode, die jedoch längst gescheitert ist! Genau die jetzt wieder praktizierte Art und Weise, nach kurzfristigen finanziellen Erfolgen zu schießen, hat die derzeitige Situation nicht verhindert! Die Hoffnung auf die Chance, die in der Krise liegt, wird so schnell enttäuscht.

Eine Strukturdebatte des öffentlichen Dienstes ausgehend von einem reformorientierten Politikansatz muß anders aussehen.

An erster Stelle muß die Aufgabenkritik stehen. Dabei geht es um die politische Entscheidung, welche Aufgabe und Funktion der öffentliche Dienst zukünftig einnehmen soll. Die Entscheidung kann weder fiskalisch noch betriebswirtschaftlich begründet werden. Öffentliche Dienstleistung ist - betriebswirtschaftlich - häufig unproduktiv, aber ein wesentliches Element zur Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse.⁶ Wie andere und ältere Demokratien zeigen, ist diese Gesellschaftsform auch ohne den in Deutschland - noch? - vorzeigbaren Standard sozialer Absicherung denkbar. Sozialstaat bedeutet aber nun einmal ein hohes Maß an subventionierter staatlicher Leistung. Gleiches gilt für

das Rechtsstaatsystem in diesem Land. Wie schnell eine unter Kosten-/Leistungskriteriengeführte Auseinandersetzung zu einem Abbau elementarer Bürgerrechte führen kann, haben die Diskussion um das Asylrecht oder - aktuell - das „Verbrechensbekämpfungsgesetz“, mit dem gerade bei geringfügigen Vergehen eine Rechtswegeverkürzung angestrebt wird, verdeutlicht.

Die Entscheidung darüber, welchen öffentlichen Dienst wir uns leisten wollen, ist zwar eine politische, sie darf jedoch nicht von Politikern allein getroffen werden. Sie setzt einen gesellschaftlichen Diskurs voraus und muß vor allem von den davon Betroffenen, also den Bürgerinnen und Bürgern getragen werden.

Erst danach, also wenn die politische Zielsetzung erfolgt ist, ist die Verwaltung gefordert, einen zukunftsorientierten öffentlichen Dienst zu schaffen, der ein Garant für einen funktionierenden Sozialstaat ist, der bürgernah arbeitet, der bezahlbar bleibt und der gleichzeitig auch für zukünftige Generationen als Arbeitgeber attraktiv ist.

Auch dabei ist der Anspruch auf Partizipation zu berücksichtigen. Eine Verwaltungsreform, die nach einem hierarchischen Führungsmuster umgesetzt werden soll, muß scheitern. Nur wenn neue Strukturen von denen, die die Leistungen erbringen und denen, die sie in Anspruch nehmen, gemeinsam entwickelt werden, gibt es eine Erfolgchance.

Das setzt jedoch nicht nur ein neues Bewußtsein beim Behördenmanagement voraus, sondern verlangt vor allem ausreichend Zeit. Deshalb muß damit so schnell wie möglich begonnen werden. So wichtig die von Horst Arenz (in spw 2/94, S. 12) geforderten Reformen des Dienst- und Arbeits-, Haushalts- oder Finanzrechts sind, sie können nicht abgewartet werden. Wirksame Veränderungen sind auch jetzt schon möglich. Und es sollte der Anspruch auf Perfektionismus aufgegeben werden. Die 80%-Regel gilt auch hier, ebenso wie die Bereitschaft, Fehler zu riskieren, die als Chance zum Lernen genutzt werden müssen.

Daß dies mehr als eine theoretische Vision ist, zeigen beispielhafte Ansätze.

Zum Beispiel Main-Kinzig-Kreis

Dieser Landkreis hat ebenso wie die oben genannten Städte erhebliche Fi-

nanzprobleme. Anders als bei diesen haben alle Beteiligten, politisch Verantwortliche, Beschäftigte, Gewerkschaft, einen Konsens gefunden, der von der Zielbestimmung ausgeht, „die Verwaltungen als sozialpolitischen Faktor zu erhalten“.⁷ Die Entwicklung und Umsetzung notwendiger und sinnvoller Strukturveränderungen erfolgt unter weitgehender Beteiligung der Beschäftigten, ein Projektbeirat mit Vertretern der Verwaltungsspitze, Gewerkschaften und Personalrat dient in auch dort vorkommenden Konfliktfällen als ‚Clearingstelle‘.

Seitens der ÖTV wird zu Recht angemerkt, damit könne auch der Beweis erbracht werden, daß „das Argument der Serviceverbesserung bei Privaten Legende (ist), ähnliche Leistungen (können) sogar billiger - da kein Gewinnstreben - von öffentlichen An-

Neue Strukturen müssen von denen, die die Leistungen erbringen und denen, die sie in Anspruch nehmen, gemeinsam entwickelt werden.

bietern erreicht werden, wenn intern entsprechende Strukturen geschaffen werden“. Der gesellschaftspolitische Anspruch und der nach Verbesserung von Arbeitsbedingungen werden so zusammengebracht.

Noch gibt es keine abschließenden Erfahrungen, noch ist auch nicht ausgeschlossen, daß „Schnellschüsse, um Einsparungen zu erreichen“ zum Mittel der Wahl werden. Doch erste Erfolge lassen hoffen, daß sich langfristige Vernunft gegenüber kurzfristigen populistischen Entscheidungen durchsetzen kann. Eine Linie, die auch von anderen verfolgt wird.

Zum Beispiel hessische Kultusverwaltung

Nachdem mit dem Hessischen Schulgesetz das Konzept der eigenständigen Profilbildung der Schulen unter Einbeziehung aller Beteiligten, Lehrer, Eltern, Schüler, zum Handlungsrahmen gemacht wurde, war es eine logische und zwangsläufige Konsequenz, auch

die Schulverwaltung so umzubauen, daß sie den an sie gestellten neuen Anforderungen entspricht.

Als Ziele dafür nannte Kultusminister Hartmut Holzapfel:

- Verlagerung von Entscheidungskompetenzen nach unten,
- Schaffung von mehr Transparenz in Entscheidungsprozessen,
- Regionalisierung der Schulentwicklung,
- Straffung von Arbeitsabläufen und
- mehr Zusammenarbeit, weniger Hierarchie.⁸

Also auch hier kein Personalreduzierungsprogramm, sondern der Anspruch, Verwaltungsreform als gestaltenden Prozeß anzugehen. Verbunden ist das mit dem Ansatz der umfassenden Betroffenenbeteiligung, abgesichert in einem Kooperationsabkommen mit dem Hauptpersonalrat. Auch hier ist noch offen, ob dieser Ansatz letztlich trägt. Wenn 1995 der neu geordnete Länderfinanzausgleich greift, besteht die Gefahr, daß der drohende Ruin zu hektischer Aktivität führt, mit der der Reformanspruch dann erledigt wird.

Ein langfristig angelegter, am Anspruch einer demokratischen Gesellschaft orientierter Reformansatz sichert zumeist noch am Bewußtsein vieler Handelnder, die in einer hierarchischen, von oben nach unten durchorganisierten, allen demokratischen und partizipativen Vorstellungen gegenüber feindlichen Verwaltungswelt groß geworden sind. Nicht nur, aber vor allem bei den politischen Entscheidungsträgern muß die Veränderung mit dem Willen beginnen.

¹ Rudolf Scharping, in: Vorwärts 5/94, S. 5
² Diskussionsentwurf „Regierungsprogramm 1994“, SPD Intern Sonderdruck, S. 24
³ G. Grandke/Dr. C. Barthel/M. Weimer: „Schlanke Verwaltung für ein fettes Staatsäckel“, in: Der Städtetag 4/1993, S. 264ff.
⁴ Zur generellen Problematik dieses Instruments vgl. Horst Arenz: Privatisierung oder Staatsreform, in: spw 2/94, S. 11
⁵ Dies und die folgenden Zitate aus der Rede zum Entwurf des Haushaltsplans 1994, Stadtverordnetenversammlung Kassel am 13.12.1993
⁶ vgl. dazu auch Carsten Sieling: Über leere Kindergärten und den sozialdemokratischen Gebrauch von Rasenmähern, in: spw 3/94, S. 6
⁷ Dies und die folgenden Zitate nach: Kooperation Main-Kinzig-Kreis. Dokumentation der Gewerkschaft ÖTV, Kreisverwaltung Hanau, Oktober 1993
⁸ vgl. Presseerklärung des hessischen Kultusministers vom 29.7.1993

Eine eigenständige und demokratische Gesundheitspolitik gestalten

von Fritz Riege*

Gesundheitspolitik wird unterschätzt

Traditionell haben es Gesundheitspolitiker in der SPD nicht leicht. In der politischen Basisarbeit in den Ortsvereinen und Unterbezirken kommt Gesundheitspolitik kaum vor, in Wahl- und Parteiprogrammen fristet sie ein Schattendasein. Wer kennt schon die „Gesundheitspolitischen Leitsätze“ des Hamburger Parteitages von 1977 oder den vierten Abschnitt des Orientierungsrahmens 1985? Wer weiß schon, daß die SPD-Gesundheitspolitik in der Person des in Theresienstadt ermordeten jüdischen Reichstagsabgeordneten Julius Moses, der in Berlin als Kassenarzt wirkte und dort die Zeitschrift „Der Kassenarzt“ herausgab, ein großes Vorbild benennen kann?

Die Gründe dafür kann man nur ahnen, zumal der Stellenwert von Gesundheitspolitik auch in den anderen Parteien und in fast allen Kabinetten nie zu hoch angesiedelt gewesen ist. Im Gegenteil: In Bonn gibt es erst seit dem Kabinett Brandt/Scheel ein eigenständiges Gesundheitsressort, das bis heute eine typische „Verfügungsmasse“ für Koalitionsverhandlungen und für z.T. abenteuerliche Ressortzuschnitte darstellt. Erst in allerjüngster Zeit wurde die Abteilung „Krankenversicherung“ vom Sozial- in das Gesundheitsministerium eingegliedert. Erst damit bekam das Gesundheitsressort in Bonn ein eigenes Gewicht, weil über diesen Zweig der gesetzlichen Sozialversicherung das deutsche Gesundheitswesen zu einem wesentlichen Teil gesteuert wird.

Nach wie vor wird auch das Gesundheitswesen von vielen, ich glaube sogar von den meisten, Bürgerinnen und Bürgern als Krankenversorgung betrachtet. Die wichtigen Sektoren der Gesundheitsförderung, der Prävention und Rehabilitation werden immer noch zu wenig beachtet. Krankenbehandlung aber wird in der Regel als Aufgabe von Ex-

perten und Fachleuten betrachtet, in der Laien wenig zu sagen haben, und bei der es auch wenig Spielraum für politische Entscheidungen gibt. Allenfalls gibt es berechtigte Aufregungen bei Blut-, Arzneimittel- oder Skandalen der Umwelt- und Lebensmittelvergiftung oder beim Versagen des Arbeitsschutzes. Aber dies geschieht in der Regel als Hinterherlaufen hinter den Schäden und nicht so sehr als vorsorgende Gesundheitspolitik. Erst sehr langsam entzündeten sich an solchen Beispielen basispolitische Aktivitäten, und darin liegt eine Hoffnung für mich, daß es gelingt, mehr Engagement von Bürgerinnen und Bürgern in den Grundorganisationen der SPD für eine eigenständige und demokratische Gesundheitspolitik zu erreichen. Die Entwicklung der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Gesundheitswesen von einer Expertengemeinschaft von Angehörigen von Heilberufen (früher Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Ärzte und Apotheker - ASÄ) zu einer gesundheitspolitischen Kraft gibt einen zusätzlichen Schwung in diese Richtung. Je mehr sich diese Arbeitsgemeinschaft mit Themen wie der gemeindebestimmten Psychiatrie, der gesundheitlichen Selbsthilfegruppen, des Pflegenotstandes, der Umwelt- und Sozialhygiene beschäftigt, desto mehr Chancen für eine Basisverankerung von Gesundheitspolitik sind gegeben.

Eine weitere Erklärung für die langanhaltende „Stiefkindsituation“ der Gesundheitspolitik in der SPD liegt in unserem berechtigten sozialpolitischen Grundanliegen, Gesundheitsleistungen unabhängig vom Geldbeutel zu gewährleisten. Wir haben diese Priorität für den Sozialstaat und die gesetzliche Sozialversicherung so stark verinnerlicht, daß wir Gesundheitspolitik im Grunde als eine Magd der Sozialpolitik verstehen. Über dieses wichtige Oberziel der sozialen Gerechtigkeit im Gesundheitswesen dürfen aber andere Aufgaben nicht in den Hintergrund rücken. Ein leistungsfähiges Gesundheitswesen bedarf auch einer bedarfsgerechten Infra-

struktur, einer Sicherung der Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie der Forschung und schließlich einer integrativen Abstimmung von Prävention, Kuration, Rehabilitation, Eingliederungshilfe für Behinderte und der Pflege. Und schließlich müssen wir das Ganze bezahlbar halten, ohne wie in der Vergangenheit nur noch in Sachen „Kostendämpfung“ zu rotieren.²

Aktuell stehen wir vor zwei Hauptaufgaben: Der Abwehr der Privatisierung des Sozialstaats durch Konservative und Liberale und einer Demokratisierung des Gesundheitswesens. Daneben stehen eine Fülle anderer Themen, denken wir z.B. nur an die ethischen Dimensionen der Fortpflanzungsmedizin. Im folgenden sollen aber nur die m.E. wichtigsten beiden Hauptthemen angesprochen werden.

Konservative und liberale Konzepte müssen abgewehrt werden

Es erscheint offensichtlich, daß der CSU-Bundesgesundheitsminister nicht auf die Ergebnisse des Gesundheitsstrukturgesetzes, z.B. in Sachen Positivliste für Arzneimittel, Fallpauschalen für Arzthonorare und Krankenhauspflegesätze warten möchte, sondern einen weiteren Schritt zur Veränderung des Gesundheitswesens ins Auge faßt. Das Gutachten der Sachverständigenkommission der Konzierten Aktion im Gesundheitswesen soll dafür Anhaltspunkte bieten. Praktisch geht es dabei um neue und andere Solidaritäten in der gesetzlichen Krankenversicherung, die als eine Art Vorstufe zur Privatisierung anzusehen sind. Diejenigen, die den Schutz der gesetzlichen Krankenversicherung nicht oder nicht mehr nötig haben, sollen daraus ausscheiden. Das klingt zunächst plausibel, ist es aber nicht, denn die gesetzliche Krankenversicherung muß dann in Zukunft auf Beiträge von Besserverdienenden verzichten, und eine Solidarversicherung, die nur aus alten und ärmeren Versi-

cherten besteht, wird für diese teuer. Die Lächer müssen dann mit Bundeszuschüssen zur gesetzlichen Krankenversicherung und damit aus Steuermitteln gestopft werden. Dieser Ansatz entpuppt sich als typischer Klientelvorschlag, wie er vor allem aus den Reihen der FDP so ungewohnt nicht ist.

Ähnlich ungeeignet sind die Gutachtertorschläge, die in die Richtung einer Aufteilung von Grund- und Wahlleistungen in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) gehen. Die Wahlleistungen hängen dann letztlich von der Dicke des Portemonnaies ab und eine „Zwei-Klassen-Medizin“ ist vorprogrammiert. Eher gesundheitsschädlich ist weiter der Vorschlag, eine zusätzliche Selbstbeteiligung mit Steuercharakter einführen zu wollen. Die heutigen sogenannten sozial „tragbaren“ Selbstbeteiligungen, die durch Härte- und Zumutbarkeitsregeln abgefedert sind, sollen durch Selbstbeteiligungen abgelöst werden, welche die Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen deutlich verringern. Das aber kann zu erheblichen chronischen Gesundheitsschäden führen, und es trägt ebenso die Gefahren einer „Zwei-Klassen-Medizin“ in sich. Viertens steht nach wie vor der Vorschlag im Raum, vom Sachleistungs- zum Kostenerstattungsprinzip zu wechseln. Mit der Kostenerstattung würde die GKV aber praktisch eine Privatversicherung ohne Interesse an Gesundheitsförderung oder an einer gesundheitspolitischen Verantwortung für eine bedarfsgerechte Angebotsstruktur in Stadt und Land. Weitere Facharztverdichtungen in städtischen Zentren und entsprechende Rückzüge von Ärzten vom Lande wären die Folgen. Eine GKV, die nur noch für ihre Erstattungstarife, nicht aber mehr für das Gesundheitswesen vor Ort Verantwortung trüge, wäre ein Greuel. Eine Reihe weiterer Nachteile, einschließlich der Überflüssigkeit kasernenärztlicher Vereinigungen, träten hinzu.³

Für solcherlei sozial- und gesundheitspolitische Entwicklungen kann die SPD ihre Hand nicht reichen. Unser Feld sollte vielmehr die vernünftige Umsetzung der Positionen bleiben, die wir im Lahnsteiner Kompromiß zum Gesundheitsstrukturgesetz eingebracht haben. Die Vorschläge, welche die Berliner Ärztekammer und ihr Präsident Elis Huber dazu gemacht haben, erscheinen mir für eine SPD-Gesund-

politik fruchtbarer zu sein als die neuen Anläufe aus dem Seehofer-Ministerium bzw. der Konzierten Aktion.⁴

Für die Bildung demokratischer Gesundheitsgemeinschaften

Die Berliner Kammer setzt auf neue Zusammenarbeitsformen, wie sie z.B. auch unter der Überschrift „medizinische Selbstverwaltung“ in den gesundheitspolitischen Leitsätzen der SPD von 1977 anklingen, und auf ein demokratischeres Gesundheitswesen. Ich habe dazu die Bildung von vor allem kommunalen und regionalen Gesundheitsgemeinschaften konzipiert.⁵ Ansätze dazu existieren bereits in örtlichen Arbeitskreisen für Gesundheit, die im Zuge der Programme der Weltgesundheitsorganisation „Gesundheit im Jahre 2000“ und „Gesunde Städte“ entstanden sind. In der Regel handelt es sich dabei um Zusammenschlüsse von Gesundheitsinitiativen, Selbsthilfegruppen teils unter

Das Gesundheitswesen bietet eine gute Chance, um Demokratisierung in dieser Gesellschaft weiterzuentwickeln.

Einschluß konventioneller Gesundheitsvereine und Behindertenverbände sowie gewerkschaftlicher und betrieblicher Gesundheitszirkel. Gesundheitsämter, örtliche Krankenkassen und Kreisärztereinigungen stellen dafür oft Geschäftsstellen oder arbeiten in den Arbeitskreisen mit. „Gesundheitsmärkte der Möglichkeiten“ oder Gesundheitsberatungszentren, Gesundheitsläden u.ä. sind an einigen Stellen öffentlicher Ausdruck solcher Aktivitäten. An Orten, an denen sich Gesundheitsgefahren manifest machen, wie z.B. Leukämie in der Elbmarsch, gesundheitsgefährliche Deponien, krebsgefährdende Produktionsstätten, tragen solche Gesundheitsinitiativen betont kämpferische Züge. Darüber hinaus entfalten örtliche Krankenkassen, Ärztereine und Behindertensportvereine zusätzliches Engagement in der Gesundheitsförderung.

Diese Aktivitäten gilt es m.E. zu bündeln und zu stärken in Gesundheitsgemeinschaften vor Ort und in der Region. In der Gesundheitsgemeinschaft sollen Vorschläge für Kampagnen und Untersuchungen insbesondere im Bereich der Gesundheitsförderung gemacht und örtliche bzw. regionale Förderungskonzeptionen entwickelt werden. Entsendungsberechtigt sollen vor allem die genannten Selbsthilfegruppen und Verbände sein, in der Gesundheitsgemeinschaft soll es aber auch eine Berufsbank mit Vertretern der Heilberufe (Ärztinnen und Ärzte, Schwestern und Pfleger, Apotheken, Krankenhäuser, Behinderteneinrichtungen) und der Selbstverwaltung der Krankenkassen sowie des Gesundheitsamtes geben. Das Gesundheitswesen bietet eine gute Chance, um Demokratisierung in dieser Gesellschaft weiterzuentwickeln. Bürgerengagement und Fachwissen im Gesundheitsbereich zusammenzuspannen, erscheint mir ein fruchtbarer Ansatz für eine soziale Demokratie, für einen demokratischen Sozialismus.

Im Mai 1990 sagte Friedrich Schorlemer, daß der Sozialismus auf ~~Klassen~~ Fall wieder mit einer neuen Avantgarde anfangen dürfte, die genau wüßte, wie die Menschen zu verändern sind und wer sie verändert. Veränderungen könnten vielmehr nur mit den Betroffenen gemeinsam geschehen.⁶ Ich denke, im Gesundheitswesen gibt es viele solcher Verbesserungsmöglichkeiten, für die man einen politischen Verfahrensrahmen schaffen muß.

- 1) Nemitz, Kurt: Julius Moses - Arzt und Parlamentarier, Bulletin des Leo Baeck Instituts 71/1985, S. 21ff.
- 2) Riege, Fritz: Gesundheitspolitik in Deutschland, Berlin 1993, S. 24ff. und S. 190ff.
- 3) Riege, Fritz: Kostenerstattung: Kein geeignetes Instrument zum Umbau des Sozialstaates, in: Die Sozialgerichtsbarkeit 2/1994, S. 58ff.
- 4) Huber, Elis, Liebe statt Valium, Berlin 1993; vgl. Anm. 2), S. 199f.
- 5) vgl. Anm. 2), S. 232ff.
- 6) Schorlemer, Friedrich: Bis alle Mauern fallen, Knauer Taschenbuch, München 1993, S. 66

* Fritz Riege, Hannover, Staatssekretär a.D.

SPD-Abgeordnete gegen die sog. Postreform

Am 29.6. gaben die SPD-Abgeordneten Schöfberger u.a. folgende Erklärung zur sogenannten Postreform II ab, in der sie - abweichend von der Mehrheitsposition der SPD-Fraktion - ihre Ablehnung in der Bundestagsabstimmung begründen:

Post und Telekommunikation dienen einem menschlichen und gesellschaftlichen Grundbedürfnis und damit der elementaren Daseinsvorsorge. Post- und Kommunikationspolitik ist daher Gesellschaftspolitik, nicht nur Wirtschaftspolitik. Wir sind wie die Mehrheit des Bundestages für ein leistungsfähiges, bürgernahes, kostengünstiges und auch international wettbewerbsfähiges Post- und Telekommunikationswesen. Die flächendeckende Infrastruktur ist Voraussetzung einer am Gemeinwohl orientierten Daseinsvorsorge. Nicht zuletzt legen wir ganz besonderen Wert auf menschenwürdige Lebens- und Arbeitsbedingungen für 670.000 Beschäftigte, die uns allemal wichtiger sind als der Profit.

Wir können der sog. „Postreform II“ aus folgenden Gründen nicht zustimmen:

1. Die „Postreform II“ mag zwar geeignet sein, die künftige Wettbewerbsfähigkeit der Telekom auf dem europäischen Markt zu stärken. Der dafür zu zahlende Preis, die Zerschlagung und Totalprivatisierung des größten Unternehmens in Europa, ist uns viel zu hoch. Die Wettbewerbsfähigkeit ließe sich auch anderweitig sichern, z.B. durch weiteren Abbau beamtenrechtlicher, hierarchischer und bürokratischer Strukturen, durch Einführung eines zukunftsorientierten, innovationsfreudigen Managements oder durch eine Sonderlösung für Telekom.

2. Die „Postreform II“ bricht mit einer in Deutschland seit Jahrhunderten bestehenden und bis heute wohlbegründeten Verfassungstradition, wonach die Post öffentlich-rechtlich organisiert ist und damit im Dienste des Gemeinwohls und nicht des privaten Profits steht.

3. Die „Postreform II“ fördert gewollt oder ungewollt die Verwirklichung der neoliberalen Ideologie, wo-

nach sich der Staat gefälligst auf die kostspielige und nichtprofitabile Sicherung bestehender Eigentums- und Machtverhältnisse durch Bundeswehr, Polizei und Justiz, auf die kostenträchtige Bereitstellung von Infrastrukturen (z.B. Straßenbau), auf die Ausbildung von Menschen für den Verwertungsprozeß und allenfalls auf die (noch) nicht profitablen Zweige der Daseinsvorsorge zu beschränken habe, und alles, was gewinnträchtig ist oder werden könnte, nach dem Motto „social costs and private benefit“ dem ungehinderten Profitstreben Privater überlassen bleibt.

4. Die „Postreform II“ zerschlägt ein ehemals leistungsstarkes einheitliches oder jetzt zumindest noch verbundenes Post- und Fernmeldewesen in drei selbständige Teile. Damit zerschlägt sie den bisherigen Finanzverbund, der sowohl bürgerfreundliche Tarife im Postdienst aber auch regelmäßige Milliardenabführungen an den Bundeshaushalt gewährleistet hat, deren zukünftiger Ausfall unverantwortlich ist.

5. Die drei Teile der ehemaligen Deutschen Bundespost werden in Aktiengesellschaften umgewandelt und völlig privatisiert, statt sie zumindest als öffentlich-rechtliche Körperschaften zu organisieren. Nach einer dürftigen Übergangsfrist behält sich der Staat weder die Aktienmehrheit (wie bei der Bahn AG) noch einen nachhaltigen rechtlichen oder politischen Einfluß auf die künftigen AGs vor. Damit werden diese AGs mittelfristig nur noch nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen, d.h. profitorientiert geführt werden. Über kurz oder lang steht der dürftige Infrastrukturvorbehalt auf dem Papier: Infrastruktur nur noch, wenn und solange sie sich rentiert. Die umfangreiche Stilllegung gut frequentierter aber dennoch „unrentabler“ Großstadt-Postämter und der Rückzug der Post aus dem Land läßt für die Zukunft Böses befürchten.

6. Vor dem Gang an die Börse muß der Bund die drei AGs mit Milliarden Steuergelder (z.B. für Pensionslasten) entschulden und sanieren, damit die AGs überhaupt börsenfähig sind.

7. Nach dem Gang an die Börse wird sofort filetiert werden: Für die Aktien der unrentablen Postdienst AG wird der Bund bestenfalls Spottpreise erzielen, die Aktien der rentablen Telekom AG werden reißenden Absatz finden, aber sicher nicht in Streubesitz kommen. Die Postbank AG wird wegen ihres attraktiven Zweigstellennetzes von einer Großbank geschluckt werden. Insgesamt wird aber milliardenstarkes Volkvermögen in konzentrierten Privatbesitz überführt. Dies ist ein skandalöser Beitrag zur weiteren Verschärfung des Verteilungsunrechts in der Bundesrepublik. Die Zeche für die neue Vermögenskonzentration zahlen die Postbenutzer.

8. Als Folge der Privatisierung und der künftigen Gewinnorientierung ist in absehbarer Zeit mit drastischen Preiserhöhungen, mit dem Einstellen unrentabler Dienstzweige, mit Massenentlassungen, mit deutlich höherem Leistungsdruck auf die Beschäftigten und deshalb mit harten Lohnkämpfen zu rechnen. Wer für den blanken Kapitalismus sorgt, darf sich nicht wundern, wenn er ihn bekommt.

9. Selbst wenn man der „Postreform II“ ganz oder teilweise zustimmen könnte, ist die heutige Entscheidung des Bundestages eine Brückierung der Deutschen Postgewerkschaft und des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der wir uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wie als Gewerkschaftsmitglieder energisch widersetzen. Die Postgewerkschaft kämpft in diesen Tagen zäh und mit Warnstreiks um die Sicherung der durch die Privatisierung bedrohten sozialen Rechte und der Mitbestimmung der Beschäftigten. Die begleitende Anzeigenkampagne der Arbeitgeber zeigt uns bereits jetzt, was die 670.000 Beschäftigten künftig zu erwarten haben und was dagegen vorbeugend getan werden muß. Wir sind nicht bereit, eine wie immer geartete „Postreform II“ ohne Sicherung der sozialen Rechte und der Mitbestimmung von 670.000 Beschäftigten zu verabschieden.

Der pazifische Raum: neues Zentrum der Weltwirtschaft?

von Edgar Göll*

Das Aufkommen einer neuen, dominierenden Weltregion zeichnet sich ab. Die alten Prognosen, dem pazifischen Raum gehöre in ökonomischer Hinsicht die Zukunft, scheinen sich zu realisieren. Allein die Region um das ökonomisch erfolgreiche Japan und die „vier kleinen Tiger“ (Singapur, Hongkong, Taiwan, Südkorea) ist spätestens seit den Wirtschaftsreformen in China tatsächlich zu einem höchst potenten Wirtschaftsraum geworden. Zahlreiche hochkarätige Delegationen aus dem Westen und dann die publikumswirksame Tagung der APEC (die „Organisation für Asiatisch-Pazifische Zusammenarbeit“ wurde 1989 gegründet) in Seattle im vergangenen November verdeutlichen, daß dort langsam ein neues Zentrum im Entstehen begriffen ist und erste Integrations Schritte sondiert werden.

Konkurrenz der Triade und regionale Integration

Überhaupt scheint die Entwicklung der Weltwirtschaft in eine Phase zu treten, in der die Regionalisierung von Bedeutung ist, weil (selbst große) Nationen zu klein für erfolgreiche Konkurrenz sind und der Weltmarkt zu groß ist für enge Kooperation, gezielte Regulierung und selektive Adaption. Somit stellt die „Bildung von regionalen Präferenzzonen“ (N. Walter 1993: 16) eine Art pragmatischen (Zwischen-) Schritt der Globalisierung dar. Bei all dem Reden über Regionalisierung muß jedoch berücksichtigt werden, daß der Austausch nicht nur in, sondern auch zwischen den Regionen sehr hoch und intensiv ist, nicht zuletzt auch durch die Multinationalen Konzerne, die sogenannten „Global Players“ mit ihren kontinent-übergreifenden „Mergers“ (Unternehmenskooperationen, Anm.

* Dr. Edgar Göll, Sozialwissenschaftler in Berlin, Mitglied der spw-Projektgruppe Internationales. Kürzlich ist seine Dissertation unter dem Titel „Vom Aufschrei zum erleichterten Seufzen? Handelspolitische Entscheidungsprozesse und Akteurstrategien im US-Kongreß während der 2. Administration Reagans (1985-88)“ als Buch erschienen, im Peter Lang-Verlag, Frankfurt 1994.

der Red.) und supranationalen „Projekten“.

Angesichts der Krise des „Fordismus“ und des verschärften globalen „Wettbewerbs der Systeme“ kommt der weltwirtschaftlichen Regionalisierung insofern Bedeutung zu, als dabei Staaten unterschiedlicher Niveaus und Traditionen durch eine engere Abstimmung und Intensivierung des Wirtschaftsaustausches Vorteile erzielen wollen. Deutlich wird dieser Trend in allen drei Regionen der „Triade“ (Japan, EU, USA). Die Konkurrenz innerhalb der Triade ist ein konstitutives Element der kapitalistischen Weltwirtschaft, überla-

Es geht darum, welcher der diversen „Kapitalismen“ (Michel Albert) im Sinne ökonomischer Kriterien und politischer Stabilität am erfolgreichsten ist.

gert von dem Spannungsverhältnis zwischen den Triademächten und den südlichen Ländern und Regionen. Es geht darum, welcher der diversen „Kapitalismen“ (Michel Albert) im Sinne ökonomischer Kriterien und politischer Stabilität am erfolgreichsten ist und den aktuellen Herausforderungen und Beschleunigungen am besten begegnen kann. Während die Integration souveräner Staaten im Rahmen der EU inzwischen am weitesten gediehen ist, ziehen Kanada, USA und Mexiko mit „NAFTA“ nach, und auch im pazifischen Raum gibt es Anzeichen für engere wirtschaftliche Kooperation. Dort expandieren einige Nationalökonomien mit zweistelligen jährlichen Zuwachsraten - für die stagnierenden OECD-Staaten ein vergangener Traum. Das Zentrum des Booms liegt auf der asiatischen Seite des Pazifiks, vor allem angetrieben durch Japans eigenes spektakuläres Wirtschaftswachstum und dessen stimulierende Wirkung auf die benachbarten Wirtschaften und den

Transpazifikhandel“ (P. Kennedy 1993: 26f.).

Heterogene Integration in der Pazifikregion

Die pazifische Region setzt sich allerdings aus unterschiedlichsten Staaten zusammen. Auf asiatischer Seite können vier Subregionen unterschieden werden (Paul Kennedy): Japan; die vier ostasiatischen „Tiger“; die großen Staaten Thailand, Malaysia und Indonesien; und die „zurückgebliebenen“ kommunistischen Gesellschaften Nordkorea, Vietnam, Kambodscha und Birma; sowie China. Auf der amerikanischen Seite des Pazifik gehören vor allem die USA und Kanada dazu. Als Forum für eine kontinentübergreifende Zusammenarbeit wurde bereits 1989 die Organisation für Asiatisch-Pazifische Zusammenarbeit (APEC) gegründet. Ihre Mitglieder sind Kanada, USA, Japan, Südkorea, VR China, Taiwan, Hongkong, Australien, Neuseeland, und die sechs ASEAN-Staaten Brunei, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur und Thailand; Mexiko und Papua-Neuginea wurden kürzlich aufgenommen und Chile kommt demnächst hinzu. In diesem von zwei Milliarden Menschen bewohnten Raum werden 40% des Welthandels realisiert und 50% des globalen Brutto-sozialprodukts geschaffen. Beim Gipfeltreffen im November 1993 in Seattle/USA ließen die Regierungschefs verlauten, ihre Region sei „eine Gemeinschaft von Volkswirtschaften, in der Hemmnisse für Handel und Investitionen abgebaut werden, Waren, Dienstleistungen, Kapital und Investitionen sich frei bewegen, Fortschritte im Telekommunikations- und Transportwesen erzielt werden, die Aus- und Fortbildung verbessert und die Umwelt geschützt wird“ (Europa-Archiv 2/1994: D47).

Für eine Einschätzung solcher Verlautbarungen sollen ein Blick auf einige Elemente des pazifischen Systems, also die wichtigsten Staaten der Region geworfen, und ihre Positionen und Interessen skizziert werden.

Das Kraftzentrum stellt zweifellos Japan dar. Es ist das größte Gläubigerland der Welt, ist größter Investor, es liegt hinsichtlich seiner privaten Ausgaben für Forschung und Entwicklung weltweit an erster Stelle und ist größter Zahler von Entwicklungshilfe. Japan dominiert demnach auch die Region: „Japans wirtschaftliche Macht ist besonders in Ostasien konzentriert, wo es entweder an erster oder zweiter Stelle als Handelspartner, Geber von Wirtschaftshilfe, Investor oder Technologielieferant steht“ (Drifte 1994: 56). Ohne symbolträchtige Verträge expandieren Japans ökonomische Verflechtungen und Einflusssphären in der Region in eher informeller Weise. „Obwohl Japan

gehen wird, so daß „Japans Einfluß nur wachsen kann“ (Drifte 1994: 59).

Ein gänzlich anderer mächtiger pazifischer Akteur ist die VR China, und zwar nicht nur in politischer Hinsicht. Das riesige Potential an Arbeitskräften und Konsumenten lockt nach den Wirtschaftsreformen immer mehr Investoren an, zumindest in die günstigen Küstenregionen. Im kommenden Jahr könnte China gar dem GATT bzw. der Welthandelsorganisation (WTO) beitreten. Zweistellige Wachstumsraten haben westliche Medien und Konzerne fast zu einem Goldgräberfieber geführt. Doch die Statistiken sagen noch nichts aus über die konkrete Lage vor Ort und über die realen Investitions- und

hen, ähnlich wie die ehemalige UdSSR während der Gorbatschow-Periode...

Neben diesen beiden unterschiedlichen Kolossen gibt es in der Region andere Länder mit völlig anderen Strukturen. Darunter ist vor allem Südkorea zu nennen, das als „guided capitalism“ firmiert (siehe dazu Dirk Messner in spw 76) und im Westen als Vorbild, als Entwicklungsmodell, gepriesen wird - in Absehung der miserablen demokratischen und sozialen Standards. Auf diese Vielfalt anderer Länder und Systeme soll hier nicht weiter eingegangen, sondern noch ein Blick auf die gegenüberliegende Küste des Pazifik gerichtet werden: In den USA zeigt die Ökonomie aktuell etwas Erholung, befindet sich aber (spätestens seit den siebziger Jahren) in einer strukturellen Krise. Auf Betreiben der Wirtschaftsverbände und des US-Kongresses reagierte die Reagan-Administration in den achtziger Jahren unter anderem mit einer offensiven Außenhandelspolitik. Ein Aspekt dieser Strategie waren Programme zur Ausweitung der Handelsbeziehungen mit den Nachbarländern. Das in diesem Zusammenhang wichtigste Abkommen ist das „Nordamerikanische Freihandelsabkommen“ (NAFTA), das mittels intensivem Druck durch Clinton und die business community zustande kam und seit 1.1.1994 in Kraft ist.

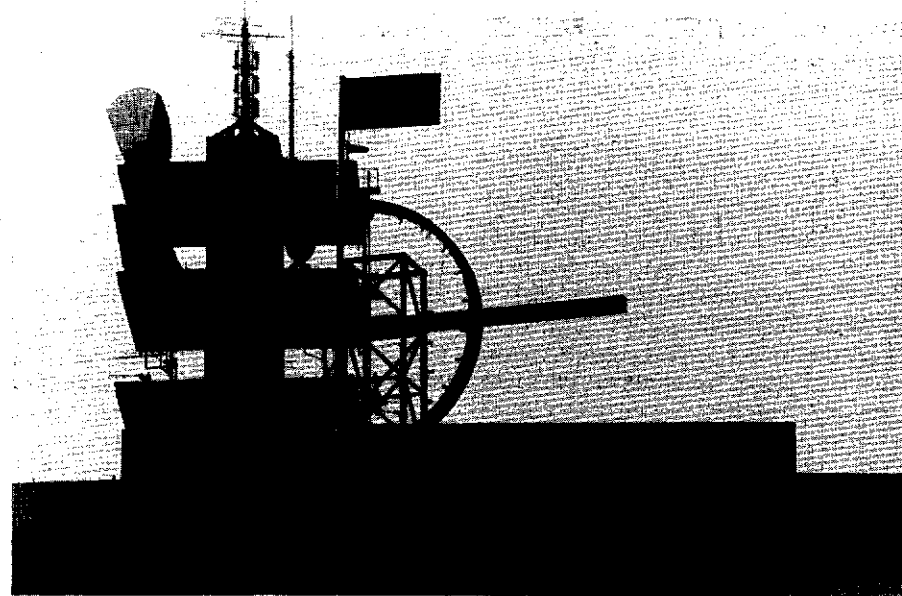
Die Zone des nordamerikanischen Freihandelsabkommens

Mit dem NAFTA-Vertrag sollen die drei Nationalökonomien Kanadas, Mexikos und der USA integriert werden, wobei es hauptsächlich um die Regelung grenzüberschreitender Waren- und Kapitalströme geht. Schrittweise sollen binnen 15 Jahren fast alle Zölle abgeschafft werden. Außerdem ist vorgesehen, zahlreiche sogenannte „nichttarifäre Handelshemmnisse“ (beispielsweise Subventionen, staatliche Zuschüsse oder die institutionelle Bevorzugung inländischer Anbieter bei öffentlichen Ausschreibungen) auszuräumen. Für die USA wird davon ausgegangen, daß Arbeitsplätze im Niedriglohnbereich und in traditionellen Branchen gefährdet sind, und daß der Konkurrenzdruck durch NAFTA verstärkt werden wird.

Die wichtigste Funktion des nordamerikanischen Freihandelsabkommens ist die Förderung der Wettbewerbs-

Gewinnchancen, geschweige denn über die Lage der Chinesen selbst.

Der Modernisierungsschub verursachte Dynamik, Mobilität und Migration, und damit auch existentielle Unsicherheiten. Auf welch tönernen Füßen die ökonomischen Erfolge Chinas stehen, zeigt eine von der Regierung in Auftrag gegebene aktuelle Studie, das „Blaubuch“ (Süddeutsche Zeitung 25.3.1994: 7): „Um ein Chaos zu vermeiden, müsse die Staatsführung dringend handeln, heißt es in einem ‚Blaubuch‘ der Sozialwissenschaftlichen Akademie Chinas.“ Schon jetzt gäbe es eine beispiellose Verarmung der Bevölkerung, viele Entlassungen und hohe Inflation. Daraus ergebe sich die akute Gefahr einer sozialen Destabilisierung. China könnte vor einer Zerreißprobe ste-



sich offiziell gegen einen asiatischen Wirtschaftsblock wehrt - wegen möglicher Gegenmaßnahmen in Europa und Nordamerika und auch wegen seiner in der Tat globalen Wirtschaftsinteressen - , so besteht doch schon in vieler Hinsicht ein solcher Wirtschaftsblock, der von Japan dominiert wird und in den andere Staaten nicht so leicht eindringen können. Mehr als 60 % der japanischen Wirtschaftshilfe geht in diese Region, was dazu beiträgt, daß diese Märkte in hohem Maße auf Japan zugeschnitten sind.“ (Drifte 1994: 56f.) Aber nicht nur der bisherige wirtschaftliche Erfolg des Modells Japan ist beachtenswert. Verschiedene Autoren sind darüber hinaus der Auffassung, daß Japan aus der jetzigen Krise - wie bereits nach früheren Strukturkrisen - gestärkt hervor-

fähigkeit der USA im Rahmen der Triade. Neben dem handelsregulierenden GATT-System (Allgemeines Zoll und Handelsabkommen, das ab 1.1.1995 mit erweiterten Kompetenzen als Welthandelsorganisation WTO weitergeführt wird, Anm. der Red.) stellt NAFTA somit eine zweite Option dar, US-Handelsinteressen zu realisieren. Die US-Eliten erwarten von NAFTA einen erleichterten Zugang zu Märkten, Kapitalanlagemöglichkeiten, sicheren Zugang zu strategischen Rohstoffen (Erdöl), eine Erweiterung ihrer ökonomischen Dispositionsmöglichkeiten und schließlich auch Impulse für die wirtschaftsliberalen Reformmaßnahmen und die zaghaften Demokratisierungsansätze ihrer südlichen Nachbarn. In weiteren Schritten sollen andere lateinamerikanische Länder - allen voran Chile und Argentinien - einbezogen werden.

Die Ausgangsbedingungen für die NAFTA-Länder sind sehr unterschiedlich: zum ersten Mal wurde ein Freihandelsabkommen zwischen einem hochmodernen Land der 'Ersten Welt' und einem Land der 'Dritten Welt' abgeschlossen. Die drei Länder haben trotz der erheblichen Differenzen jedoch auch ähnliche Probleme (Zahlungs- und Haushaltsdefizite, Auslandsschulden) und versuchen sie über die Verbesserung ihrer Exportmöglichkeiten zu lösen. Bereits jetzt sind die drei Ökonomien durch Handels- und Investitionsbeziehungen eng miteinander verbunden: der intraregionale Export der drei Länder beträgt etwa 40 vH ihres Gesamtexportvolumens.

Ähnlich wie für die EU hinsichtlich Osteuropa besteht für die Eliten der USA gegenüber Lateinamerika ein Dilemma darin, daß sie sich einerseits abschotten möchten von den sozio-ökonomischen Problemen der weniger bzw. anders entwickelten Nachbarregionen, daß sie sich aber andererseits für die ökonomischen Potentiale dieser Regionen (Rohstoffe, Absatzmärkte) sehr interessieren. Für viele US-Konzerne jedenfalls besitzt NAFTA fundamentale Bedeutung, weil damit Rechtsgarantien für Auslandsinvestoren, Veränderungen des Kartellrechts, des Urheber- und Patentrechts und anderer rechtlicher Schutz für US-Interessen gewährleistet werden.

Am Beispiel des NAFTA-Partners Mexiko wird sich zeigen, inwiefern (und für wen) ökonomische Integration eine sinnvolle Strategie darstellt bzw. welche Folgen sie hat. In Mexiko regiert die

PRI (Partei der institutionalisierten Revolution) seit über 64 Jahren unangefochten, was oft nur durch geschickten Einsatz legaler (Kooptation, Druck) und illegaler Mittel (Wahlfälschungen, gezielter Terror) möglich war. Der mit der Präsidentschaft von Carlos Salinas eingesezte Versuch der kapitalistischen Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft wird von seiten der US-Eliten wohlwollend betrachtet und unterstützt. Deregulierungen und Privatisierungen großen Ausmaßes wurden durchgeführt. Von 1982 bis 1990 sind mehr als 750 Staatsunternehmen veräußert worden. Als Folge dieser Öffnungspolitik der mexikanischen Administration sind einige Wirtschaftssektoren expandiert. Doch zugleich ist eine zunehmende Kluft zwischen Arm und Reich zu verzeichnen. Seit die mexikanische Regierung 1986 die Zölle zu senken begann, ist Mexiko zum am schnellsten expandierenden Markt für US-Waren geworden. Durch Sicherung und Ausbau der innenpolitischen Modernisierung mittels NAFTA soll für Investoren ein günstiges Investitions- und Handelsklima signalisiert werden: ausländische Direktinvestitionen, Umkehr der Kapitalflucht und neue Kredite von internationalen Finanzorganen werden dringend benötigt.

Konfliktlinien in der Pazifikregion

Zwischen den einzelnen Ländern am Pazifik bildeten sich unterschiedlichste Beziehungen heraus. Unter den ASEAN-Staaten beispielsweise verstetigen sich die Kontakte. Und Japan befließt sich in der Region - aufgrund seiner expansiv-kriegerischen Geschichte und der resultierenden Sensibilitäten - eines besonders dezenten Vorgehens. Demgegenüber entwickelt sich zwischen den USA und China ein zunehmender, aber auch spannungsreicher Austausch, der durch die neuesten Auseinandersetzungen um die nordkoreanischen Atomanlagen noch weiterkompliziert wird. Der künftige bilaterale Kurs dürfte weiterhin spannungsreich bleiben, wenn Clinton auch kürzlich die umstrittene Meistbegünstigung im bilateralen Handel mit China verlängerte (Negativthemen sind chinesische Menschenrechtsverletzungen und Atomwaffenexporte). Bei den Differenzen spielen die großen Entwicklungs- und Strukturunterschiede und nicht zuletzt kulturelle Differenzen eine maßgebliche Rolle.



„Es gibt nichts praktischeres als eine gute Theorie.“

Kant

Sozialist

Zeitschrift marxistischer Sozialdemokratie

- ★ Die Diskussionsplattform für die SPD-Linke
- ★ Für Jusos, SPD und Gewerkschaften
- ★ Mit Beiträgen aus Politik, Wirtschaft und Kultur
- ★ Erscheint 6 mal jährlich
- ★ Parteiunabhängig
- ★ Einzelheft 5,00 DM
- ★ Jahresabo 28,00 DM



Kostenloses Probeheft erhältlich bei
Sozialist
Im Hörbchen 10
37079 Göttingen
Fax 0551-631216

Dies ist aber auch der Fall im ambivalenten Verhältnis der USA zu Japan, das hier kurz thematisiert werden soll, weil es ein Fundament der pazifischen Entwicklung darstellt. Von US-Seite wird nachdrücklich das hohe Handelsbilanzungleichgewicht (derzeit etwa 60 Mrd. \$) kritisiert und deren Ursache bei Handelshemmnissen Japans gesucht. In beiden Ländern werden offizielle Studien angefertigt, in denen die Handelshemmnisse der jeweiligen Handelspartner aufgelistet und angeprangert werden. In der öffentlichen, emotionalen Debatte in den USA wird dabei kaum beachtet, daß die japanischen Handelshemmnisse nur etwa 10% des bilateralen Handelsdefizites mit den USA erklären bzw. verursachen! Warum also dieses Aufhebens, das die wichtigen Beziehungen zu Japan permanent stört? Abgesehen von der Tatsache, daß überfällige und notwendige Reformen in den USA äußerst schwierig durchzuführen sind (z.B. Gesundheitsreform, Bildungsreform, Industriepolitik, Reduzierung des Haushaltsdefizits), spielen neben Mentalitätsunterschieden und der traditionell offensiven Haltung der US-Administrationen gegen Japan („Kano-

nenbootpolitik“, „Japan-bashing“) spielen vor allem auf seiten weiter Kreise in den USA Ängste eine Rolle, Japan könnte die USA weiter einholen und noch mächtiger werden. So gab es bereits Bestseller über einen möglichen kommenden Krieg zwischen USA und Japan, und selbst in einflussreichen US-Kreisen bestehen zum Teil geradezu rassistische Vorurteile und Haltungen gegenüber dem „Land der aufgehenden Sonne“ (Stichwort Pearl Harbor); vor allem eine vom CIA herausgegebene Studie „Japan 2000“ (1991) geriet deshalb unter Kritik.

Die Zwistigkeiten dürften also auf eine Wiederbelebung der klassischen Konflikte zwischen den Großmächten hindeuten. Ob daher die China-Karte für die USA wieder eine besondere Bedeutung erhalten könnte, wie bereits im 19. Jahrhundert, bleibt jedoch abzuwarten. Nach einem aggressiven (und erfolglosen) Kurs der Clinton-Administration gegenüber Japan ist seit kurzem ein Wandel zu verspüren hin zu mehr Rücksicht auf die Lage in Japan. Trotz aller bilateralen Streitpunkte agieren die Verantwortlichen beider Seiten relativ vorsichtig, so daß Clinton kürzlich den han-

delspolitischen Druck auf die noch instabile japanische Regierung reduzierte. Der marxistisch orientierte Weltökonom Immanuel Wallerstein hält es mittelfristig gar für wahrscheinlich, „daß eine politische und ökonomische Allianz zwischen Japan und den USA auftauchen wird mit den Vereinigten Staaten als Juniorpartner im Wirtschaftsbereich (dessen Stärke insbesondere im Forschungssektor liegen würde), der aber weiterhin den Großteil der militärischen Anstrengungen offerieren würde“ (Wallerstein 1992: 91). Hieran anschließend vermute ich - obgleich ich Wallersteins zitierte Auffassung nicht teile -, daß der Nachdruck, mit dem die Clinton-Administration derzeit Nordkorea wegen dessen vermeintlicher Kapazitäten zum Atombombenbau unter Druck setzt, neben anderen Motiven auch darauf zielt, in der Region und insbesondere den Japanern zu zeigen, daß die USA auch nach dem Kalten Krieg „gebraucht“ werden.

Strukturen der Verflechtung

Die Ziele und Erwartungen, die mit einer verbesserten regionalen Zusam-

Reiner Hoffmann/Ulrich Mückenberger (Hrsg.)

Die Wahrheit der Träume

1968 und heute - ein Kaleidoskop

1994 - 187 S. - DM 26,00
ÖS 203 - SFR 27,30 - ISBN 3-924550-96-4

In Vorbereitung:

Reiner Hoffmann/Manfred Wannöfel (Hrsg.)

Soziale und ökologische Sackgassen ökonomischer Globalisierung

Das Beispiel NAFTA

1994 - ca. 250 S. - ca. DM 44,00
ÖS 343 - SFR 45,30 - ISBN 3-924550-99-9

Karl Bruckmeier

Strategien globaler Umweltpolitik

1993 - 297 S. - DM 39,80
ÖS 311 - SFR 41,00 - ISBN 3-924550-88-3

Alain Lipietz

Berlin, Bagdad, Rio

(einsprüche Bd. 3)
1993 - 130 S. - DM 25,00
ÖS 195 - SFR 26,30 - ISBN 3-924550-90-5

Elmar Altvater/ Birgit Mahnkopf

Gewerkschaften vor der europäischen Herausforderung.

Tarifpolitik nach Mauer und Maastricht

1993 - 300 S. - DM 38,00
ÖS 297 - SFR 39,20 - ISBN 3-924550-79-4

PROKLA 94

Politik in Deutschland

1994 - 168 S. - DM 18,00
ÖS 141 - SFR 19,00 - ISBN 3-929586-04-5

PROKLA 93

Europäische Linke

1993 - 161 S. - DM 18,00
ÖS 141 - SFR 19,10 - ISBN 3-929586-02-9

Themenschwerpunkte der nächsten Hefte:

PROKLA 95

Internationale Institutionen 50 Jahre nach Bretton Woods

(Juni 94)

PROKLA 96

Fundamentalismus und neue Religiosität

(Sept. 94)

PROKLA 97

Zwischen Markt und Staat

(Dez. 94)

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Dorotheenstr. 26a · 48145 Münster · Tel. 0251/6086080

menarbeit der Länder im pazifischen Raum verbunden werden, lassen sich an den in einer gemeinsamen Verlautbarung der APEC-Staaten im März beschlossenen fünf Prinzipien ablesen: Kontrolle der Inflation; Ausbau des Austausches von Waren, Dienstleistungen und Investitionen; Stärkung des privaten Unternehmertums; Ausbau der Investitionen; weitere Entwicklung der Kapitalmärkte. Hinsichtlich dieser eng gefaßten ökonomischen Ziele dürfte aufgrund der vorhandenen Potentiale vieles erreichbar sein. Wie aber sind die allgemeinen Perspektiven der Wirtschaftsregion Pazifik einzuschätzen?

Grundlegend und augenfällig ist die extreme Heterogenität der Länder: die kulturellen, religiösen, ökonomischen, politischen und sozialen Unterschiede sind sehr groß. Gerade bei einem Vergleich mit der westeuropäischen Integration und deren anhaltenden Problemen dürften die Hindernisse deutlich sein, denn „das Entwicklungsniveau der Anrainerstaaten ist sehr unterschiedlich und die Entfernungen sind ungleich größer. Das hier zu beobachtende höhere Tempo der Integration muß demzufolge auf andere Faktoren, insbesondere die Strukturierungsmacht wettbewerbsfähiger Anbieter (Japan, Schwellenländer) bzw. großer Märkte (USA) zurückzuführen sein. Der intraregionale Handel ist im Unterschied zu Westeuropa demzufolge eher komplementär und sieht in der Tendenz folgendermaßen aus: Japan beliefert die Region mit Fertigwaren im Hochtechnologiebereich, die Schwellenländer besetzen das Segment der klassischen leicht- und schwerindustriellen Fertigwaren, die VR China und ein Teil der ASEAN-Länder konzentrieren sich auf arbeitsintensive Produkte, Kanada, Australien und wiederum ein Teil der ASEAN-Länder liefern Rohstoffe, Energieträger und Nahrungsmittel.

Die USA spielen in dieser Arbeitsteilung eine mehrfache Rolle. Einerseits liefern sie Hochtechnologieprodukte und Primärgüter, während sie als Lieferant der klassischen Fertigwaren weitgehend ausgefallen sind, andererseits sind sie der wichtigste Absatzmarkt für die Produkte aller ost- und südostasiatischen Lieferanten“ (Stiftung Frieden und Entwicklung 1993: 214). Die derzeitigen Trends zeigen, daß der intraregionale Handel in Westeuropa auf hohem und in Nordamerika auf mittlerem Niveau langsam weiter wächst und daß er in Ostasien stark ansteigt.

Die Heterogenität der pazifischen Region wird also bis auf weiteres genauso wenig zu überwinden sein wie die in der EU. Zudem existieren dort noch keine nennenswerten Handelsabkommen. Hinzu kommen die oben genannten außerökonomischen Differenzen und das steigende asiatische Selbstbewußtsein. So artikuliert vor allem die Regierung Malaysias ihre Bedenken gegenüber einer Einmischung „von außen“, d.h. einer Dominanz der USA in der APEC und innerhalb der US-Eliten wird die widersprüchliche Asienpolitik Clintons zunehmend kritisiert. Inzwischen wird auch der malaysische Vorschlag diskutiert, einen Ostasiatischen Wirtschaftsausschuß zu gründen - ohne die Nordamerikaner. Die Verflechtungsstrukturen werden daher bis auf weiteres eher informell bleiben, so daß beispielsweise ein Pazifisches Freihandelsabkommen nicht absehbar ist. Den-

Allem Anschein nach wird der pazifische Raum künftig die ökonomisch dominante Region werden - trotz aller Konfliktpotentiale.

noch - oder: deshalb? - wird die Region wirtschaftlich weiterhin expandieren und an globalem Einfluß gewinnen.

Für die einzelnen Länder lassen sich schon jetzt gewisse Effekte durch die regionale Wirtschaftsintegration beobachten, die ältere Trends verstärken. Vor allem verschieben sich die nationalen Wirtschaftszentren: so hat sich mit der Krise des Fordismus und dem Strukturwandel (Deindustrialisierung) in den USA der Schwerpunkt der Wachstumsindustrien in einige Südstaaten und an die Pazifikküste verschoben. Eine ähnliche geographische Konzentrationsverlagerung ist auch in China (wo noch Hongkong als Antriebsfaktor hinzu kommt) und anderen pazifischen Staaten zu konstatieren (Küstengebiete).

Schwächung der Schwachen - Stärkung der Starken

Abstrakt-theoretisch betrachtet finden in den globalen Veränderungen der letz-

ten Jahre marxistische Denkmuster ihre Bestätigung, darunter vor allem die Akkumulationstheorie von Rosa Luxemburg mit der Aussage, der Kapitalismus tendiere dazu, sich immer neue nicht-kapitalistische Territorien zu erschließen. Die gestiegene globale Mobilität des Kapitals hat den Effekt (und die Funktion), permanent nach möglichst profitablen Anlagemöglichkeiten und Verwertungsbedingungen zu sondieren. In Zeiten struktureller Krisen nehmen Verlagerungen einen größeren Umfang an. Demnach „begünstigen die großen Krisen auch eine Neuverteilung auf internationaler Ebene. Auch hier findet, wenn die Welthegeemonie in andere Hände übergeht und sich ihr geographischer Schwerpunkt verschiebt, eine zusätzliche Schwächung der Schwachen und eine weitere Stärkung der Starken statt“ (Braudel 1990: 697). Die „strukturierende Struktur“ der Kapitalakkumulation schafft und fördert Ungleichheiten, Ungleichzeitigkeit und unterschiedliche Innovationsgeschwindigkeiten. Zentrum bzw. Zentren und Randgebiete bzw. Peripherie werden „hierarchisch gegliedert“, es entsteht bzw. reproduziert sich eine „hierarchische Staffelung der verschiedenen Zonen“ (Braudel 1990: 33), die aber wiederum „komplementäre Zonen einer Weltwirtschaft“ (Braudel 1990: 57) darstellen. Und allem Anschein nach wird der pazifische Raum künftig die ökonomisch dominante Region werden - trotz aller Konfliktpotentiale.

Mögliche Konfliktlinien sind in drei Zusammenhängen zu suchen: Konfliktpotentiale innerhalb der Triade, Konfliktpotentiale innerhalb der südlichen Regionen und Konfliktpotentiale zwischen der Triade und dem Süden. Auf die mannigfaltigen Interessengleichheiten und -gegensätze in der Triade muß hier nicht eingegangen werden. Der Wettbewerb wird sich auf allen relevanten Feldern verstärken: Forschung und Entwicklung, Produktqualität, Arbeitskräftequalifikation, Rüstungsexporte, Finanzdienstleistungen, umweltschonende Produkte, Sozialstaat, aber auch Lebensqualität und Sicherheit.

Konfliktpotentiale innerhalb der südlichen Regionen werden in den statischen Gesellschaften am brutalsten verlaufen. Sie werden einerseits durch die nationale Konkurrenz untereinander („selektive Weltmarktintegration“, möglichst ertragreiche Nähe zu den kapitalistischen Zentren), als auch durch die einschneidenden internen, gesell-

schaftlichen Umwälzungen hervorgerufen werden. Die kapitalistische Dynamik und das Anwachsen der Mittelschichten werden zudem zentrifugale Kräfte hervorrufen (vgl. China).

Neue Konfliktpotentiale zeichnen sich zwischen der Triade und dem Süden ab. Dabei geht es einerseits um die ökonomische Dimension („Billiglohn“, „Dumping“), aber auch um soziale, politische und kulturelle Dimensionen. Beispielsweise wehren sich gerade asiatische Staaten gegen die als „Anmaßungen“ der westlich-kapitalistischen Mächte verstandenen Kritiken und Forderungen bezüglich Menschenrechte (v.a. China), ökologischer und arbeitsrechtlicher Standards (v.a. Malaysia).

Zugleich aber bieten die Regionalisierungsschritte angesichts dieser Differenzen und Spannungen eine adäquatere Bearbeitungsmöglichkeit, als sie durch globale Maßnahmen realistischerweise (vgl. GATT und UN) erwartet werden kann. Das heißt, bestimmte Länder des Südens werden nun insbesondere regional eingebunden in westlich-kapitalistisch dominierte, hierarchische Strukturen. Dafür gibt es selbstverständlich Interessen und Motive auf beiden Seiten, es existieren also push- und pull-Faktoren.

Die Regionalisierung der Weltmärkte, das heißt die Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen innerhalb überschaubarer und nicht überkomplexer Räume wird nichtsdestotrotz die Nord-Süd-Konflikte (wie übrigens auch innerstaatlich) beinhalten. Damit ist dennoch gewisse Hoffnung für die Bearbeitung der globalen Ungleichheiten, des „Nord-Süd-Konfliktes“ also, verbunden, weil diese nun zunehmend auf einer konkreteren, regionaleren Ebene bearbeitet werden könnten - mit einer überschaubaren Anzahl von Akteuren und spezifischeren Zielen und Programmen.

Folgen der zunehmenden globalen Konkurrenz

Mindestens zwei Gefahren dürften sich daraus ergeben bzw. verstärken. Einmal gewisse „Sog-Effekte“, wie sie zwischen Süd- und Osteuropa gegenüber Westeuropa bestehen (Migrationsbewegungen, Abbau der sozialstaatlichen Elemente, Verunsicherung). Zum anderen, und damit zusammenhängend, werden angesichts der Modernisierungsschübe durch die intensivierten Beziehungen zwischen den unterschied-

lichen Ländern und Kulturkreisen des Pazifik Spannungen zunehmen, denn durch die zunehmende Nähe unterschiedlicher Kulturen werden Differenzen wahrnehmbarer und relevanter. Daher dürften künftig kulturell geformte Konflikte zunehmen. Durch die ökonomischen Verschiebungen untermauerte Fragmentierungstendenzen bestehen bereits in der VR China, aber auch in den USA, Mexiko und Kanada. Einerseits ist zu erwarten, daß in den ärmeren und traditionellen Ländern (generationsmäßig differenziert) Aversionen aufbrechen gegenüber den enormen Veränderungen der Lebensweise (Traditionsverluste, Individualisierung). Andererseits wird ähnliches auch in den USA oder Japan auftreten, doch dort geht es eher um materielle Rückzugskämpfe der Arbeiterbewegung, um Einbußen für die Mittelschichten und den Ab- oder Umbau des Sozialstaates.

Auswirkungen wird die Intensivierung der globalen Konkurrenz auch bei uns in der EU und in den anderen Metropolen, haben: weiterer Rationalisierungsdruck. Die Zwänge des Weltmarktes werden von den Eliten als internes Disziplinierungsmittel sowohl in Japan und Korea als auch in der BRD benutzt werden. In Ländern wie China, die bisher weitgehend nicht kapitalistisch geprägt waren, läuft der Prozeß der „inneren Landnahme“ (Burkart Lutz) ab: tendenziell alle Produktionsverhältnisse und Lebensweisen werden - konfliktreich - den kapitalistischen Akkumulationserfordernissen angepaßt. Dagegen und gegen Modernisierungskrise und inhumanes Tempo des Wandels wird sich so oder so Widerstand entwickeln. Inzwischen wächst in Ostasien das Selbstbewußtsein gegenüber dem Westen und insbesondere den USA; in der Abgrenzung gegen die Zumutungen und die Arroganz des US-amerikanischen Imperialismus könnten globale Konflikte strukturiert werden. Wie die Gesellschaften und Akteure mit diesen Umwälzungen und Anforderungen, dem „stummen Zwang der Verhältnisse“ (Marx) umgehen werden (flexibel, autoritär), wird die weitere Entwicklung bestimmen - und die Einflußmöglichkeiten progressiver Kräfte und Akteure. Für die europäische Linke sind jedenfalls dringend Koalitionsmöglichkeiten mit progressiven Kräften in diesen Regionen vonnöten.

Literatur

- Thomas U. Berger, 1994: Von der Kooperation zur Eindämmung? Die amerikanische Japanpolitik; in: M. Dembinski et al.: Amerikanische Weltpolitik nach dem Ost-West-Konflikt (Baden-Baden), S. 169-200
- Fernand Braudel, 1990: Aufbruch zur Weltwirtschaft (Sozialgeschichte des 15.-18. Jahrhunderts Bd. 3) (München)
- Reinhard Drifte, 1994: Japan: von der wirtschaftlichen zur politischen Supermacht; in: Europa Archiv (Bonn), Folge 2, 49. Jg., 25.1.1994, S. 53-60
- Yoichi Funabashi, 1993: The Asianization of Asia. Searching for a New Identity; in: Foreign Affairs, Vol. 72, Nr. 5, Nov./Dez. 1993, S. 75-85
- Frank B. Gibney, 1993: Creating a Pacific Community. A time to Bolster Economic Institutions; in: Foreign Affairs (New York), Vol. 72, Nr. 5, Nov./Dez. 1993, S. 20-25
- Joachim Hirsch, 1993: Internationale Regulation, Bedingungen von Dominanz, Abhängigkeit und Entwicklung im globalen Kapitalismus; in: Das Argument (Berlin), 35. Jg., Nr. 198, Heft 2, S. 195-222
- Kurt Hübner, 1992: Entwicklungskorridore der Weltwirtschaft; in: Fuchs/Schuster (Hrsg.): Zwischen Nationalstaat und Globalpolitik - Bausteine für einen neuen Internationalismus (Köln), S. 41-53
- Paul Kennedy, 1993: Ins 21. Jahrhundert... Die Weltwirtschaft - Gewinner und Verlierer; in: Lettre international (Berlin), Heft 20, Frühjahr 1993
- Ulrich Menzel, 1991: Jenseits des Ost-West-Konflikts; in: Prokla (Berlin), Heft 84, 21. Jg., Nr. 3, S. 400-416
- Dirk Messner, 1994: Lateinamerika auf der Suche nach einem neuen Entwicklungsmodell; in: spw (Köln), Heft 76, S. 24-29
- Frances V. Moulder, 1989: Japans Eingliederung in die Weltwirtschaft; in: U. Menzel (Hrsg.): Im Schatten des Siegers: Japan, Bd. 4 (Frankfurt/M.)
- Peter Rudolf, 1994: Menschenrechte und Meistbegünstigung. Die amerikanische Chinapolitik; in: M. Dembinski et al.: Amerikanische Weltpolitik nach dem Ost-West-Konflikt (Baden-Baden), S. 201-224
- Stiftung Frieden und Entwicklung, 1993: Globale Trends 93/94. Daten zur Weltentwicklung (Frankfurt/M.)
- Immanuel Wallerstein, 1992: Geopolitische Strategien der USA in einer nach-amerikanischen Welt; in: Fuchs/Schuster (Hrsg.): Zwischen Nationalstaat und Globalpolitik - Bausteine für einen neuen Internationalismus (Köln) S. 87-92
- Norbert Walter, 1993: Dynamik in der Triade. Europa, Nordamerika, Asien: Konkurrenzen, Konvergenzen; in: Lettre international (Berlin), Heft 21, Sommer 1993

Lateinamerika: Deregulierung als Entwicklungsmodell?

Replik auf den Artikel von Dirk Messner in spw 76

von Ulf-Birger Franz, Daniel Reymann und Alexander Scharf*

Um solche Ansprüche durchsetzen zu können, muß die Rolle des Staates als Gestalter einer gerechten Sozialordnung wieder richtig bewertet werden. Der moderne Sozialismus muß sich daher intensiv mit der Rolle des Staates befassen. Hier liegt sein größter Gegensatz zur vorherrschenden Forderung nach Deregulierung. Luis Maira, chilenischer Planungsminister und bis Ende 1993 Generalsekretär der Sozialistischen Partei Chiles.

Beim Lesen der spw 2/94 werden sich manche Leserin und mancher Leser verwundert die Augen gerieben haben. Dirk Messner präsentierte dort Vorschläge für ein „neues Entwicklungsmodell“ für Lateinamerika, das im wesentlichen als eine Kombination aus umfassender Deregulierung und „ein bißchen mehr Zivilgesellschaft“ zu charakterisieren ist¹. Positiv bezogen hat er sich dabei offensichtlich auf das „Modell Chile“, das zur Zeit in der entwicklungspolitischen Diskussion (gerade in Osteuropa) heftig diskutiert wird.

Chile gilt dabei als „Modellfall“ des Neoliberalismus. Schon in den fünfziger Jahren lehrten Gastdozenten der „Chicago School of Economics“ an der „Universidad Católica de Chile“, nach dem von den USA unterstützten Militärdiktator Pinochet weilt die Chicagoer Wirtschaftswissenschaftler Hayek und Friedman längere Zeit zur Unterstützung des Pinochet-Regimes in Chile. Dabei läßt sich die Wirtschaftspolitik Pinochets, die von der derzeitigen Zivilregierung (wenn auch zunehmend infragegestellt) in wesentlichen Punkten fortgeführt wird, in drei zentralen Punkten charakterisieren:

1. Exportwachstum auf der Basis intensiver Ausbeutung der natürlichen Rohstoffe (der Anteil der Exporte, der in die Triade geht, wird dabei permanent erhöht).

* Ulf-Birger Franz, Hannover; Daniel Reymann, Juso-Unterbezirksvorsitzender Hannover-Land; Alexander Scharf, Juso-Landesvorsitzender Schleswig-Holstein

2. Der autoritäre Staat garantiert Rahmenbedingungen, die die volle Entfaltung der „freien Marktkräfte“ zulassen (Deregulierungspolitik). Dazu gehören niedrige Zölle, stabile Wechselkurse, die uneingeschränkte Ausbeutung der natürlichen Ressourcen (auch durch ausländisches Kapital) und vor allem niedrige Löhne. Noch heute sind Branchentarifverträge untersagt und Kündigungen unbeschränkt möglich, während der 17 Jahre Militärdiktatur ging dies bekanntlich mit der Ermordung zahlloser GewerkschafterInnen einher.

3. Konsequente Privatisierungspolitik und Entschuldung, um das nationale und internationale Kapital zu Investitionen zu bewegen².

Der soziale und ökologische Preis für diese Politik, die in der Tat in Bezug auf Exportwachstum und Investitionstätigkeit Erfolge vorzuweisen hat, ist jedoch nicht zu übersehen. Während sich eine neue Mittelschicht herausgebildet hat, leben heute in Chile 37% der Bevölkerung in absoluter Armut (das heißt: außerhalb regulärer Marktbeziehungen). Die staatliche Renten- und Sozialversicherung ist abgeschafft (inklusive der Arbeitgeberbeiträge), das Bildungssystem so eingeschränkt, daß nur der Besuch von Privatschulen Chancen auf dem Arbeitsmarkt zuläßt. Die VerliererInnen dieser Politik sind vor allem Frauen, die in höheren Bildungseinrichtungen kaum noch präsent sind. Ökonomisch basiert die Exportorientierung wie bereits erwähnt auf der konsequenten Ausbeutung der natürlichen Ressourcen. Neben dem Kupfersektor (er macht je nach Preisentwicklung 50-60% der Exporterlöse aus) liegen die Exporterfolge vor allem in der gnadenlosen Überfischung der Küstengewässer, der Abholzung der letzten größeren Wälder und der Einrichtung riesiger Agrarzentren (häufig in indianischen Gebieten - die BewohnerInnen wurden umgesiedelt oder ermordet), die die Böden in wenigen Jahren auslaugen und sich dann neue Standorte suchen. Zu-

dem verursacht der weltweit beispiellose Einsatz von Chemikalien in der Landwirtschaft Anteile von mißgebildeten Totgeburten von regional über 20%³.

Chile wird damit wohl kaum in den Ruf geraten, Modell für eine nachhaltige Entwicklung zu sein - ein Aspekt übrigens, der bei Messner so gut wie keine Rolle spielt. So ist denn auch anhand des chilenischen Beispiels deutlich zu erkennen, daß Deregulierungsmodelle, die die eigene Ökonomie massiver Weltmarkt Konkurrenz aussetzen, zu einer massiven Deindustrialisierung und einer Konzentration auf Rohstoffexporte führen (die Ausnahme ist in Chile die Rüstungsindustrie, die vom Wegfall jeglicher Exportbeschränkungen profitiert hat). Andererseits muß zur Kenntnis genommen werden, daß die großen Industrialisierungserfolge der vergangenen Dekade in Südostasien auf einer staatlichen Industriepolitik bei gleichzeitiger starker Abschottung gegen Importe beruhen, wenn auch unter sehr spezifischen Bedingungen⁴. So stellt sich für Lateinamerika vor allem die Frage nach der Industrialisierungsperspektive. Der Hinweis Messners in Bezug auf Argentinien, Regierung und Unternehmerverbände müßten eine Vorstellung darüber entwickeln, „was von der Industrie ... übrigbleiben könnte und sollte“⁵, wirkt da eher apokalyptisch. Vielmehr muß eine staatliche Struktur- und Industriepolitik entwickelt werden, die unter Einbeziehung der gesellschaftlichen AkteurInnen (und dies kann wohl kaum auf Unternehmerverbände beschränkt sein) im Rahmen internationaler Arbeitsteilung Produktlinien und Produktionsbedingungen definiert und entsprechende Technologietransfers, Qualifikations- und Infrastrukturprogramme einleitet. Dies geht deutlich über die von Messner beschriebene staatliche „Spielregel“-Setzung bei gleichzeitiger „Stärkung des Marktes“⁶ hinaus.

Eine solche Industriepolitik hat zwei wesentliche Voraussetzungen zu be-

Politische Kritik mit theoretischem Anspruch

links im Februar '94:

Thema: Deutschland auf den Begriff gebracht. Neudeutsches Wörterbuch zu: Familie, Gemeinschaft, Identität, Normalität, Politikverdrossenheit, Sicherheit, Standort, Zukunft • SEAT — das Ende von Francos Modellfabrik • IG Metall in der Defensive • Studies im Streik • Streit um Neonazi-Film • Mexiko: Hintergründe



links

Mit Beiträgen von:

Steffen Becker, Ulrich Brand, Thorsten Cabalo, Volker Heins, Eike Hennig, Joachim Hirsch, Holm-Detlev Köhler, Eva-Maria Krampe, Thomas Kunz, Jürgen Roth, Beatrix Schlemmer, Heinz Steinert, Manfred Wiczorek, Thomas Wolf u.a.

Ich bestelle

1 Exemplar links Heft 2/94 zum Preis von 8,- DM (nur gegen Vorkasse: Briefmarken, Scheck etc.)

Name: _____

Straße: _____

Ort: _____

links, PF 10 20 62, 63020 Offenbach

rücksichtigen. Zum einen ist ein Umbau der entweder ineffizienten und korrupten oder rein auf die autoritäre Durchsetzung von Kapitalinteressen orientierten Staatsapparate anzugehen. Dies erfordert ein neues Staatsverständnis und umfassende Demokratisierungen. Stichworte hierfür sind die Dezentralisierung und die Verzahnung von Staatsapparat und Zivilgesellschaft. Schwerpunkte im Regierungsprogramm der chilenischen SozialistInnen für die Dezentralisierung 1993 waren denn auch die Effizienzsteigerung der staatlichen Verwaltungen durch eine intensive Beteiligung der Bevölkerung (besonders in den Bereichen Gesundheit, Wohnungsbau und Bildung) sowie der Kampf gegen die massive Umwelterstörung und die Verdrängung der Frauen vom Arbeitsmarkt (incl. der Forderung nach einer Quotenregelung)⁷. Wenn Messner hingegen die Forderung nach einem „starken Staat“ erhebt, der „die Marktkräfte gegen den Widerstand der ... (bisher) privilegierten Akteure durchsetzt“⁸, dann ist dies nicht nur aufgrund der Tatsache problematisch, daß vor allem ArbeitnehmerInnen und ihre Gewerkschaften die VerliererInnen der neoliberalen Deregulierungspolitik in Teilen Lateinamerikas sind. Auch steht dies im Widerspruch zu der von ihm geforderten aktiveren Rolle der zivilgesellschaftlichen AkteurInnen - was geschieht mit denen, die kein allzu großes Vertrauen in die „Marktkräfte“ haben?

Zum anderen erfordert eine moderne Industriepolitik für Lateinamerika heute eine stärkere internationale und vor allem regionale Kooperation (das Scheitern binnenorientierter Industrialisierungskonzepte ist offensichtlich). Die harte Weltmarktorientierung in Teilen Lateinamerikas ist jedoch eng mit einem nationalistisch-chauvinistischen Diskurs verknüpft, der den konservativen Standortdiskurs in der Bundesrepublik um Längen schlägt. Das in vielen Gesellschaften strukturell identische Projekt einer neoliberalen Weltmarktorientierung hat zu einem knallharten positionalen Wettbewerb um die Teilnahme am Weltmarkt geführt, das sich daraus ergebende Konfliktpotential läßt sich heute nur ansatzweise abschätzen⁹. Die Strategie eines Standortwettbewerbs zwischen den Volkswirtschaften Lateinamerikas (wie sie Messners Artikel durchzieht) wird sich deshalb als nicht tragfähig erweisen.

So sind in Lateinamerika regionale Wirtschaftsbindnisse notwendig, die

nur auf der Grundlage gemeinsamer Interessenlagen (auch gegenüber der Triade) möglich sind. Die Hoffnung auf eine schnelle Erweiterung der NAFTA bis nach Feuerland dürfte sich hingegen (ebenso wie die Hoffnung der osteuropäischen Staaten auf einen schnellen EU-Beitritt) zerschlagen. Nur auf der Basis regionaler Kooperationen ist eine einigermaßen erfolgversprechende Industrie- und Technologiepolitik möglich, die zudem neben dem Weltmarkt über einen größeren Binnenmarkt verfügen würde. Importbeschränkungen und Schutzzölle gegenüber den kapitalistischen Zentren für einzelne industrielle Bereiche sind dann durchaus legitim. Die Voraussetzungen für eine solche Wirtschaftsgemeinschaft (die sich um Chile, Argentinien und Brasilien gruppieren könnte) sind jedoch aufgrund des verschärften nationalen Wettbewerbs und schrumpfender Handelsbeziehungen untereinander zur Zeit eher schlecht. Daneben sind zur Unterstützung dieses Prozesses regulierte Welt handelsbeziehungen auf der Basis neuer „Nord-Süd-Allianzen“ notwendig, die den Staaten der „Zweiten und Dritten Welt“ die Stärkung bzw. Konsolidierung ihrer industriellen Basis erlauben, ohne dabei auf Gedeih und Verderb den Mechanismen des Weltmarktes ausgeliefert zu sein¹⁰. Auch hierfür sind die Voraussetzungen allerdings eher schlecht, was sich nicht zuletzt am neuen Welthandelsabkommen manifestiert. Danach sind regulierte Welthandelsbeziehungen weitgehend untersagt (was konsequenterweise zu einer Kündigung der Lomé-Abkommen führen müßte), der Technologietransfer vom Norden in den Süden wird stark erschwert. Dennoch - es gibt zu dieser Strategie keine vernünftige Alternative.

- 1 Dirk Messner: Lateinamerika auf der Suche nach einem neuen Entwicklungsmodell, in: spw 2/94, S. 24ff
- 2 Elmar Römpczyk: Chile - Modell auf Ton, Bad Honnef 1994, S. 46
- 3 ebenda, S. 100
- 4 hierzu Kurt Hübner, in: Zwischen Nationalstaat und Globalpolitik, spw-Verlag Köln 1992, S. 51
- 5 spw 2/94, S. 26
- 6 spw 2/94, S. 29
- 7 Elmar Römpczyk, S. 203
- 8 spw 2/94, S. 29
- 9 Kurt Hübner, S. 52/53
- 10 Willi Brüggem, in spw 1/94, S. 49

spw-Jahresregister 1992/93

Das Jahresregister 1992/93 hat Christoph Meyer für spw erstellt. Es besteht aus 4 Teilen: Verzeichnis der Hefte und Schwerpunktthemen, Verzeichnis der Artikel, Verzeichnis der besprochenen Bücher, Sachverzeichnis.

Verzeichnis der Hefte und Schwerpunktthemen

Nr.	Heft	Monate/Jahr	Schwerpunktthema
1/92	63	Januar/Februar 1992	Weltmacht Europa
2/92	64	März/April 1992	Industriepolitik
3/92	65	Mai/Juni 1992	Gewerkschaften
4/92	66	Juli/August 1992	I Did It My Way
5/92	67	September/Oktober 1992	Kompatible Welten
6/92	68	November/Dezember 1992	Marx Out?
1/93	69	Januar/Februar 1993	Eurovisionen
2/93	70	März/April 1993	Stoff-Wechsel
3/93	71	Mai/Juni 1993	Ab-Grenzungen
4/93	72	Juli/August 1993	Global City
5/93	73	September/Oktober 1993	Mächte und Medien
6/93	74	November/Dezember 1993	Ost-Sichten

Verzeichnis der Artikel (Sortierung nach AutorInnen)

AutorIn: Titel	Heft	Seite
Albers, Detlev; Schöler, Ulrich; Wolf, Ulrich: Alle Welt im Umbruch - die Linke auch. Ein Fragenkatalog als Einladung zu einem breiten Diskussionsprozeß	64	40
Alves, Renate: Das Recht auf Gleichheit und Differenz - Elisabeth Selbert und der Kampf der Frauen um Artikel 3 II Grundgesetz (Rezension zum Buch von Barbara Böttger)	63	57
Annen, Niels; Frantziach, Petra: Nicaragua - Land zwischen Revolution und Ruin	74	44
Arend, Ingo: Ein dritter Weg des europäischen Films? Filmpolitische Konferenz des SPD-Kulturforums in den Potsdamer Defa-Studios	69	41
Ders.: Kultur. Was soll das?	66	48
Ders.: Zwischen Sein und Schein: Zum Hannoveraner Kongreß "Zur Aktualität des Ästhetischen"	68	18
Arenz, Horst: Lust am Untergang. Zur wirtschaftspolitischen Programmdiskussion der SPD vor dem Parteitag	74	6
Ders.; Peter, Horst: Anpassung oder Alternative - Die SPD auf dem Weg zu "Petersberg II"?	72	53
Arnold, Helmut: Wir sind nicht erleichtert! Anmerkungen zum Wohnbauland- und Investitionserleichterungsgesetz	74	14
Bach, Andreas; Heinz, Barbara; Krämer, Ralf: Erklärung zum Dortmunder Appell	69	12
Baecker, Rainer: Unterdeterminiert	66	53
Barnet, Richard J.: Reflektionen. Die Unordnung des Friedens	67	54
Bell, Hans Günter: Expertokratie contra Klüngel?	64	14
Bierbaum, Heinz: Interview	65	20
Biermann, Uta; Meyer, Dirk: Offene Gesellschaft mit geschlossenen Grenzen?	65	49
Bimboes, Detlef: Plastikflut. Zum Scheitern der Verwertung von Plastikmüll beim "Grünen Punkt"	73	5
Ders.: Umwelt und Entwicklung - Argumente für eine globale Entwicklungsstrategie (Rezension zum Buch von Joachim Spangenberg)	64	53
Bonder, Michael; Rötger, Bernd: Eurovisionen - Triaden-Politik oder gesellschafts- und strukturpolitische Neuordnung Europas	69	22
Borst, Renate; Krätke, Stefan: Stadt der Inseln. Die sozialräumliche Ausdifferenzierung "metropolitane" Stadtregionen	72	22
Brosch-Guesnet, Oliver: Anständig unmoralisch	69	18
Ders.: Dem Depp sei' Spion	71	11
Ders.: Der Name des Schiffes. Anmerkungen zum politischen Selbstverständnis der "MarxistInnen in der SPD"	73	38
Ders.: Helden déjà vu	67	24
Ders.: Nachrichten vom Klassenkampf	73	24
Ders.: Wenn Klaus kommt	68	20

<i>Burchardt, Ulla</i> : Zukunftspfade der Industriegesellschaft erkunden	70	40
<i>Butterwegge, Christoph</i> : Für einen integralen Konversionsbegriff und einen regionalen Ansatz zur Rüstungskonversion. Zur Diskussion über Möglichkeiten alternativer Produktion in der Unterweserregion	65	40
<i>Ders.</i> : Nach den Lichterketten nicht zurücklehnen. Strategien gegen den Rechtsextremismus auf verschiedenen Ebenen	71	30
<i>Ders.</i> : Rassismus, nationale Identität und Multikulturalität	64	48
<i>Castellina, Luciana</i> : Bruchstellen der europäischen Linken	72	32
<i>Chung, Carl</i> : Öffnung oder Inquisition - die SPD im Osten (Diskussionspapier)	63	10
<i>Cuba-Kongreß</i> : Abschlußerklärung	67	12
<i>Dehm, Dieter</i> : Offener Brief an Detlev Albers	63	50
<i>Didier, Josef</i> : Sachsen-SPD im Abwind	66	10
<i>Ders.</i> : Sachsens SPD	73	8
<i>Ders.</i> : Von der Hochburg zur Diaspora (Rezension zu Walter/Dürr/Schmidtke: Die SPD in Sachsen und Thüringen zwischen Hochburg und Diapora)	74	33
<i>Ders.</i> : Zu Heinrich Nuhn: August Spies - ein hessischer Sozialrevolutionär in Amerika (Rezension)	70	58
<i>Dietzel, Horst</i> : Alte Hüte oder neue Anstöße? Zum neuen Programm der PDS	73	34
<i>Dobberthien, Marijse</i> : Gentechnik ohne Ende	70	36
<i>Dobesberger, Bernd</i> : Die modische Variante oder Jörg Haiders Präsentation des Rechtsextremismus	71	40
<i>Dörre, Klaus</i> : Vom Tod des organischen Intellektuellen. Pierre Bourdieu und seine "reflexive Soziologie der Intelligenz"	66	40
<i>Dortmunder Appell</i> :	69	12
<i>Dreher, Josef</i> : Probleme mit der Solidarität - Probleme mit der Macht. Anmerkungen eines schöngestigen Kritikers anlässlich der Diskussion der "cubanischen Frage"	70	18
<i>Düe, Dietmar; Strutynski, Peter</i> : Auto - Umwelt - Gewerkschaftskrise	70	27
<i>Fabian, Anne-Marie</i> : Walter Fabian in Sachsen	73	10
<i>Farthmann, Friedhelm</i> : Stellungnahme zu dem Aufsatz von Arenz/Peter "Anpassung oder Alternative" in spw 72	74	8
<i>Faulhaber, Norbert; Schäfer, Ingrid E.</i> : Sozialdemokratische Regierungspolitik: Labor in Australien	69	55
<i>FDJ-Zentralrat</i> : Dokumente zum Hamburger Juso-Bundeskongreß 1977	73	45
<i>Finteln, Jens von</i> : Das Ende der Geschichte (Rezension zum Buch von Francis Fukuyama)	68	42
<i>Frankfurter Kreis</i> : Orientierungen für eine sozialdemokratische Friedenspolitik	63	32
<i>Frantziach, Petra</i> : (siehe Annen, Niels)	74	44
<i>Frerichs, Petra</i> : Frauen im Betrieb: Symbolische Interessen und ihre Vertretung	65	31
<i>Friederich, Thomas; Klinger, Gerwin</i> : Ernst Nolte: Martin Heidegger. Politik und Geschichte im Leben und Denken (Rezension)	71	56
<i>Fuchs, Katrin</i> : GPALS. Der Traum von der Unverwundbarkeit oder die Hybris einer exklusiven Weltmacht	65	44
<i>Dies.</i> : Humanitäre Interventionen Ja - Kampfeinsätze Nein!	67	6
<i>Glück, Hans</i> : Milliardengeschäfte mit Müll	74	12
<i>Göll, Edgar</i> : Auf der Suche nach einer neuen Ordnung der Welt (Rezension zu Ziebur/Bonder/Röttger: Deutschland in einer neuen Weltära)	69	28
<i>Ders.</i> : Clinton am Ruder der Titanic	68	4
<i>Ders.</i> : Im Bann des Fordismus (Rezension zum Buch von Christoph Scherrer)	68	51
<i>Ders.</i> : "Malcolm X - Unbekannte Radikalität (Film und Literatur)" (Rezension zum Film und zu Alex Haley/Malcolm X: The Autobiography of Malcolm X sowie zu Perry Bruce: Malcolm X. Ein Mann verändert Amerika)	71	57
<i>Ders.</i> : Probleme mit Problemen mit Cuba	69	16
<i>Ders.</i> : Vom Yukon bis Yukatan: NAFTA und die Freiheit für unternehmerisches Handeln	63	39
<i>Gössner, Rolf</i> : Deckname "Verfassungsschutz". Ein bundesdeutscher Geheimdienst nach dem Kalten Krieg	73	55
<i>Graf, Ralph</i> : Plan und Markt. Über die Grenzen der Selbststeuerungsfähigkeit des marktwirtschaftlichen systems und die Notwendigkeit gesellschaftlicher Planung	70	44
<i>Groenendijk, Kees</i> : Europa 1992: Realitäten, Mythen, Chancen	71	23
<i>Gröning, Katharina</i> : Frauenarbeit und Frauenalltag in der Sowjetunion (Rezension zum Buch von Monika Rosenbaum)	64	54
<i>Dies.</i> : Von der Androgynität zur Differenz. Überlegungen zur Theoriediskussion in der autonomen westdeutschen Frauenbewegung	73	29
<i>Hartmann, Horst</i> : Gesinnungskontrolle von Straßennamen. Wie in Berlin die Vergangenheit beseitigt wird	64	16
<i>Heimlich, Stefan</i> : Interview mit Frank Spieth. Kein Ende am Licht des Tunnels	68	15
<i>Heinz, Barbara</i> : (siehe Bach, Andreas)	69	12
<i>Hemmer, Hans O.</i> : Keine Tabus gelten lassen. Gespräch mit Lorenz Schwegler über die Strukturreformdiskussion in den Gewerkschaften und beim DGB	65	26
<i>Henseling, Karl Otto</i> : Chemiepolitik: Stoffökologische Perspektiven der Industriegesellschaft	70	21
<i>Hofschien, Heinz-Gerd</i> : Blick in die Welt	63-72	
<i>Hooffacker, Gabriele</i> : Neue Medien: Neue Öffentlichkeit per Computernetz	67	46
<i>Hoppe, Andreas</i> : Aerobic für die Industrie. "Lean production" - eine schlanke Revolution	68	47

<i>Höppner, Reinhard</i> : Illusionen und Zumutungen	74	20
<i>Horstmann, Axel</i> : Bildungsreform NRW: Nicht auf die "Müllhalde", aus dem Stillstand! Eine Erwiderung zum Kommentar von Cor Leendertse	66	57
<i>Hunke, Regina</i> : Frauen in Europa - Europa der Frauen?	72	14
<i>Jansen, Mechtild</i> : 1977 - Reflexionen	74	56
<i>Dies.</i> : Zur "Stasi-Diskussion"	66	7
<i>Kandziora, Ewald</i> : Zur Situation der Linken in Italien	74	39
<i>Karl, Helga</i> : Industrielle Kerne und Strukturpolitik. Resultate des Transformationsprozesses am Beispiel der Metall- und Elektroindustrie in Ost-Berlin	74	28
<i>Karnetzki, Michael</i> : (siehe Podzuweit, Harald)	68	11
<i>Katzek, Jens; Spangenberg, Joachim H.</i> : Die SPD und die Gentechnik oder "Getrennt marschieren, vereint zuschlagen"	73	48
<i>Kebir, Sabine</i> : Linke müssen lernen, im Begriff zu kämpfen. Zum Beitrag von Klaus Wardenbach 'Zivilgesellschaft - Plädoyer für den Abschied vom letzten Modebegriff der 80er Jahre' in SPW 2/92	66	54
<i>Klinger, Gerwin</i> : (siehe Friederich, Thomas)	71	56
<i>Klotz, Ulrich</i> : Computer im Paradigmenwechsel	67	38
<i>Kockerbeck, Heiner</i> : Mächte und Medien. Die Kämpfe um die Konstruktion von Wirklichkeiten in der Mediengesellschaft	73	16
<i>Koppe, Karlheinz</i> : Auf der Suche nach Sündenböcken. Über das Versagen der Politik, die Hilflosigkeit der Intellektuellen und die Friedensbewegung	63	35
<i>Krämer, Ralf</i> : Erfahrung für die Zukunft? Zum 11. ordentlichen Landesparteitag der SPD NRW am 11./15. Dezember 1991	63	6
<i>Ders.</i> : Festung Europa oder sozialökologischer Umbau in globaler Verantwortung? Bericht von der Herbsttagung des Projekts Moderner Sozialismus zum Schwerpunkt "Sozialdemokratie"	69	14
<i>Ders.</i> : Gerechtigkeitslücke	68	14
<i>Ders.</i> : Spalten statt versöhnen! Die SPD muß den Leuten wieder Gegner zeigen und die sozialen Verteilungsfragen zum zentralen politischen Thema machen	67	14
<i>Ders.</i> : Thesen zum Verhältnis von Kapitalismus und Sozialismus	70	49
<i>Ders.</i> : Weiter so, NRW?	69	7
<i>Ders.</i> : Zur Arbeit mit dem "Dortmunder Appell"	69	13
<i>Ders.</i> : <i>Schulze, Svenja; Westphal, Thomas</i> : Amerikanisierung oder Demokratisierung der SPD?	72	6
<i>Ders.</i> : (siehe Bach, Andreas)	69	12
<i>Krauß, Martin</i> : I did it my way - Ich gegen die Maschine. Flexibilisierung und Individualisierung im Sport	66	43
<i>Kremer, Uwe</i> : Kurzum	63-74	
<i>Kremer, Uwe</i> : Comeback des Staates? Skizze zur aktuellen industriepolitischen Debatte	64	20
<i>Ders.</i> : Ein neuer Anlauf - Einleitende Bemerkungen zum Schwerpunkt	68	22
<i>Ders.</i> : Europa-Kongreß - Thesen	71	16
<i>Ders.</i> : Industriegewerkschaft im Strukturwandel. Ein Gespräch mit Heinz Bierbaum	65	20
<i>Ders.</i> : Staat, Industriepolitik und Wirtschaftskultur in Westeuropa	69	30
<i>Kühne, Helmut</i> : Medienkonzentration: Eine breite Debatte ist überfällig. Zum medienpolitischen Aktionsprogramm der SPD-Bundesmedienkommission	74	16
<i>Kurz-Scherf, Ingrid</i> : Die Ungleichheit materieller Lebenschancen. Mit einem Nachtrag zur diesjährigen Tarifrunde	66	32
<i>Lang, Kai Olaf</i> : "Euer Herbst - unser Frühjahr". Nach dem Linksruck bei den polnischen Wahlen	74	36
<i>Larcher, Detlev von</i> : SPD - Keine Anpassung an Rechtsentwicklung	68	6
<i>Ders.</i> : Interview	70	12
<i>Leder, Dietrich</i> : Bürokratische Kalamitäten und müde Routinen. Die Krise des öffentlich-rechtlichen Fernsehens und die Rolle seiner privat-kommerziellen Samariter	73	17
<i>Leendertse, Cor</i> : Bildungspolitik in NRW	65	8
<i>Leisewitz, André; Pickshaus, Klaus</i> : Auf der Suche nach einem neuen Politikansatz: Gewerkschaften und Umweltpolitik	68	52
<i>Lennaardt, Stefan</i> : (siehe Strässer, Christoph)	71	51
<i>Linke, Oswald</i> : Bischofferode. Ein Beitrag zur Versachlichung der Diskussion	74	25
<i>Ders.</i> : Von Liebknecht zu Lieberknecht. Erneuerung der Thüringer Schule - aber wie?	65	6
<i>Machnig, Matthias</i> : Ende des Modells Deutschland - am Beginn eines neuen Politik- und Hegemoniezyklus	67	18
<i>Mármora, Leopoldo; Messner, Dirk</i> : Entwicklungsländer zwischen aktiver Weltmarktintegration und globaler Umweltkrise	64	33
<i>Marschall, Judith</i> : Was kommt nach dem Krieg? (Rezension zu Gaisbacher/Kaser/Promitzer/Sax/Schögler: Krieg in Europa - Analysen aus dem ehemaligen Jugoslawien)	72	11
<i>Martin, Malte</i> : Neuanfang - Die französische Linke	72	38
<i>Ders.</i> : Vom Immigranten zum "Citoyen". Französische Erfahrungen	71	36
<i>Mau, Heiko</i> : Für einen neuen Internationalismus. Bericht vom Juso-Linken-Forum '92 am 24./25.4. in Hannover	65	19
<i>Mendler, Martin</i> : Vom Recht des Stärkeren zur Stärke des Rechts? Die Linke auf der Suche nach einer neuen Weltordnung (Rezension zu Fuchs/von Oertzen/Volmer: Zieht die Linke in den Krieg?)	74	18
<i>Messner, Dirk</i> : (siehe Mármora, Leopoldo)	64	33

<i>Metscher, Thomas</i> : Thesen zur materialistischen Ästhetik. Teil I: Zur Theorieform des marxischen Denkens	66	49
<i>Ders.</i> : Dass., Teil II: Zur Geschichte materialistischer Ästhetik	68	36
<i>Ders.</i> : Dass., Teil III: Gegenwärtiger Stand und Perspektiven	69	50
<i>Meyer, Dirk</i> : (siehe Biermann, Uta)	65	49
<i>Möbbeck, Susi</i> : Ab-Grenzungen. Einführung zum Schwerpunkt	71	22
<i>Dies.</i> : Jahrestagung des Frankfurter Kreises	70	11
<i>Dies.</i> : Landesparteitag der Bremer SPD: "Erneuerung an Haupt und Gliedern"?	65	17
<i>Dies.</i> : Rassismus und Identität	69	44
<i>Müller, Michael</i> : Poker oder Energiewende	69	6
<i>Ders.</i> : Rio '92: Kein Meilenstein in der Menschheitsgeschichte	66	4
<i>Müter, Silke</i> : Die Klausis schlagen zurück. Über die jugendpolitische Orientierung der "Ollis"	71	12
<i>Nwokedi, Emeka</i> : Afrika und die Neue Weltordnung. Ein neuer Anfang oder eine falsche Hoffnung?	71	48
<i>Oertzen, Peter von</i> : Das Kreuz mit der Identität der "Linken". Oder: Ist die SPD "noch" ihre "Partei"?	74	48
<i>Ders.</i> : Die Wählerschaft in Westdeutschland	66	16
<i>Ders.</i> : Interview	66	22
<i>Offermann, Volker</i> : Arbeitslosigkeit, Arbeitsmarktpolitik und gesellschaftliche Spaltung	72	48
<i>Ders.</i> : Armut in Deutschland. Bestandsaufnahme und forschungstheoretische Perspektiven	71	43
<i>Olczyk, Hans-Joachim</i> : "Despotischer Sozialismus" oder "Staatsklaverei"? (Rezension zum Buch von Uli Schöler)	68	58
<i>Ders.</i> : Freie Hand im Osten. Ein Interview mit Peter Scherer	63	17
<i>Oppermann, Detlef</i> : Anne-Marie Fabian	73	10
<i>Ostendorff, Uwe</i> : Zur Replik "Unregulierte Einwanderung als linke Programmatik?" von Birgit Zoerner	67	50
<i>Paech, Norman</i> : Interview	70	8
<i>Paterna, Peter</i> : "Postreform II". Ein Thema nicht nur für Spezialisten	70	4
<i>Peter, Horst</i> : Petersberger Populismus	67	4
<i>Ders.</i> : <i>Sprafke, Norbert</i> : Demokratische Politik in der Fastfood-Informationsgesellschaft	73	20
<i>Ders.</i> : <i>Sprafke, Norbert</i> : Glaubwürdigkeitsfälle. Zur hessischen Kommunalwahl	70	7
<i>Ders.</i> : (siehe Arenz, Horst)	72	53
<i>Pfeifer, Stefan</i> : Von der Blockkonfrontation zur Rüstungskonversion? Die Neuordnung der internationalen Beziehungen, Abrüstung und Regionalentwicklung nach dem Kalten Krieg	68	45
<i>Pickshaus, Klaus</i> : (siehe Leisewitz, André)	68	52
<i>Podzuweit, Harald; Sieber, Ingo; Thärichen, Holger; Karnetzki, Michael</i> : Für den Neuanfang von unten! Zu den Rahmenbedingungen und Grundlagen unserer politischen Arbeit als JUSOS im Jahre 1992	68	11
<i>Poppe, Peter; Trombach, Ulf</i> : HipHop - Kunstform der schwarzen Revolte	64	6
<i>Raschke, Joachim</i> : Zur Veränderungschance der SPD-Linken	74	52
<i>Rausch, Thomas</i> : Individualisierte Klassengesellschaft. Einige Positionsbestimmungen	66	29
<i>Ders.</i> : Und der Mensch ist da ganz Mensch, wo er - z.B. mit Werbespots - spielt. "Jugend-Stile. Zur Ästhetik der gemeinsamen Kultur" - eine Untersuchung von Paul Willis (Rezension)	73	27
<i>Richter, Karl-Otto</i> : Rostock und kein Ende	67	2
<i>Rode, Jörg</i> : "Wasserkraft ans Netz". Solidarität konkret	67	13
<i>Röttger, Bernd</i> : (siehe Bonder, Michael)	69	22
<i>Rudolph, Karsten</i> : Ristau/Scholing/Wien: Tanker im Nebel (Rezension)	71	20
<i>Rünker, Reinhold</i> : Über Gesinnungs- und Verantwortungsethiker. Der Frankfurter Kreis nach Petersberg	68	10
<i>Ders.</i> ; <i>Thiel, Jadranka; Walther, Claudia</i> : Radikalisierung und politische Diffusität. Juso-Bundeskongreß '92	66	13
<i>Ders.</i> ; <i>Unfried, Harald</i> : Von Maastricht bis Moskau? Europäische WWU und die Integration Osteuropas	64	30
<i>Ders.</i> : (siehe Walther, Claudia)	64	10
<i>Rüter, Michael</i> : Der Erdgipfel	65	35
<i>Saß, Fiete</i> : Auf dem Weg in die Informationsgesellschaft?	67	26
<i>Ders.</i> : Es kommt darauf an, daß man miteinander auskommt. Ein Gespräch über Individualisierung, die SPD und die Politik. Mit Christoph Zöpel, Peter von Oertzen und Claudia Walther	66	22
<i>Ders.</i> : Medien-Event oder andere Politik? Anmerkungen zur Mitgliederbefragung	72	9
<i>Sauer, Gustav W.</i> : Atomenergie. H'oni soit qui mal y pense. Der Konsens-Virus oder die Sehnsucht nach Weisungen	71	8
<i>Schauff, Herbert</i> : Die Wirtschaft der Zukunft (Rezension zu Hans Immler: Welche Wirtschaft braucht die Natur?)	73	13
<i>Schäfer, Ingrid E.</i> : (siehe Faulhaber, Norbert)	69	55
<i>Scharf, Alexander</i> : (siehe Seemann, Silke)	70	8
<i>Schauff, Frank</i> : Sandinismus - Ein Versuch mittelamerikanischer Emanzipation (Rezension zum Buch von Christoph Links)	66	52
<i>Schauzu, Marianna</i> : Gentechnikkritik oder "Hilfloser Antikapitalismus"?	72	16
<i>Dies.</i> : Tschernobyl im Genlabor? Zu einer nicht stattfindenden Diskussion in der SPD	70	32
<i>Scheer, Hermann</i> : Auf dem Weg zu einer neuen Neuen Linken	72	35

<i>Ders.</i> : Aufruf zur Rettung und Demokratisierung des kubanischen Entwicklungsmodells. Zur Notwendigkeit eines Gegenkurses zum amerikanischen Versuch der Strangulierung Kubas	64	18
<i>Ders.</i> : Der Nonsense vom Energiekonsens	73	4
<i>Scherer, Peter</i> : Interview	63	17
<i>Schindler, Christiane</i> : Frauenstreik zum Frauentag	74	10
<i>Schöler, Ulrich</i> : (siehe Albers, Detlev)	64	40
<i>Schönberg, Arnold</i> : Ein Neuanfang? Anmerkungen zur Situation der Berliner SPD	68	9
<i>Schostok, Stefan</i> : Aufstehen, Einmischen, Verändern. Neues Selbstbewußtsein am seidenen Faden! Außerordentlicher Bundeskongreß der Jusos 1993 in Bonn	69	10
<i>Ders.</i> : Die Linke in Europa - Perspektiven und Projekte (Kongreßbericht)	71	14
<i>Ders.</i> : Jusos auf dem Weg aus der Krise - Aufbruch von links	72	44
<i>Ders.</i> ; <i>Zoerner, Birgit</i> : "Wenn wir davon ausgehen, daß Engholm unser Kanzlerkandidat wird, dann können wir ihn als Linke nicht gleichzeitig demontieren". Ein Gespräch mit Detlev von Lärcher	70	12
<i>Schulze, Svenja</i> : (siehe Krämer, Ralf)	72	6
<i>Schuster, Joachim</i> : Auf dem Weg zu neuen Ufern? Zu den Ergebnissen des Maastrichter EG-Gipfels	63	28
<i>Schwegler, Lorenz</i> : Interview	65	26
<i>Seemann, Silke</i> : Sommertagung des Frankfurter Kreises	72	10
<i>Dies.</i> ; <i>Scharf, Alexander</i> : Interview mit Norman Paech: ...Drückt uns 'mal ein bißchen... Zur Bedeutung der UNO-Reform für die Diskussion um die UNO-Kampfeinsätze	70	8
<i>Siebert, Ingo</i> : (siehe Podzuweit, Harald)	68	11
<i>Sieling, Carsten</i> : Industrie- und Strukturpolitik in Ostdeutschland	64	26
<i>Ders.</i> : Ökologischen Umbau ökonomisch möglich machen	70	20
<i>Ders.</i> : Rüstungsproduktion und Konversionsperspektiven Anfang der neunziger Jahre	63	43
<i>Sonn, Klaus-Dietrich</i> : SPD im Oskaarland	69	9
<i>Spangenberg, Joachim H.</i> : (siehe Katzek, Jens)	73	48
<i>Spehr, Christoph</i> : Die Wiederkehr der Langeweile. Historische Überlegungen zum Versanden der Umweltbewegung in den Verhältnissen	72	19
<i>Spieth, Frank</i> : Interview	68	15
<i>Sprafke, Norbert</i> : (siehe Peter, Horst)	70	7
<i>Ders.</i> : (siehe Peter, Horst)	73	20
<i>spw-Geschäftsführung</i> : spw intern	74	5
<i>spw-Redaktion</i> : Einführung zu "Eurovisionen"	69	21
<i>Dies.</i> : Vorbemerkung (zur Dokumentation zum Juso-Bundeskongreß 1977)	73	43
<i>Stark, Uli</i> : Neue Farbenlehre? Zur Landtagswahl in Baden-Württemberg	65	12
<i>Ders.</i> : Europa 1993	64	55
<i>Störch, Klaus</i> : Die ökonomische Vereinigung Deutschlands, Bilanz und Perspektiven (Rezension zum Buch von Herbert Schui)	64	57
<i>Strässer, Christoph; Lennardt, Stefan</i> : Auf der Suche nach dem neuen Popanz. Innere Sicherheit - Kein sozialdemokratisches Thema	71	51
<i>Strutynski, Peter</i> : (siehe Düe, Dietmar)	70	27
<i>Thärichen, Holger</i> : (siehe Podzuweit, Harald)	68	11
<i>Thiel, Jadranka</i> : (siehe Rünker, Reinhold)	66	13
<i>Tjaden, Karl Hermann</i> : Bitte um Beachtung schweigender Bedürfnisse und stummer Opfer. Erläuterungen zum "Ackerrand-Theorem" und Replik zur Kritik von Ralf Krämer	63	53
<i>Ders.</i> : (siehe Tjaden-Steinhauer, Margarete)	68	32
<i>Tjaden-Steinhauer, Margarete; Tjaden, Karl Hermann</i> : Historisch-materialistische Formationstheorie: Unklarheiten und Erkenntnismöglichkeiten	68	32
<i>Trombach, Ulf</i> : Wie die Toten leben!	66	14
<i>Ders.</i> : (siehe Poppe, Peter)	64	6
<i>Umbach, Detlef</i> : Die Anpassung an das Scheitern - die SPD und der "Solidarpakt"	71	6
<i>Ders.</i> : Land unter in Hamburg!	65	14
<i>Unfried, Harald</i> : Europäische Notenbankverfassung demokratisch ausgestalten	69	36
<i>Ders.</i> : (siehe Rünker, Reinhold)	64	30
<i>Voigt, Karsten D.</i> : Einleitung (zur Dokumentation zum Juso-Bundeskongreß 1977)	73	44
<i>Vosen, Josef</i> : Parteireform in Düren	66	12
<i>Wallerstein, Immanuel</i> : Geopolitische Strategien der USA in einer nach-amerikanischen Welt	67	51
<i>Walther, Claudia</i> : §-218-Urteil: ein Schock!	72	12
<i>Dies.</i> : "Frauenwege im neuen Deutschland". Frauenkongreß der JUSO-Linken: Bericht	64	8

<i>Dies., Rünker, Reinhold:</i> Radikal und offensiv oder sozialdemokratisch langweilig? Die JUSOS vor dem Bundeskongress 1992	64	10
<i>Dies.:</i> (siehe Rünker, Reinhold)	66	13
<i>Dies.:</i> Interview	66	22
<i>Wardenbach, Klaus:</i> "Zivilgesellschaft". Plädoyer für den Abschied vom letzten Modebegriff der 80er Jahre	64	45
<i>Wehr, Andreas:</i> Kein großer Wurf. Anmerkungen zum außen- und sicherheitspolitischen Antrag des Parteivorstandes	74	4
<i>Ders.:</i> Kopf und Bauch - Jürgen Egert ist tot	69	4
<i>Ders.:</i> Werden aus Blauhelmen Grauhelme?	68	8
<i>Ders.:</i> Zum Beispiel Jugoslawien. Über das Elend sozialdemokratischer Außenpolitik	67	8
<i>Weiner, Klaus Peter:</i> Welches Europa? Westeuropäische Integration, internationale Strukturveränderungen und transnationale Politik	63	23
<i>Welti, Felix; Westphal, Thomas:</i> Tempo 30 fürs Reformprojekt	63	8
<i>Wendl, Michael:</i> Ein erfolgreicher Streik - aber Unzufriedenheit bleibt	65	5
<i>Werner, Torsten:</i> Wir im Norden. Zur Lage von SPD und Jusos gut ein Jahr nach den verlorenen Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern	64	12
<i>Westphal, Thomas:</i> Absolute Mehrheit gewonnen - Vertrauen verloren!	65	18
<i>Ders.:</i> (siehe Krämer, Ralf)	72	6
<i>Ders.:</i> (siehe Welti, Felix)	63	8
<i>Wolf, Ulrich:</i> Postmarxismus? - Notizen zur kritischen Rekonstruktion des historischen Materialismus und der Philosophie des Sozialismus	68	24
<i>Ders.:</i> (siehe Albers, Detlev)	64	40
<i>Wöllersdorf, Andreas:</i> Der "rote Hugenberg" (Rezension zum Buch von Harald Wessel)	63	56
<i>Ders.:</i> Hilffloser Anti-Antifaschismus. Wider einen modischen Renner aus der IG-Metall-Vorstandsetage (Rezension zu Wolfgang Kowalsky: Rechtsaußen)	70	54
<i>Ders.:</i> Im Westen nichts Neues, im Osten eine neue Bewegung	67	10
<i>Ders.:</i> Öffnung der SPD im Osten. Vergangenheitsaufarbeitung in Deutschland - ein Widerspruch?	65	54
<i>Zielinski, Siegfried:</i> Nicht mehr Kino, nicht mehr Fernsehen	67	28
<i>Zoerner, Birgit:</i> Unregulierte Einwanderung als linke Programmatik? Replik zu dem Teil "Einwanderungsgesetz" in dem Artikel von Biermann/Meyer	65	52
<i>Dies.:</i> (siehe Schostok, Stefan)	70	12
<i>Zöpel, Christoph:</i> Interview	66	22

Verzeichnis der besprochenen Bücher (Sortierung nach AutorInnen der Bücher)

AutorIn: Titel	Heft	Seite
<i>Böttger, Barbara:</i> Das Recht auf Gleichheit und Differenz - Elisabeth Selbert und der Kampf der Frauen um Artikel 3 II Grundgesetz (Alves)	71	57
<i>Bruce, Perry:</i> Malcolm X. Ein Mann verändert Amerika (Göll)	74	18
<i>Fuchs/von Oertzen/Volmer:</i> Zieht die Linke in den Krieg? (Mendler)	68	42
<i>Fukuyama, Francis:</i> Das Ende der Geschichte (von Finteln)	72	11
<i>Gaisbacher/Kaser/Promitzer/Sax/Schögler:</i> Krieg in Europa - Analysen aus dem ehemaligen Jugoslawien (Marschall)	71	57
<i>Haley, Alex/Malcolm X:</i> The Autobiography of Malcolm X (Göll)	73	13
<i>Immler, Hans:</i> Welche Wirtschaft braucht die Natur? (Schauff)	70	54
<i>Kowalsky, Wolfgang:</i> Rechtsaußen (Wöllersdorf)	66	52
<i>Links, Christoph:</i> Sandinismus - Ein Versuch mittelamerikanischer Emanzipation (Schauff)	71	56
<i>Nolte, Ernst:</i> Martin Heidegger. Politik und Geschichte im Leben und Denken (Friederich/Klinger)	70	58
<i>Nuhn, Heinrich:</i> August Spies - ein hessischer Sozialrevolutionär in Amerika (Didier)	71	20
<i>Ristau/Scholing/Wien:</i> Tanker im Nebel (Rudolph)	64	54
<i>Rosenbaum, Monika:</i> Frauenarbeit und Frauenalltag in der Sowjetunion (Gröning)	68	51
<i>Scherrer, Christoph:</i> Im Bann des Fordismus (Göll)	68	58
<i>Schöler, Uli:</i> "Despotischer Sozialismus" oder "Staatsklaverei"? (Olczyk)	64	57
<i>Schui, Herbert:</i> Die ökonomische Vereinigung Deutschlands, Bilanz und Perspektiven (Störch)	64	53
<i>Spangenberg, Joachim:</i> Umwelt und Entwicklung - Argumente für eine globale Entwicklungsstrategie (Bimboes)	74	33
<i>Walter/Dürr/Schmidtke:</i> Die SPD in Sachsen und Thüringen zwischen Hochburg und Diaspora (Didier)	63	56
<i>Wessel, Harald:</i> Der "rote Hugenberg" (Wöllersdorf)	73	27
<i>Willis, Paul:</i> Jugend-Stile. Zur Ästhetik der gemeinsamen Kultur (Rausch)	69	28
<i>Ziebur/Bonder/Röttger:</i> Auf der Suche nach einer neuen Ordnung der Welt (Göll)		

Sachverzeichnis

Die Angaben hinter den Stichwörtern beziehen sich auf Heftnummer, Seitenzahl und AutorInnen der Beiträge, deren Titel im alphabetischen AutorInnenverzeichnis nachgeschlagen werden können.

Abrüstung/Frieden: 63/65 (Koppe), 63/43 (Sieling), 65/40 (Butterwegge), 65/44 (Fuchs), 68/58 (Pfeifer)

Afrika: 71/48 (Nwokedi)

Australien: 69/55 (Faulhaber/Schäfer)

Bildungspolitik: 65/6 (Linke), 65/8 (Leendertse), 66/57 (Horstmann), 67/26 (Saß)

Bundesbank: 69/36 (Unfried)

Bundesländer: Baden-Württemberg 65/12 (Stark); Berlin 64/16 (Hartmann), 68/9 (Schönberg); Bremen 65/17 (Möbbeck), 65/40 (Butterwegge); Hamburg 65/14 (Umbach); Hessen 70/7 (Peter/Sprafke); Nordrhein-Westfalen 65/8 (Leendertse), 68/15 (Heimlich), 69/7 (Krämer); Saarland 69/9 (Sonn); Sachsen 66/10 (Didier), 73/8 (Didier); Schleswig-Holstein 65/18 (Westphal); Thüringen 65/6 (Linke), 68/15 (Heimlich)

Bundesrepublik, Außen- und Sicherheitspolitik: 63/32 (Frankfurter Kreis), 67/6 (Fuchs), 67/4 (Peter), 67/8 (Wehr), 68/6 (von Larcher), 68/8 (Wehr), 70/8 (Seemann/Scharf), 74/4 (Wehr)

Bundesrepublik, Innenpolitik: 66/7 (Jansen), 71/51 (Strässer/Lennardt), 72/12 (Walther), 73/55 (Gössner)

Bundesrepublik, Vereinigungsprozeß: 63/10 (Chung), 64/16 (Hartmann), 64/57 (Störch), 66/7 (Jansen), 67/10 (Wöllersdorf), 67/18 (Machnig)

Bundesverfassungsgericht: 72/12 (Walther)

Demokratie: 64/14 (Bell), 68/18 (Arend), 72/6 (Krämer/Schulze/Westphal), 72/9 (Saß)

Demokratische Bewegungen: 71/30 (Butterwegge), 71/36 (Martin), 72/19 (Spehr), 73/29 (Gröning)

Einwanderungs-/Asylpolitik: 65/49 (Biermann/Meyer), 65/52 (Zoerner), 67/2 (Richter), 67/4 (Peter), 67/50 (Ostendorff), 68/6 (von Larcher), 69/12 (Bach/Heinz/Krämer), 71/23 (Groenendijk), 71/36 (Martin)

Energielolitik: 63/53 (Tjaden), 67/13 (Rode), 69/6 (Müller), 71/8 (Sauer), 73/4 (Scheer)

Europa: 63/17 (Olczyk), 63/23 (Weiner), 63/52 (Frankfurter Kreis), 69/21 (spw-Redaktion), 69/22 (Bonder/Röttger), 69/28 (Göll), 69/30 (Kremer), 71/14 (Schostok), 71/16 (Kremer), 72/32 (Castellina), 72/35 (Scheer)

Europäische Gemeinschaft/Europäische Union: 63/28 (Schuster), 64/56 (Stark), 69/22 (Bonder/Röttger), 69/30 (Kremer), 69/36 (Unfried), 71/23 (Groenendijk), 72/14 (Hunke)

Film: 69/41 (Arend), 71/57 (Göll)

Frankreich: 71/36 (Martin), 72/38 (Martin)

Frauenpolitik/Gleichstellung: 64/8 (Walther), 64/54 (Gröning), 65/31 (Frerichs), 72/12 (Walther), 72/14 (Hunke), 73/29 (Gröning), 74/10 (Walther)

Gentechnik: 70/32 (Schauzu), 70/36 (Dobberthien), 72/16 (Schauzu), 73/48 (Katzek/Spangenberg)

Geschichte/Zeitgeschichte: 63/50 (Dehm), 63/56 (Wöllersdorf), 68/42 (Olczyk), 70/58 (Didier), 71/56 (Friederich/Klinger), 73/10 (Fabian), 73/44 (Voigt), 74/56 (Jansen)

Gesellschaftspolitik: 66/7 (Jansen), 66/29 (Rausch), 67/14 (Krämer)

Gesundheitspolitik: 70/32 (Schauzu), 72/16 (Schauzu)

Gewerkschaften: 65/5 (Wendl), 65/20 (Kremer), 65/26 (Hemmer), 65/31 (Frerichs), 66/32 (Kurz-Scherf), 68/15 (Heimlich), 68/52 (Leisewitz/Pickshaus), 70/4 (Paterna), 70/27 (Düe/Strutynski), 70/54 (Wöllersdorf)

Intellektuelle: 66/40 (Dörre)

Italien: 74/39 (Kandziora)

Jugend: 68/20 (Brosch-Guesnet), 71/12 (Müter)

Jugoslawien, Nachfolgestaaten: 67/8 (Wehr), 72/11 (Marschall)

Kanada: 63/39 (Göll)

Kommunales: 64/14 (Bell), 64/16 (Hartmann), 66/12 (Vosen), 67/2 (Richter), 72/22 (Borst/Krätke)

Kuba: 64/18 (Scheer), 67/12 (Cuña-Kongreß), 67/13 (Rode), 67/24 (Brosch-Guesnet), 69/16 (Göll), 70/18 (Dreher)

Kultur: 64/6 (Poppe/Trombach), 66/14 (Trombach), 66/48 (Arend), 66/49 (Metscher), 67/28 (Zielinski), 68/18 (Arend), 68/36 (Metscher), 69/41 (Arend), 69/52 (Metscher), 71/57 (Göll), 73/27 (Rausch)

Medien: 67/26 (Saß), 67/28 (Zielinski), 67/38 (Klotz), 67/46 (Hoofacker), 69/41 (Arend), 72/9 (Saß), 73/16 (Kockerbeck), 73/17 (Leder), 73/20 (Peter/Sprafke), 73/24 (Brosch-Guesnet), 73/27 (Rausch), 74/16 (Kuhne)

Mexiko: 63/39 (Göll)

Militär/Rüstung/Sicherheit: 63/32 (Frankfurter Kreis), 63/43 (Sieling), 65/44 (Fuchs), 67/54 (Barnet)

Mittel-/Osteuropa: 63/17 (Olczyk), 64/30 (Rünker/Unfried), 74/36 (Lang)

Mittel-/Südamerika: 63/39 (Göll), 64/18 (Scheer), 66/52 (Schauff), 67/12 (Cuba-Kongreß), 67/13 (Rode), 67/24 (Brosch-Guesnet), 69/16 (Göll), 70/18 (Dreher), 74/44 (Annen/Frantziach)

Musik: 64/6 (Poppe/Trombach)

Nationalismus: 69/44 (Möbbeck)

NATO: 63/52 (Frankfurter Kreis), 67/6 (Fuchs)

Nicaragua: 66/52 (Schauff), 74/44 (Annen/Frantziach)

Nord-Süd-Beziehungen: 64/33 (Mármora/Messner), 64/53 (Bimboes), 65/35 (Rüter), 71/48 (Nwokedi)

- Ostdeutschland:** 63/10 (Chung), 64/26 (Sieling), 65/54 (Wöllersdorf), 66/7 (Jansen), 67/10 (Wöllersdorf), 74/20 (Höppner), 74/25 (Linke), 74/28 (Karl)
- Österreich:** 71/40 (Dobesberger)
- Parteien (allgemein/außer SPD):** 64/14 (Bell), 65/12 (Stark), 66/16 (von Oertzen), 67/10 (Wöllersdorf), 67/18 (Machnig); PDS 63/10 (Chung), 73/34 (Dietzel)
- Personen:** Blessing 71/11 (Brosch-Guesnet), Clinton 68/4 (Göll), Egert 69/4 (Wehr), Anne-Marie Fabian 73/10 (Oppermann), Walter Fabian 73/10 (Fabian), Haider 71/40 (Dobesberger), Malcolm X 71/57 (Göll), Spies 70/58 (Didier)
- Philosophie:** 66/49 (Metscher), 68/24 (Wolf), 68/36 (Metscher), 69/50 (Metscher)
- Polen:** 74/36 (Lang)
- Politische Kultur:** 64/14 (Bell), 64/16 (Hartmann), 66/16 (von Oertzen), 66/29 (Rausch), 69/18 (Brosch-Guesnet), 71/8 (Sauer), 71/11 (Brosch-Guesnet), 73/20 (Peter/Sprafke), 73/24 (Brosch-Guesnet), 74/56 (Jansen)
- Politische Theorie:** 63/50 (Dehm), 64/40 (Albers/Schöler/Wolf), 64/45 (Wardenbach), 66/49 (Metscher), 66/54 (Kebir), 68/22 (Kremer), 68/32 (Tjaden-Steinhauer/Tjaden), 68/45 (von Finteln), 70/49 (Krämer), 73/29 (Gröning), 73/38 (Brosch-Guesnet), 74/48 (von Oertzen)
- Post:** 70/4 (Paterna)
- Psychoanalyse:** 66/53 (Baecker)
- Rechtsradikalismus/Rassismus:** 64/48 (Butterwegge), 65/49 (Biermann/Meyer), 65/52 (Zoerner), 67/2 (Richter), 69/44 (Möbbeck), 70/54 (Wöllersdorf), 71/22 (Möbbeck), 71/30 (Butterwegge), 71/40 (Dobesberger)
- Rußland:** 64/54 (Gröning), 68/42 (Olczyk)
- Sozialdemokratie, Geschichte:** 63/50 (Dehm), 68/42 (Olczyk), 70/58 (Didier), 73/44 (Voigt), 74/33 (Didier), 74/56 (Jansen)
- Sozialdemokratie, international:** Australien 69/55 (Faulhaber/Schäfer); Europa 71/3 (Uwe Kremer: Kurzum), 71/16 (Kremer), 72/35 (Scheer); Frankreich 72/38 (Martin); Italien 74/39 (Kandziora)
- Sozialdemokratie, JungsozialistInnen:** 64/8 (Walther), 64/20 (Walther/Rünker), 65/19 (Mau), 66/13 (Rünker/Thiel/Walther), 68/11 (Podzuweit/Siebert/Thärichen/Karnetzki), 69/10 (Schostok), 72/44 (Schostok), 73/44 (Voigt), 74/56 (Jansen)
- Sozialdemokratie, Projekt Moderner Sozialismus/spw:** 69/14 (Krämer), 71/14 (Schostok), 74/5 (spw-Geschäftsführung)
- Sozialdemokratie, regional:** Berlin 68/9 (Schönberg); Bremen 65/17 (Möbbeck); Düren 66/12 (Vosen); Hamburg 65/14 (Umbach); Hessen 70/7 (Peter/Sprafke); Mecklenburg-Vorpommern 64/12 (Werner); Nordrhein-Westfalen 63/6 (Krämer), 69/7 (Krämer); Ostdeutschland 63/10 (Chung); 65/54 (Wöllersdorf), 67/10 (Wöllersdorf); Saarland 68/9 (Sonn); Sachsen 66/10 (Didier), 73/8 (Didier), 74/33 (Didier); Schleswig-Holstein 63/8 (Welti/Westphal), 65/18 (Westphal)
- Sozialdemokratie, SPD bundesweit/allgemein:** 66/22 (Saß), 67/4 (Peter), 67/8 (Wehr), 67/14 (Krämer), 67/18 (Machnig), 68/6 (von Larcher), 68/8 (Wehr), 68/10 (Rünker), 68/14 (Krämer), 69/12 (Dortmunder Appell), 69/12 (Bach/Heinz/Krämer), 69/14 (Krämer), 69/18 (Brosch-Guesnet), 70/11 (Möbbeck), 70/12 (Schostok/Zoerner), 70/32 (Schauzu), 71/6 (Umbach), 71/20 (Rudolph), 72/6 (Krämer/Schulze/Westphal), 72/9 (Saß), 72/10 (Seemann), 72/53 (Arenz/Peter), 73/38 (Brosch-Guesnet), 73/48 (Katzek/Spangenberg), 74/4 (Wehr), 74/6 (Arenz/Peter), 74/8 (Farthmann), 74/48 (von Oertzen), 74/52 (Raschke)
- Sozialpolitik:** 66/32 (Kurz-Scherf), 67/14 (Krämer), 67/18 (Machnig), 68/14 (Krämer), 70/44 (Graf), 71/6 (Umbach), 71/43 (Offermann), 72/48 (Offermann), 72/53 (Arenz/Peter), 74/25 (Linke)
- Sport:** 66/43 (Krauß)
- Stadtpolitik:** 72/22 (Borst/Krätke)
- Strukturwandel:** 65/20 (Kremer), 65/26 (Hemmer)
- Systemwandel/Transformationsprozesse:** 63/17 (Olczyk), 63/23 (Weiner), 64/16 (Hartmann), 64/26 (Sieling), 64/30 (Rünker/Unfried), 68/45 (von Finteln), 74/20 (Höppner), 74/25 (Linke), 74/28 (Karl)
- Technik/Technologischer Wandel:** 64/53 (Bimboes), 67/26 (Saß), 67/28 (Zielinski), 67/38 (Klotz), 67/14 (Hoofacker), 68/47 (Hoppe), 68/51 (Göll), 70/21 (Henseling), 70/32 (Schauzu)
- Triade:** 64/20 (Kremer), 69/22 (Bonder/Röttger)
- Umwelt/Ökologie:** 63/53 (Tjaden), 64/53 (Bimboes), 65/35 (Rüter), 66/4 (Müller), 68/52 (Leisewitz/Pickshaus), 70/20 (Sieling), 70/21 (Henseling), 70/27 (Düe/Strutynski), 70/40 (Burchardt), 72/19 (Spehr), 73/5 (Bimboes), 73/13 (Schaff), 74/12 (Glück), 74/14 (Arnold)
- UNO:** 63/32 (Frankfurter Kreis), 67/6 (Fuchs), 68/8 (Wehr), 70/8 (Seemann/Scharf)
- USA:** 63/39 (Göll), 65/44 (Fuchs), 66/14 (Trombach), 67/51 (Wallerstein), 67/54 (Barnet), 68/4 (Göll), 68/51 (Göll)
- Wahlen:** 65/12 (Stark), 65/14 (Umbach), 65/18 (Westphal), 66/16 (von Oertzen), 70/7 (Peter/Sprafke)
- Weltordnung/Internationales System:** 63/17 (Olczyk), 63/32 (Frankfurter Kreis), 63/35 (Koppe), 65/44 (Fuchs), 67/4 (Peter), 67/6 (Fuchs), 67/51 (Wallerstein), 67/54 (Barnet), 70/8 (Seemann/Scharf), 74/18 (Mendler)
- Weltwirtschaft:** 63/17 (Olczyk), 64/33 (Mármora/Messner), 65/19 (Mau), 65/35 (Rüter), 66/4 (Müller), 69/22 (Bonder/Röttger)
- Wirtschaft/Wirtschaftspolitik:** 63/53 (Tjaden), 64/20 (Kremer), 64/26 (Sieling), 64/55 (Stark), 64/57 (Störch), 65/20 (Kremer), 67/14 (Krämer), 67/18 (Machnig), 68/47 (Hoppe), 68/51 (Göll), 69/30 (Kremer), 70/20 (Sieling), 70/21 (Henseling), 70/27 (Düe/Strutynski), 70/40 (Burchardt), 70/44 (Graf), 70/49 (Krämer), 72/53 (Arenz/Peter), 73/13 (Schaff), 74/6 (Arenz/Peter), 74/8 (Farthmann), 74/12 (Glück), 74/14 (Arnold), 74/25 (Linke), 74/28 (Karl)
- Zivilgesellschaft:** 64/45 (Wardenbach), 66/54 (Kebir)

Einführung zum Schwerpunkt

von der spw-Redaktion

Zu den substantiellen Verbesserungen, die am SPD-Regierungsprogramm in den vergangenen drei Monaten vorgenommen werden konnten, gehört das 100.000-Dächer-Programm zur verstärkten Nutzung der Sonnenenergie. Hermann Scheer, Bundstagsabgeordneter und Parteivorstandsmitglied, v.a. aber Vorsitzender der Vereinigung EUROSOLAR, soll mit Recht sehr stolz auf den Erfolg seines Vorstoßes gewesen sein. Spektakulär war die Angelegenheit allerdings nicht, lag sie doch irgendwie im Schatten der innerparteilichen und der öffentlichkeitswirksamen Gefechtslagen. Nun, vielleicht trägt der Schwerpunkt dieses Heftes ein wenig dazu bei, die Bedeutung dieser Programmweiterung zu verstehen.

Dabei heißt dieser Heftschwerpunkt nicht „Solarenergie“, sondern „Solarwirtschaft“. Wir wollen hier nicht so sehr auf die verschiedenen konkreten Energietechnologien eingehen, die mit der Nutzung der Sonne verbunden sein können, sondern auf die stärker wirtschaftlichen Bedeutungszusammenhänge. Zuallererst wird Hermann Scheer eine ökonomisch-soziale Bilanz für die Sonnenenergie als dem zentralen Umbaukonzept aufmachen, was wir durch Auszüge aus seinem „Sonnenstrategie“-Buch ergänzen werden. Mit der Dokumentation des Vorschlages für eine kommunale Solar-Initiative wollen wir dann auf die verschiedenen sehr konkreten Aspekte einer derartigen „Sonnenstrategie“ hinweisen - ein breites Feld von Aktivitäten, das man in Verbindung mit dem 100.000-Dächer-Programm sehen muß. Der kurze Artikel zur Solarenergienutzung auf Cuba schließlich soll schlaglichtartig erhellen, welche Bedeutung dieser Energieform für eigenständige ökonomisch-soziale Entwicklungsperspektiven in den südlichen Erdteilen zukommen kann.

In dieser Einleitung zum Schwerpunkt sei zudem auf einige Querverbindungen zu anderen spw-Diskussionssträngen verwiesen. Zunächst einmal erscheint es uns wichtig, die Solarenergie im Kontext weltwirtschaftlicher Entwicklungen zu diskutieren. Es sieht so aus, als könnte sie einen Ausweg aus

dem Dilemma bieten, daß eine Industrialisierung außerhalb der kapitalistischen Metropolen unweigerlich zum Kollaps führen müßte, wenn sie auf den Wegen herkömmlicher Methoden des Energieeinsatzes stattfände. Auch deutliche weltweite Energieeinsparungen dürften nicht ausreichen, um dieser Problematik begegnen zu können. Eine darüberhinausgehende Politik des radikalen Konsumverzichts in den kapitalistischen Metropolen und des Verzichts auf Industrialisierung im Süden wiederum erscheint vollkommen illusionär, wird hier doch die Rechnung ohne die Menschen gemacht (so bitter diese Feststellung für einige vielleicht sein mag). Einen Ausweg könnte nur die maximal umweltverträgliche Nutzung einer unerschöpflichen Energiequelle bieten: Die Sonnenenergie bietet diese Möglichkeit. Sie zu nutzen und zu entwickeln wäre

Solarwirtschaft muß als zentrales Element des ökologisch-solidarischen Umbaus und eines darauf bezogenen new deals gesehen werden.

selbst ein Beispiel für eine international angelegte Industriepolitik neuen Typs - und nicht zuletzt für die konkrete Realisierung der Nord-Süd-Allianzen zwischen Wirtschaftsräumen des Nordens und des Südens, von denen in der spw ja schon mehrfach die Rede war.

Die Durchsetzung der Sonnenenergienutzung muß gerade in diesem Zusammenhang als zentrales Element des ökologisch-solidarischen Umbaus und eines darauf bezogenen new deals gesehen werden. Öko-Steuern sind ja „nur“ ein Instrument - und in den dominierenden Varianten, die ja nicht bei der Primärenergieerzeugung ansetzen, sondern am Endverbrauch, ein recht zweifelhaftes dazu. Notwendig sind Verständigungen über konkrete Ziele des Umbaus - die Umstellung auf die Entwicklung und

Nutzung regenerativer bzw. solarer Energiequellen gehört hier an die allererste Stelle. Hermann Scheer spricht in den zitierten Passagen seines Buches auch die Frage der Kräfteverhältnisse und der erforderlichen Bündnisse an, um die es beim Ringen um solarwirtschaftliche Durchbrüche geht. Die entsprechenden Ausführungen lassen sich in gleicher Weise für den ökologisch-solidarischen new deal insgesamt heranziehen. Deutlich wird dabei aber: Dieser deal darf kein reiner Verteilungsvertrag zwischen verschiedenen Einkommensschichten werden (wie in letzter Zeit v.a. diskutiert), sondern er muß einen produktiven Kern haben, zu dem es auch gehört, das Unternehmerlager bzw. das Kapital zu spalten und dort Bündnispartner zu gewinnen: Scheer wird da konkret - und dies ist auch über die Solarfrage hinaus als Methodik sehr lehrreich.

Schließlich lesen sich gerade diese Passagen auch so ähnlich wie die Formulierungen in der spw-Diskussion über eine zukünftige „Allianz produktiver Kräfte“ bzw. ein „Bündnis von Arbeit, Wissenschaft und Kultur“. Die Entwicklung der Solarwirtschaft stellt sich als ein umfassendes Umbauprojekt der Menschheit dar, für das in der Tat die produktiven Kräfte der Arbeit und der Wissenschaft mobilisiert werden müssen - und das auch der kulturellen und künstlerischen Inszenierung bedarf, nicht zuletzt um die Phantasie zu beflügeln, die einer solchen Mobilisierung vorausgesetzt ist. Für die kleine Spezies von sozialistischen Linken gehört zu dieser Phantasie - nebenbei bemerkt - vielleicht auch die bei Scheer durchklingende Vorstellung, daß eine Solarwirtschaft insgesamt andere gesellschaftliche Charakterzüge aufweisen werde als die heutige Wirtschaftsordnung. Hat die Solarwirtschaft möglicherweise etwas mit einem neuen Aufbruch zu sozialistischen Perspektiven zu tun?

Sonnenenergie - das zentrale sozialökologische Konzept

von Hermann Scheer*

Die Diskussion über Solarenergie spricht: die erneuerbaren Energien - wird merkwürdig kleinkariert geführt. Immer wieder wird betont, daß sie nur einen verhältnismäßig kleinen Beitrag zur Energieversorgung leisten könne, die Preise im Verhältnis zu herkömmlichen Energien zu hoch seien und die Verfügbarkeit unsicher sei, weil die Natur diese Energie unregelmäßig anbiete. In Wahrheit ist das natürliche Potential weit höher als der Verbrauch herkömmlicher Energien, und es ist unerschöpflich - erneuerbare Energie ist Energie für alle Zeiten. Die Preise lassen sich durch Massen- und Breitereinführung senken. Die Verfügbarkeit läßt sich durch einen Mix von sich ergänzenden verschiedenen erneuerbaren Energiequellen und durch Speicherung sicherstellen. Bereits jetzt, noch vor Beginn einer Massenproduktion, hat z.B. die Windenergie in günstigen Gegenden den Betriebspreis herkömmlicher Energiequellen erreicht, für die Biomasse gibt es ebensolche Beispiele, und auch die Photovoltaik wird durch Massenproduktion dahin kommen. Mit anderen Worten: die derzeit noch eng gefaßten Grenzen erneuerbarer Energien sind überwindbar, erst dann werden ihre Möglichkeiten voll zur Entfaltung gebracht werden können - bis hin zu einer vollständigen Energieversorgung aus erneuerbaren Energien.

Die entscheidende Frage ist eine andere: Was sind die politisch-ökonomischen Motive, die Grenzen zu überwinden? Diese Frage führt uns erst zu einem adäquaten Diskussionsansatz. Die Antwort auf diese Frage ergibt sich aus den politischen, sozialen und ökonomischen Vorteilen, die grundsätzlich von den erneuerbaren Energien für Wirtschaft und Gesellschaft erwachsen.

In der wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion war Nicolas Georgescu-Roegen mit seinem 1971 erschienenen Buch „The Entropy Law and the Eco-

nomie Process“ einer der ersten, der erkannte welche umfassenden Folgen der zweite thermodynamische Hauptsatz signalisiert, wenn wir dauernd wertvolle Stoffe umwandeln und Abfall entlassen. (Entropie ist eine physikalische Zustandsgröße, ein Maß der „Unordnung“ von Elementen eines Systems. Der sog. Entropiesatz besagt kurzgefaßt, daß in geschlossenen Systemen die Entropie nur wachsen kann, ein System sich also spontan - ohne Energiezufuhr von außen - stets in Richtung wachsender Unordnung bzw. der statistisch wahrscheinlicheren zufälligen Anordnung seiner Elemente entwickelt. Anm. der Red.) Er arbeitet heraus, daß die ständig weiter wachsende Umwandlung von Energie und Stoffen mit innerer Zwangsläufigkeit nicht zu einer ständig weiteren Erhöhung der Produktivität und der damit verbundenen Wachstumssteigerung führt, sondern daß dies eine existentielle Krise verursachen muß. Je mehr die begrenzten Vorräte ausgeschöpft werden, desto teurer ihre Förderung und desto umfangreicher die Folgeprobleme, die zu einer Flutwelle anwachsen. Die entwickelten Industriegesellschaften können sie eine Zeitlang - vor allem durch eine Globalisierung der Wirtschaftsprozesse - über andere schwappen lassen, aber die Flut kommt zurück. Die zunehmenden Kosten der wirtschaftlichen Reproduktion und der Reproduktionsbedingungen - nach Elmar Altvater (Vom Wohlstand und Mißstand der Nationen, Münster 1982) die „nichtproduktive Seite der Produktivitätssteigerungen“ - führen in die ökonomische und politische Dauerkrise: in den „Entropiestaat“, wie ihn Hazel Henderson treffend nannte.

Diese sozialen Kosten der herkömmlichen Energieversorgung sind inzwischen erkannt und teilweise wissenschaftlich berechnet worden. Der Volkswirt Olav Hohmeyer vom Fraunhofer Institut hat (in: The Social Costs of Electricity - Renewable versus Fossil and Nuclear Energy, 1992, Vol. 11) die sozialen Kosten für die Stromerzeugung - unter Berücksichtigung der Umwelt-

schäden, eines Ausbeutungszuschlags, der öffentlich bereitgestellten Güter und Dienstleistungen, der Subventionen und der öffentlichen Forschung und Entwicklung - 1992 auf 3,11 bis 15,96 Pfennig pro kWh bei der fossilen Stromerzeugung und auf 10,06 bis 70,13 Pfennig pro kWh bei der atomaren Stromerzeugung berechnet, die auf den Preis aufgeschlagen werden müßten. Umgekehrt ergebe sich demgegenüber ein sozialer Nettonutzen (wenn man die vermiedenen sozialen Kosten der konventionellen Elektrizitätserzeugung, der Umweltschäden, der makroökonomischen Nebeneffekte und öffentlicher Zahlungen berücksichtigt) bei der Photovoltaik zwischen 19,6 und 20,8 Pfennig pro kWh, der vom Betriebspreis abgezogen werden könnte. Bei der Windkraft liege der soziale Nettonutzen zwischen 15,6 und 16,8 Pfennig pro kWh. Doch in der Praxis bleibt der Zusammenhang mit den weit über die Energieversorgung hinausreichenden Folgen immer noch unberücksichtigt. Wir erleben anhaltende Blindheit gegenüber den wirtschaftlichen und sozialen Chancen der Sonnenenergie - und ein lautstarkes Getöse „wirtschaftlicher Sachverständiger“ gegen sie.

Der ökonomische und soziale Kostenvergleich

Die tatsächlichen sozialen Kosten der konventionellen Energien gehen also weit über die bisher berechneten hinaus, wenn das gesamte Energiesystem mit seinen umfassenden Auswirkungen betrachtet wird. Entsprechend hoch sind die sozialen Gewinne der Sonnenenergie.

1. Neue Arbeitsplätze

Sonnenenergienutzung ist arbeitsintensiv, man braucht mehr Arbeitsplätze! Die Einführung der Sonnenenergie bringt also eine Reduzierung der Arbeitslosigkeit und damit der sozialen Kosten der Arbeitslosigkeit. Das World Watch Institute hat ausgerechnet, daß für eine Stromerzeugung von 1000 Gigawattstunden im Jahr etwa durch

Verlierer und Gewinner des solaren Strukturwandels

Schwerer wiegt, daß klar abzusehen ist, was eine Massennutzung der Solarenergie auslösen wird: den wahrscheinlich umfassendsten wirtschaftlichen Strukturwandel, der jemals stattgefunden hat! Jeder wirtschaftliche Strukturwandel hinterläßt Gewinner und Verlierer. Oft steht nicht von vornherein fest, wer die einen und wer die anderen sein werden. Aber bei der Einführung der Solarenergie in großem Umfang stehen die Verlierer bereits von vornherein fest. Es sind in erster Linie die Anbieter der Primärenergien Öl, Kohle, Gas und der atomaren Brennstoffe, in zweiter Linie die bisherigen Erzeuger von Großanlagen zur Energieumwandlung sowie die Besitzer und kommerziellen Betreiber solcher Anlagen (S. 174).

Überdies gibt es in der Energiewirtschaft zahlreiche Verflechtungen, so daß manche Unternehmen von allen potentiellen Verlustgefahren unmittelbar betroffen wären. Ein erheblicher Teil dieser Unternehmen gehört ihren Staaten, die ein ökonomisches Interesse an den Unternehmensumsätzen haben und gleichzeitig auf hohe Steuereinnahmen aus dem Verbrauch dieser Energien angewiesen sind. Ölförderländer haben Anteile an Automobilfirmen, Ölmultis an der atomaren Industrie, die wiederum meistens auch die Fertigung von atomaren Brennstoffen

kontrolliert. Stromversorgungsunternehmen besitzen Mineralölkonzerne und haben Anteile am Kohlebergbau, Banken haben überall Anteile. Daraus - und aus der Tatsache, daß es sich um eine internationalisierte Struktur handelt - kann man sich bereits ein ungefähres Bild machen von der indirekten und direkten Einflußmacht dieses Netzwerks. Es verhält sich resistent gegenüber der Sonnenenergie, weil deren Eindringen in die Energiemärkte direkt zu Lasten der Auslastung ihrer Produktionsstätten und des Absatzes ihrer bisherigen Produkte ginge. Nicht nur die bisherige Zukunftsdimension eines ganzen Wirtschaftszweiges ginge verloren, sondern auch bereits eingesetztes Kapital würde in erheblichem Umfang liquidiert (S. 175).

Die potentiellen Gewinner einer Sonnenstrategie kann man ebenfalls bereits benennen: die Produzenten von solarer Energieumwandlungstechnik und die individuellen, kommunalen oder regionalen Betreiber. Der entscheidende Unterschied zwischen den potentiellen Verlierern und Gewinnern ist: Die Verlierer sind jetzt präsent und üben Einfluß aus, immerhin ist die Energiewirtschaft der westlichen Industrieländer die umsatzstärkste und am meisten internationalisierte der Weltwirtschaft. Die potentiellen einzelwirtschaftlichen Gewinner dagegen sind bisher kleine solartechnische Unternehmen oder wenig geförderte Abteilungen von Energiekonzernen, oder sie stehen bisher nur auf dem Papier (S. 176).

Windkraft mehr als fünfmal so viel Menschen beschäftigt, werden als durch Atomstrom.

Die erforderliche Beschäftigtenzahl würde zweifellos bei einer Massenproduktion von Sonnenenergieanlagen nicht mehr so hoch sein wie gegenwärtig. Aber dafür erfolgt mit deren Einführung eine durchgängige Mobilisierung neuer Entwicklungs- und Produktionsaktivitäten nicht nur für die Produktion von Anlagen zur Umwandlung von Sonnenenergie, sondern auch von solchen zur Nutzung der Sonnenenergie. Handwerk und Kleinindustrie erhalten neue Impulse.

2. Entlastung administrativer Kosten

Aufgrund der Umweltbelastungen und anderer Gefahren wachsen die ad-

ministrativen Eingriffe und damit die Kosten herkömmlicher Energieversorgung: Abgasgrenzwerte, Wärmedämmverordnungen, Smogverordnungen, technische Anleitungen zur Luftreinhaltung, Reaktorsicherheitsbestimmungen und Strahlenschutzgesetze sowie Abfallbeseitigungsvorschriften füllen die Gesetzbücher und Verordnungsblätter. Dies geht bis in den internationalen Bereich - etwa Vereinbarungen über den Schutz der Meere vor Energieabfällen oder die Kontrolle des atomaren Brennstoffkreislaufs. Zu all diesen Bestimmungen und Vorschriften gehört eine administrative Ausstattung zur Schadens- und Vollzugskontrolle. Das zunehmende Vollzugsdefizit weist auf

eine Zunahme der administrativen Kosten hin, die ebenfalls in keiner Energie-rechnung auftauchen.

Durch die Einführung der Sonnenenergie bietet sich dagegen die Chance, die administrativen Kosten reduzieren zu können. Zwar gilt das noch nicht für die Gegenwart, da es viele administrative Hemmnisse gegen Sonnenenergien gibt: durch Bausatzungen und Landschafts- und Naturschutzvorschriften, die - in Verkennung der ökologischen Gefahrenhierarchie - gegen die Installation von Sonnenenergieanlagen teilweise noch mehr Bedenken geltend machen als gegen herkömmliche Energieanlagen. Aber für Sonnenenergieanlagen bedarf es keiner besonderen Sicherheitsbestimmungen, keiner Abgasbegrenzungen, Entsorgungsvorschriften, Smogvorschriften und Meßstationen. Lediglich für die Nutzung der Biomasse braucht man einige administrative Regelungen, die aber nicht aufwendiger sein müssen als die gegenwärtig auf die Landwirtschaft bezogenen und die deshalb von den bestehenden Landwirtschaftsämtern wahrgenommen werden können.

Insgesamt ist Sonnenenergie eine Chance zur Entbürokratisierung. Je mehr Sonnenenergien eingeführt werden, desto geringer der administrative Aufwand für Staat und Unternehmen. Sonnenenergie ist damit ein Mittel zur Rationalisierung des öffentlichen Aufwands.

3. Devisengewinne und Subventionsabbau

Die herkömmlichen Energien verursachen bei den Importländern hohe Einkaufskosten und belasten damit die Zahlungsbilanz. Allein im Jahr 1990 hat die Europäische Gemeinschaft 60 Mrd. ECU für Ölimporte ausgegeben und 22 Mrd. ECU für Holz und Holzprodukte einschließlich Papier. Durch eine Mobilisierung der Sonnenenergien lassen sich in jedem Land die Anteile heimischer Energiequellen drastisch erhöhen. Sie bewirken so zum einen eine größere Energiesicherheit, zum anderen reduzieren sie die internationale Abhängigkeit. Darüberhinaus bringen sie die Chance zum drastischen Subventionsabbau in der Landwirtschaft mit sich.

4. Reduzierung militärischer Kosten

Dieser Gesichtspunkt gilt für die großen westlichen Energieverbrauchsländer. Ihr Interesse an einer Sicherung des Zugangs zu den billigen Ölquellen aus dem Nahen und Mittleren Osten ist der

* Hermann Scheer MdB, Remshalden, Mitglied des SPD-Parteivorstands, Präsident von EUROSOLAR, Verfasser des Buchs „Sonnenstrategie“, München 1993.

Hauptgrund für die über 60 Milliarden Dollar, die allein die USA für ihre militärischen Aufgaben in dieser Region bereitstellen. Der Golfkonflikt und -krieg 1990/91 hat alleine etwa 70 Mrd. US-Dollar gekostet, die in keiner Ölrechnung stehen. Diese Summe würde wahrscheinlich ausreichen, um die Grundlage für eine Unabhängigkeit von fossilen Ölimporten durch Pflanzentreibstoffe zu schaffen. Aber schon vor dem Golfkonflikt wurde in den USA ausgerechnet, daß die militärische Sicherung der Ölquellen - umgerechnet auf die importierten Ölmengen aus dem Mittleren Osten - 23,5 US-Dollar pro Barrel Öl ausmachen, also den privatwirtschaftlichen Einkaufspreis mehr als verdoppeln. Diese Kosten steigen für die NATO gegenwärtig eher weiter an: Deren neue Strategien zur Bildung schneller Eingreiftruppen, die selbst nach dem Ende des Ost-West-Konflikts einer deutlichen Reduzierung der Rüstungsbudgets im Wege stehen, werden vorwiegend mit den neuen Instabilitäten und Gefahren in den Ölförderregionen des Mittelmeerraums und des Mittleren Ostens begründet. Mit der Mobilisierung der Sonnenenergien reduzieren bzw. erledigen sich auch die offiziellen Prämissen für diese Kosten.

Die Kosten der fossilen und atomaren Energien steigen darüberhinaus durch die zunehmenden Gefahren der Weiterverbreitung atomarer Waffen über den Umweg ziviler Atomtechnologie ständig. Auch die weitere Stabilisierung feudaler Staatsstrukturen in Ölförderländern - als Gegenleistung für großzügige Energielieferungen zu günstigen Preisen - und die daraus resultierenden sozialen Spannungen gehen auf die Kostenrechnung des herrschenden Energiesystems, ebenso wie die auf den Energiemangel in Entwicklungsländern zurückgehenden sozialen Katastrophen und die dadurch erzeugten Flüchtlingsströme. Dem ließe sich durch die eindeutige und massive Prioritätenänderung zugunsten der Sonnenenergien abhelfen.

5. Landschaftsgewinne

Sonnenenergien reduzieren bei ihnen gemäßem ökonomischem Einsatz die Flächenkosten - was gleichbedeutend ist mit einem geringeren Verbrauch an Landschaft, als man ihn für die herkömmlichen Energien braucht! Wo große Anlagen errichtet und Energiepflanzen angebaut werden, ist bei Beachtung des Vorrangs der Nutzung degradiert

Flächen sogar ein Gewinn an biologischer Landschaftsvielfalt möglich. Indem man mit der gezielten Nutzung der Sonnenkraft synchron Bewässerungssysteme anlegt, kann man die - auch im Wüstenboden - verborgen liegenden Pflanzenkulturen mobilisieren und der Artenvernichtung eine Artenvitalisierung entgegensetzen. Wenn Solarzellen auf den Dächern und Windkraftanlagen auf Weideflächen die herkömmlichen Kraftwerke einschließlich

senhaft erhöht. Arbeitsplätze im Bereich der Energieförderung und -bereitstellung, einschließlich des Transports und der Verteilung, werden reduziert und durch produktive Tätigkeiten bei der Sonnenenergieanlagenproduktion und im installierenden Handwerk ersetzt. Damit verbunden ist die Chance zu einer wirtschaftlichen Trendumkehr: von Dienstleistungstätigkeiten zurück zu produktiven Tätigkeiten. Dieser Trend wird dadurch noch begünstigt, daß mit



der Förderfelder für Primärenergie ersetzen, entstehen Landschaftsgewinne statt zusätzlichem Landschaftsverbrauch!

Da für die Sonnenenergienutzung die Grenzen wirtschaftlichen Wachstums nicht gelten, weil die Energienutzung - je mehr sie sich verbreitet - den Widerspruch zwischen Wirtschaftswachstum und Naturzerstörung überwindet, entsteht daraus eine neue wirtschaftliche Eigendynamik. Es gibt keinen größeren potentiellen Markt als den für Solartechnologien, und bisher liegt er nahezu vollständig brach. Ganz neue Industriebereiche können hier entstehen, denen keine grundsätzlichen Akzeptanzprobleme in der Gesellschaft im Wege stehen, wie das bei den herkömmlichen Produktionsschwerpunkten zunehmend der Fall ist. Damit ist eine neue Investitionssicherheit gewährleistet.

Der durch die Einführung der Sonnenenergie ausgelöste wirtschaftliche Strukturwandel wird davon geprägt sein, daß sich die Zahl der wertschöpfenden Arbeitsplätze wieder mas-

der immer größeren Zahl der Energie-selbstversorger ein weiteres Element bisheriger unproduktiver Dienstleistungstätigkeiten reduziert wird. Ähnliches gilt für den Bereich der Gesundheitsversorgung, da ohne Zweifel die Sonnenenergien das allgemeine Gesundheitsniveau erheblich steigern werden. Eine Kostenschätzung für die USA hat ergeben, daß die herkömmliche Energieversorgung pro Jahr Korrosionsschäden in Höhe von 2 Mrd. Dollar verursacht, Gesundheitsschäden zwischen 12 und 82 Mrd., Ernteschäden zwischen 2,5 und 7,5 Mrd., militärische Sicherungskosten zwischen 15 und 60 Mrd., Arbeitslosenkosten in Höhe von über 30 Mrd. und Subventionen in Höhe von 55 Mrd. Dollar - zusammen also versteckte Kosten zwischen 116 und 236 Mrd. Dollar, je nachdem, ob man streng oder weniger streng rechnet.

Das herrschende Energiesystem erzeugt - neben den langfristigen Umweltschäden - eine Reihe weiterer Zukunftskosten. Dies gilt insbesondere für die Verbrennung und damit Vernichtung

von Naturressourcen, die auch für nichtenergetische Zwecke eine substantielle Bedeutung haben, etwa für Industriematerialien und Arzneimittel. Sonnenenergien sind nicht der einzige, aber wohl der bedeutendste Faktor zur Ressourcenschonung, der künftige Brüche in vielen Industriezweigen vermeiden helfen wird. Sie vermitteln die Chancen zur ökonomischen und ökologischen Humanisierung der industriellen Revolution und zu administrativen und sozialen Reformen, die unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht mehr realisiert werden können. Doch selbst eine rein betriebswirtschaftliche Betrachtung der Sonnenenergie zeigt, daß die These von den höheren betriebswirtschaftlichen Kosten der Sonnenenergie nur noch vorläufig gültig ist.

Mögliche betriebswirtschaftliche Vorteile der Sonnenenergie

Jede Technologie hat ihre eigenen wirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten. Deshalb sind all diejenigen ökonomischen Analysen nicht besonders aussagekräftig, die lediglich die Endpreise der verschiedenen Energieträger vergleichend gegenüberstellen, ohne die Zusammensetzung ihrer jeweiligen Kostenfaktoren und deren wirtschaftliche Optimierbarkeit zu beachten. Eine detaillierte Betrachtung dieser Kostenfaktoren öffnet den Blick auf eine überraschende Möglichkeit: daß künftig sogar betriebswirtschaftliche Vorteile der Sonnenenergie möglich werden!

1. Die Nichtanwendbarkeit des Skalengesetzes auf die Sonnenenergienutzung

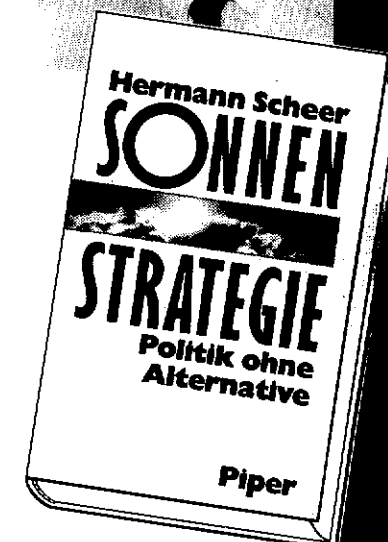
Nach dem ökonomischen Skalengesetz sinken mit der Konzentrierung der Energieumwandlung auf größere Anlagen die anteiligen Anlagekosten (Betriebsinfrastruktur, Management), und werden dadurch die Kosten reduziert. Deshalb ist beispielsweise die Stromerzeugung in wenigen großen Kohlekraftwerken billiger als in vielen kleinen, weshalb es zu einem stetigen Trend zu Großkraftwerken kam. Zentralisierung bewirkt zwar in mancher Hinsicht auch Mehrkosten, z.B. in der Verteilung, aber sie werden durch die sinkenden Produktionskosten überkompensiert. Voraussetzung ist die Möglichkeit, große Mengen von Primärenergie zu einem Produktionsstandort

transportieren zu können - und zwar solcher Primärenergien, die eine hohe Energiedichte haben, also ein großes Energiepotential in einem verhältnismäßig kleinen Volumen. Die mangelnde Energiedichte der in breiter Streuung angebotenen Sonnenenergie gilt demgegenüber als ihr entscheidendes ökonomisches Handicap.

Dabei wird übersehen, daß das ökonomische Skalengesetz nur zum Teil auf die Umwandlung der Sonnen-Primärenergie in eine Sekundärenergie angewandt werden kann. Das Skalengesetz gilt in vollem Umfang für die Herstellung von Sonnenenergie-technik in großen Serien, aber nicht für den Einsatz dieser Techniken. Die Gründe dafür sind von Barry Commoner in seinem Buch „Radikale Energiewirtschaft“ (München 1980, S. 105f.) so beschrieben worden: „Da die Sonne nebenan genauso scheint wie hier, wird eine Anlage zur Energiegewinnung einfach dadurch vergrößert, daß die lichtempfindliche Fläche vergrößert wird, seien das nun Spiegel für eine zentrale Dampfturbine, Kollektoren für die Raumheizung, Solarzellen zur Stromversorgung oder Getreidefelder zur Treibstoffgewinnung. Jeder Spiegel, jeder Kollektor, jede Solarzelle, jedes Getreidefeld ist so wirksam wie sein Nachbar. Deshalb hängt die Wirtschaftlichkeit kaum von der Größe der Anlage ab: Hier gilt kein ökonomisches Skalengesetz. Abgesehen von kleineren Einsparungen bei der Wartung produziert deshalb eine große zentrale Sonnenenergieanlage die Energie nicht billiger als viele kleine. Da aber bei der Dezentralisierung die Verteilungskosten entfallen oder sich stark verringern, ist es wirtschaftlicher, kleine Anlagen zu bauen. Kein künftiger technischer Durchbruch kann diese Tatsache aus der Welt schaffen!“

Zwar gibt es bei einigen Sonnenenergie-trägern Unterschiede, die diesen Aspekt modifizieren: Bei der solarthermischen Wärmeerzeugung sind Gemeinschaftsanlagen für etwa 500 Häuser wirtschaftlicher als 500 Einzelanlagen, weil die Wärmespeicherung für Gemeinschaftsanlagen einfacher und billiger wird; bei Biogasanlagen kann eine Zentralanlage für ein Dorf ökonomisch günstiger sein als 100 Einzelanlagen. Aber auch diese größeren Anlagen sind, verglichen mit wirklichen Großkraftwerken, noch dezentral zu nennen. Bei solarthermischen Strom-

WARUM ES ZUR SONNENENERGIE KEINE ALTERNATIVE GIBT



Für Hermann Scheer, Präsident der europäischen Sonnenenergievereinigung »Eurosolar«, ist die anhaltende Ignoranz gegenüber den Chancen der Sonnenenergienutzung ein »Jahrhundertversäumnis«. Er stellt dem »Weltkrieg gegen die Natur« eine politische Sonnenstrategie entgegen. Diese zielt auf eine vollständige Ablösung atomarer und fossiler Energien durch die unerschöpfliche Sonnenenergie. Die Realisierung dieses Konzepts ist weder ein technisches noch wirtschaftliches Problem, sondern ein politisches. Scheer arbeitet in diesem Buch die tatsächlichen Widerstände gegen die Realisierung der Sonnenstrategie heraus und entwickelt konkrete Handlungsrezepte. Sein realistisches Plädoyer für die Sonnenenergie zeigt, daß ein dauerhafter »Friedensvertrag mit der Natur« möglich ist.

304 Seiten
mit 11 Abb.
und 14
Tabellen.
DM 36,-

PIPER

Täglich links:

Junge Welt

Die Tageszeitung

Jetzt im Test-Abo:
Die ganz neue Art Tageszeitung

Ja ich bestelle
die "Junge Welt"

für 4 Wochen zum Test-Preis von 15 DM
(nur Vorkasse/Scheck, Briefmarken, bar).

Name

Str./Nr.

PLZ/Ort

Unterschrift

Das Test-Abo darf einmalig wahrgenommen werden. Wird der Bezug nicht vor Ablauf der 3. Testwoche gekündigt, wandelt sich das Test-Abo in ein reguläres Abonnement um. Ich kann diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen nach Absendung (Poststempel) schriftlich widerrufen bei: Junge Welt-Vertrieb, Am Treptower Park 28-30, 12435 Berlin

Datum/
2. Unterschrift

Coupon und 15 DM einsenden an: Junge Welt, Postfach 39, 12414 Berlin

Energiestreit statt Energiekonsens

Es ist nicht zu verantworten, den Zeitpunkt einer Masseneinführung von Sonnenenergie-Technologien davon bestimmen zu lassen, wann dieser mit der Einführungsbereitschaft der dominierenden Träger der Energiewirtschaft übereinstimmt - zumal es für die Gesamtheit der Investitionskreisläufe im Energiesektor einen für alle gleichermaßen optimalen Zeitpunkt nicht geben kann. Den Strukturwandel im Energiesektor im „Konsens“ erzielen zu wollen, bedeutet einen immer schmerzhafter werdenden Aufschub. „Energiekonsens“ ist ein Schutzbegriff für die möglichst lange Weiternutzung herkömmlicher und die Abwehr erneuerbarer Energien. Die Durchsetzung der Sonnenenergie gegen die hartnäckigen Widerstände und Desinformationen des herrschenden Energiesystems verlangt **Energiestreit**. Ohne den jahrelangen Streit gegen die Atomkraft wären beispielsweise inzwischen deutlich mehr Atomkraftwerke mit den entsprechenden Hypothesen für die Allgemeinheit in Betrieb. (S. 183)
Statt sich weiter um den Konsens mit allen Interessen in der Energiewirtschaft zu bemühen, was im Sinne einer ambitionierten Sonnenstrategie offenkundig Nonsens ist, muß diese Strategie versuchen, die Energiewirtschaft zu **spalten!** Sieht man sich die verschiedenen Motive für die Verharrung in den gegebenen Strukturen an, so zeigt dies, daß Anlagenproduzenten und kommunale und regionale Energieversorgungsunternehmen sowie neue Kapitalgesellschaften und Unternehmen bzw. Unternehmensformen auf der Seite der Produzenten und Nutzer von Solartechnologien das größte Interesse an einer Sonnenstrategie haben müßten. Sie sind die potentiellen Gewinner, deren Interessen mit denen der Allgemeinheit in Einklang gebracht werden können und müssen. Für eine antimonopolistische, antifossile und antiatomare Orientierung brauchen sie solange Rückendeckung, wie sie noch keine eigene durchsetzungsfähige Stellung im ökonomischen Interessenkampf haben. Ohne diese Rückendeckung bleibt die Marktmacht der sich um die herkömmlichen Energiequellen tummelnden Energiewirtschaft noch für eine unverantwortlich lange Zeit gleichbedeutend mit ihrem Marktversagen, was die Sonnenenergien angeht. (S. 186)

Es ist nicht zu verantworten, den Zeitpunkt einer Masseneinführung von Sonnenenergie-Technologien davon bestimmen zu lassen, wann dieser mit der Einführungsbereitschaft der dominierenden Träger der Energiewirtschaft übereinstimmt - zumal es für die Gesamtheit der Investitionskreisläufe im Energiesektor einen für alle gleichermaßen optimalen Zeitpunkt nicht geben kann. Den Strukturwandel im Energiesektor im „Konsens“ erzielen zu wollen, bedeutet einen immer schmerzhafter werdenden Aufschub. „Energiekonsens“ ist ein Schutzbegriff für die möglichst lange Weiternutzung herkömmlicher und die Abwehr erneuerbarer Energien. Die Durchsetzung der Sonnenenergie gegen die hartnäckigen Widerstände und Desinformationen des herrschenden Energiesystems verlangt **Energiestreit**. Ohne den jahrelangen Streit gegen die Atomkraft wären beispielsweise inzwischen deutlich mehr Atomkraftwerke mit den entsprechenden Hypothesen für die Allgemeinheit in Betrieb. (S. 183)
Statt sich weiter um den Konsens mit allen Interessen in der Energiewirtschaft zu bemühen, was im Sinne einer ambitionierten Sonnenstrategie offenkundig Nonsens ist, muß diese Strategie versuchen, die Energiewirtschaft zu **spalten!** Sieht man sich die verschiedenen Motive für die Verharrung in den gegebenen Strukturen an, so zeigt dies, daß Anlagenproduzenten und kommunale und regionale Energieversorgungsunternehmen sowie neue Kapitalgesellschaften und Unternehmen bzw. Unternehmensformen auf der Seite der Produzenten und Nutzer von Solartechnologien das größte Interesse an einer Sonnenstrategie haben müßten. Sie sind die potentiellen Gewinner, deren Interessen mit denen der Allgemeinheit in Einklang gebracht werden können und müssen. Für eine antimonopolistische, antifossile und antiatomare Orientierung brauchen sie solange Rückendeckung, wie sie noch keine eigene durchsetzungsfähige Stellung im ökonomischen Interessenkampf haben. Ohne diese Rückendeckung bleibt die Marktmacht der sich um die herkömmlichen Energiequellen tummelnden Energiewirtschaft noch für eine unverantwortlich lange Zeit gleichbedeutend mit ihrem Marktversagen, was die Sonnenenergien angeht. (S. 186)

kraftwerken ist eine räumliche Verdichtung der Kollektoren ökonomischer, nicht wegen der besseren Wirkung der Kollektoren, sondern weil große Turbinen und Strahlungsempfänger produktiver arbeiten. Doch auch Turbinen mit einer Umwandlungsleistung von mehr als 300 MW ergeben keine weiteren kostensenkenden Vorteile mehr.

Aber bei allen Formen der Direktumwandlung von Sonnenlicht oder Wind in Strom oder von Sonnenkraft in Wärme ist das Skalengesetz eben nicht wirksam. Große Anlagen machen die Sonnenenergienutzung teurer als notwendig. Daraus ergeben sich für ihre ökonomische Nutzung zwangsläufig andere Strukturen der Energiewirtschaft! Man kann ohne ökonomische Einbuße dezentral bleiben und sich sogar die Zentralisierungskosten eines überregionalen Verteilungsnetzes sparen. Es ist Aufgabe einer wirklich problem- und techniknahen Wirtschaftswissenschaft, diese unbezweifelbare betriebswirtschaftliche Grundannahme der

Sonnenenergie wissenschaftlich zu quantifizieren.

2. Energieeffizienz und Wirkungsgrad

Spricht man von Energieeffizienz, meint man in der Regel den Wirkungsgrad einer Energieumwandlung im Verhältnis zur eingesetzten Primär- oder Sekundärenergie. Dabei wird der „geringe“ Wirkungsgrad der noch jungen Solartechnologien als Nachteil hingestellt. Doch es wird oft ein Faktor übersehen: Sonnenenergie hat den einzigartigen Vorteil, daß man sie für jeden Bedarf zielgerecht und damit in denkbar bester Effizienz einsetzen kann. Die Ineffizienz herkömmlicher Kraftwerke liegt vor allem darin, daß zur Erzeugung von Sekundärenergie hohe Temperaturgrade notwendig sind, die wiederum in den Worten Commons („Energieinsatz und Wirtschaftskrise“ 1977, S. 180) - „weit über den energiebedürftigen Aufgabenanforderungen liegen, so daß die thermodynamische Qualität der Energie in dem Prozeß verschwenderisch degradiert

wird. Im Gegensatz dazu kann Sonnenenergie ohne weiteres auf jede gewünschte Temperatur gesteigert werden, indem sie konzentriert wird, und das kann thermodynamisch auf jede gegebene Aufgabe genau zugeschnitten werden. Der Grund liegt eben darin, daß die thermodynamische Qualität der aktuellen Sonnenstrahlung von der Temperatur der Quelle bestimmt wird, die sie aussendet. In diesem Fall ist die Quelle die leuchtende Oberfläche der Sonne, die eine Temperatur von ungefähr 5500 Grad Celsius aufweist. Die niedrige Temperatur, die die direkte Sonnenstrahlung erzeugt, wenn sie an der Erdoberfläche absorbiert wird, bedeutet ja nicht, daß die Qualität der Energie unterwegs gesenkt wurde. Dies bedeutet vielmehr, daß sich die Energie auf ihrer langen Reise von der Sonne aus gewaltig ausgebreitet hat. Alles, was wir brauchen, um solare Energie zu jeder gewünschten Temperatur bis zu den 5500 Grad Celsius der solaren Quelle zu liefern, ist deren Konzentration von einer ausreichend großen Fläche aus.“

Sonnenenergienutzung bedarf also keiner ineffizienten Produktion überschüssiger Wärme, die nur zum Teil als Abwärme genutzt werden könnte. Bei herkömmlichen Anlagen bedeutet die Steigerung der Effizienz eine Verringerung von Energieverlusten, bei Sonnenenergie eine Steigerung der Energiegewinne. Hier liegt ein sehr viel größeres Potential zur betriebswirtschaftlichen Effizienzsteigerung, was besonders spürbar werden wird bei den deutlich niedrigeren bzw. gar nicht anfallenden Kosten der Kraftwerkskühlung und bei der Nutzung solarthermischer Energie für industrielle Prozeßwärme. Der letztgenannte Bereich ist bisher in viel zu geringem Maße in die Erörterungen künftiger solarer Energiestrukturen einbezogen worden.

3. Betriebs- und Managementkosten

Die Betriebs- und Managementkosten - in der betriebswirtschaftlichen Sprache zu den variablen Kosten zählend - beziehen sich auf die von der Marktentwicklung abhängenden Kosten für Rohenergie (Öl, Gas, Kohle, Uran) und aufbereitete Energie (raffiniertes Treibstoff, atomare Brennstäbe), auf die Entsorgungskosten (abgebrannte atomare Brennstäbe, Ölschlämme, Schlacken), und auf Transportkosten, Ausfallkosten und Personalkosten. Diese Kosten können bei herkömmlicher

Energie zwar durch Wettbewerb und neue Verfahren gesenkt, aber nicht vollständig vermieden werden. Bei den Sonnenenergien sind sie dagegen teilweise vollständig vermeidbar bzw. sehr viel weitgehender reduzierbar. Ihre Kalkulationssicherheit ist außerdem deutlich höher.

Wind und Sonnenstrahlen kosten nichts - Kosten fallen immer durch die Anlagen an. Auch Bioabfall ist kostenlos oder sogar bringt dem Betreiber sogar Einnahmen. Außer bei einigen Nutzungsarten der Biomasse (Energiepflanzen) muß die Energie auch nicht aufbereitet werden. Abfallentsorgungskosten entfallen. Ausfallkosten fallen nicht ins Gewicht: Wenn eine einzelne Windkraftanlage ausfällt, laufen die anderen weiter; bei Solarzellen- und Kollektoranlagen fallen vielleicht einmal einige Module aus, aber selten - und dann nur für kurze Zeit - die gesamte Anlage; die Wartung kann jeweils schnell erfolgen. Transportkosten für Primärenergie bei dezentralen Anlagen der Biomassenutzung entstehen nur für kurze Strecken. Auch die Verteilungskosten von Strom können - außer bei solarem Importstrom - stark reduziert werden; lediglich bei Wasserstoff fallen mit dem Gas vergleichbare Transportkosten an. Gerade

die Transportkosten fallen in erheblicher Weise ins Gewicht und sind eine betriebswirtschaftlich belastende und volkswirtschaftlich „schädliche Redundanz“. Großkraftwerke haben ein dreifaches leitungsgebundenes Transportsystem, was höhere Energieverluste und höhere Kosten für die Bereitstellung von Energie verursacht.

Besonders hervorzuheben ist, daß es bei Sonnenenergien teilweise die Möglichkeit gibt, sogar auf laufende Personalkosten zu verzichten: wenn der Hauseigentümer die Anlagen an seiner Fassade oder auf seinem Dach hat, oder wenn der Landwirt eine Windkraftanlage oder eine Biogasanlage auf seinem Land betreibt. In all diesen Fällen ist der Betrieb in die sonstigen Tätigkeiten integriert, es müssen lediglich gelegentliche Wartungskosten bezahlt werden - vergleichbar der Inanspruchnahme eines Handwerkers. Diese Möglichkeiten hat kein Kraftwerksunternehmen, das solche Anlagen betreibt. Da der Energieertrag, wie wir gesehen haben, bei dezentralen Anlagen nicht geringer als bei großen Anlagen mit einem entsprechenden Unternehmensapparat ist, sind dezentrale Anlagen selbständiger Betreiber - wenn sie ihren Ertrag zu fairen Preisen ins Netz einspeisen - betriebs-

Eine gesellschaftliche Bewegung für die solare Wende

Die Befürworter der Sonnenenergie müssen aus ihren Erfahrungen lernen: Nicht durch Selbstbeschränkung auf kleine Schritte wird die Motivation gesteigert, sondern durch die offensive Forderung nach großen Schritten verbunden mit dem Anspruch, die umfassend wirkende Alternative zu vertreten und nicht nur ein zusätzliches Element der Energieversorgung. Dieser Anspruch markiert den Übergang von einem Aspekt innerhalb des alten Energiesystems zum Konzept eines neuen Energiesystems und damit zu einem neuen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem: den Übergang von einer „Sonnentaktik“ zu einer Sonnenstrategie. Zu großen Alternativen läßt es sich besser mobilisieren als zu kleinen. Es ist ein weitverbreiteter Irrtum, daß kleine politische Schritte generell leichter zu realisieren seien als große. (S. 289)

Nur durch Beschleunigungsdruck und unabhängige Initiativen von unten in der Gesellschaft wird die Sonnenstrategie noch rechtzeitig zur Entfaltung kommen. Die Erfahrung lehrt, daß dazu die Impulse und die Herausforderung durch eine außerparlamentarische Bewegung nötig sind. Ihr zielstrebiges Engagement für eine Sonnenstrategie kann neue Kräfte freisetzen. Heute ist viel klarer sichtbar als noch in den 70er Jahren, daß es eine politisch und wirtschaftlich mobilisierungsfähige Alternative gibt, und das verleiht der sozialkulturellen Bewegung für die Sonnenenergie ihre Stärke. Sie kann eine konkrete und umfassende Alternative benennen. Eine solche Bewegung wird es schaffen, den kulturellen Umbruch zu einer neuen geistigen Verfassung in der Gesellschaft auszulösen, aus der neue politische Initiativen entspringen werden ebenso wie neue unternehmerische Ansätze, eine neue Architektur ebenso wie zahlreiche individuelle Entscheidungen für die Nutzung der Sonnenenergie. (S. 291)

wirtschaftlich von großen Unternehmen nicht zu verdrängen. Sie arbeiten billiger - eine Umkehrung aller bisherigen Erfahrungswerte!

4 Der Energiekettenvorteil

Betrachten wir unter Berücksichtigung vor allem der Betriebs- und Managementkosten die jeweilige spezifische Energiekette verschiedener Träger, so werden die potentiellen betriebswirtschaftlichen Vorzüge der Sonnenenergien noch deutlicher. Die Länge der Energiekette bestimmt sich aus den einzelnen kostenwirksamen Gliedern der Energiebereitstellung von der Förderung bis zum Endverbrauch. Die Atomkraft hat mindestens sechs Kettenglieder: Uranbergbau - Urantransport - Herstellung der Brennelemente - Transport der Brennelemente - Stromerzeugung - Entsorgung des atomaren Mülls - Stromverteilung. Die Ölverbrennung hat fünf: Förderung des Rohöls - Transport - Raffinierung - Entsorgung - Verteilung. Der Kohlestrom hat ebenfalls fünf: Bergbau - Transport - Verstromung - Entsorgung - Verteilung. Die Sonnenenergien, mit Ausnahme mancher Formen der Biomassenutzung haben demgegenüber weniger Glieder in ihrer kommerziellen Energiekette. In der Re-

gel gibt es nur zwei Stufen: Sonnenenergieumwandlung in der Anlage und Verteilung. Betriebswirtschaftlich kann der große Betreiber mit den kleinen Betreibern bei gleicher technischer Optimierung der Sonnenenergieanlage nicht konkurrieren! Die Sonnenenergien sind also aufgrund geringerer Kostenfaktoren dazu prädestiniert, die herkömmlichen Energien betriebswirtschaftlich abzuhängen. Die entscheidende Voraussetzung ist allerdings, daß die greifbar möglichen technischen Entwicklungen forciert werden und der Sprung in die Massenfertigung erfolgt.

Würden alle direkten und indirekten Subventionen einschließlich der bereitgestellten Infrastruktur für die herkömmlichen Energieträger - und dies in allen Elementen der Energiekette - gestrichen bzw. im Energiepreis berechnet, so würde dies wahrscheinlich schon jetzt zu überraschend negativen betriebswirtschaftlichen Resultaten führen.

Was liegt da also - alle potentiellen sozialen und wirtschaftlichen Gewinne der Sonnenenergie vor Augen - näher, als die Chance zu ergreifen, mit neuen Produkten auf Märkte zu zielen, die aufgrund des objektiven Bedarfs umfangreicher sind als etwa der der Auto-

mobilindustrie, wobei diese Produkte zu einer Verringerung der bürokratischen Dienstleistungen führen und die Staats Haushalte entlasten können? Wenn politische Initiativen zur Belebung der wirtschaftlichen Aktivitäten notwendig sind: Was ist dazu geeigneter als die Sonnenenergie, deren Einsatz keine sozialen Folgeschäden hervorruft?

Die Nutzung der Sonnenenergie führt zu mehr als umweltfreundlicher Energieversorgung. Sie führt zur Basisinnovation der Industriegesellschaft und ist die reale Grundlage einer sozialwirtschaftlichen Entwicklung in der „Dritten Welt“, die keine Kopie der bisherigen Wachstumsökonomien darstellt. Sie führt zur Dezentralisierung der gesellschaftlichen Strukturen und macht diese resistenter gegen Krisen. Sie erhöht die Autonomie und ist dennoch sozialer. Sie ist deshalb ein historisches Projekt, die zweite industrielle Revolution, die die Vorteile der ersten verlängerbar macht, uns von deren Nachteilen befreit und diese Entwicklung für die Weltgesellschaft verallgemeinbar macht.

Diese und die anderen hervorgehobenen Textstellen sind entnommen H. Scheer: Sonnenstrategie, München 1993

Erneuerbare Energien für die Schulen Kubas

Eine bisher einzigartige Aktion zur Einführung erneuerbarer Energien, die von der Euroäischen Sonnenenergievereinigung EUROSOLAR vorbereitet ist und koordiniert wird, läuft jetzt an: Die vollständige Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien an 750 ländlichen Schulen in Kuba. Hier ergeben sich auch neue Möglichkeiten für konkrete Solidaritätsarbeit. Der folgende Kurzartikel ist der Zeitschrift DAS SOLARZEITALTER Nr. 4/93 entnommen.

Dieses Projekt unterscheidet sich von anderen Entwicklungsprojekten, wie sie bisher üblich sind, in mehrfacher Hinsicht:

- Es stellt die Nutzung der Sonnenenergie in den Mittelpunkt, ausgehend von der Grundüberlegung, daß die erneuerbaren Energien im Zentrum künftiger Entwicklungspolitik stehen müssen. Sie führen nicht nur zu einem Gleichgewicht unseres Energieverbrauchs mit der Natur, sondern auch zu einer unabhängigen Energieversorgung als Vorbedingung jeder selbständigen Entwicklung in der sogenannten Dritten Welt.

- Das Projekt stellt die Jugend und ihre Zukunftschancen in den Mittelpunkt. Es verbindet die Bereitstellung von angepaßten Solartechniken mit der pädagogischen Arbeit, der jungen Generation zu vermitteln, ihr Leben in den Rhythmus der Naturkreisläufe zu stellen. Solarenergie wird Teil des Lernens und Lehrens.

- Das Projekt zielt nicht darauf ab, Solartechniken aus Europa in Kuba hinzustellen. Stattdessen werden die Schüler so weit wie möglich in die Fertigung und Installation von Solartechniken einbezogen. Dadurch steht es in Verbindung mit praktischer technischer Ausbildung und führt zu niedrigeren Kosten. Es stellt sicher, daß sich die Schule damit identifiziert.

Warum in Kuba?

Kuba ist eine grüne Insel. Alle natürlichen Voraussetzungen sind hier gegeben, die Energieversorgung vollständig

auf Sonnenenergie umzustellen: auf die Nutzung der Sonnenstrahlung, der Laufwasserkräfte, der Biomasse, des Windes. Kuba wird von vielen politisch angefochten, und es ist, besonders in den letzten Jahren, international isoliert worden aufgrund seiner politischen und ökonomischen Strukturen. Wer immer über diese Strukturen redet, darf den politischen Druck und das Embargo nicht übersehen, denen dieses Land seit 35 Jahren ausgesetzt ist - weil es sich mit seiner Revolution gegen soziale Ausbeutung und koloniale Unterdrückung zur Wehr setzte.

Kuba erhält heute von niemandem staatliche Entwicklungshilfe und von niemandem Entwicklungskredite, weil es nicht den westlichen Demokratie-

Eine breite Nutzung der Solarenergie kann Kuba zu einem Modell für eine neue Entwicklung machen.

vorstellungen entspricht. Doch die meisten Entwicklungsländer, die auf andere Art diesen Demokratievorstellungen nicht entsprechen, erhalten Entwicklungshilfe und Entwicklungskredite. Im Unterschied zu diesen hat Kuba ein für die gesamte Dritte Welt - und auch für viele andere aus der sogenannten entwickelten Welt - beispielhaftes Bildungs- und Gesundheitssystem. Bildung und medizinische Versorgung gehören zu den elementaren Menschenrechten. Eine weitere Isolierung Kubas gefährdet diese Menschenrechte - vor allem die der Jugend, der heute überall in der Welt immer mehr Zukunftslasten aufgebürdet werden. Kuba wird sich demokratisieren und sich gemischtwirtschaftlich reformieren. Aber es muß die Chance haben, dabei eigene Wege zu gehen und die sozialen Errungenschaften zu erhalten.

Aufgrund seines Bildungssystems ist Kuba mehr als jedes andere Land in der Dritten Welt prädestiniert, die Solarenergie zu nutzen. Eine breite Nutzung

der Solarenergie, ausgehend von den Schulen, kann Kuba zu einem Modell für eine neue, bisher noch nirgendwo begonnene Entwicklung machen - zu einer neuen wirtschaftlichen Entwicklung, die Autonomie, Beteiligung und Selbstverwaltung sowie naturnahe Wirtschaftsweisen in den Mittelpunkt stellt. Die Nutzung der Solarenergie wird der Jugend eine neue Perspektive vermitteln - und dabei die Gesellschaft zum Wohle aller verändern.

750 Partnerschaften

An 750 Schulen Kubas auf dem Land, in denen 400.000 Schülerinnen und Schüler leben und arbeiten, soll die Energieversorgung auf erneuerbare Energien umgestellt werden. Die erste Schule wird die Che-Guevara-Schule sein. Je nach geographischer Lage und örtlichen Bedingungen wird das neue Energiesystem entwickelt. Die Hilfe besteht in der Lieferung von Materialien. Alles, was vor Ort selbst gemacht werden kann, soll selbst gemacht werden. Die Finanzierung erfolgt durch die Übernahme von Partnerschaften, die von der EUROSOLAR-Stiftung „Sonnenenergie und Entwicklung“ vermittelt werden. Diese Partnerschaften können von den Schulen in Europa, Jugendorganisationen, Umwelt- und Entwicklungsorganisationen, von persönlichen Spendern oder anderen übernommen werden. Außerdem wird ein Fonds bei der EUROSOLAR-Stiftung angelegt, auf den allgemeine Spenden eingehen können.

Eine EUROSOLAR-Delegation war im August 1993 für vierzehn Tage in Kuba, um dieses Projekt vorzubereiten. Wer sich daran mit einer Spende beteiligen will, den bitten wir um Überweisung auf das Konto: EUROSOLAR-Stiftung Sonnenenergie und Entwicklung, Sparkasse Bonn (BLZ 380 500 00), Konto-Nr. 23 00 45 67 Gemeinnützig anerkannt - Wer eine Partnerschaft übernehmen will, bitten wir um Kontaktaufnahme mit: EUROSOLAR, Plittersdorfer Str. 103, 53173 Bonn, Tel. 0228/362373, Fax 0228/361279

Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte

Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung

Chefredakteur: Peter Glotz

Thema 5/94:

Auf den Trümmern Jugoslawiens

Rainer Münz: Jugoslawien - ein Nekrolog

Nenad Zakocsek: Die Chancen einer nicht-nationalistischen Politik

Slavko Goldstein: Demokratische Diktatur in Kroatien

Zeljko Vukovic: Alija Izetbegovic - ein Gefangener seiner Mission

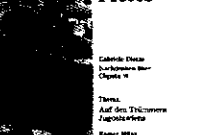
Weitere Beiträge:

Fragen an Konrad Schacht: Machtwechsel '94?

Gabriele Dietze: Nachdenken über Christa W.

Leopold Glaser: Zur deutschen Rezeption von Schindlers Liste

Die Neue Gesellschaft
Frankfurter Hefte



Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte erscheint monatlich, Einzelheft DM 11,80/OS 116,-/SFr. 15,80, Jahresabonnement DM 99,-/OS 750,-/SFr. 100,80 frei Haus.

Thema 6/94:

Europa und die Europäische Union

Klaus Harpprecht: Selbstanzeige eines europäischen Bürgers

Hermann Schwengel: Die europäische sozialdemokratische Revolution

Hans Arnold: Europapolitik im labilen Übergangsstadium

Lothar Gutjahr: Die Europakonzepte der Regierungsparteien

Weitere Beiträge:

Michael Baumann: Untersuchungsausschuß Treuhandanstalt

Albrecht Betz: Über Friedrich Sieburg

Judith Klein: Sartres Überlegungen zur Judenfrage

Abonnements und ältere Probehefte bei:
Redaktion DIE NEUE GESELLSCHAFT/
FRANKFURTER HEFTE, Godesberger Allee 139,
53175 Bonn

EUROSOLAR-Programm für eine Kommunale Solarenergie-Initiative

Der Gegensatz zwischen besorgten allgemeinen Reden über Umweltgefahren einerseits und den dürtigen politischen Handlungen andererseits wird immer unerträglicher. Obwohl offensichtlich ist, daß die Umweltfrage zum überwiegenden Teil eine Energiefrage ist, sind bisher keine hinreichenden Versuche unternommen worden, diese Aufgabe vorrangig in Angriff zu nehmen und die politischen Prioritäten entsprechend zu ändern.

Jede politische Handlungsebene ist hierzu in besonderer Weise gefordert - die globale, die europäische, die bundes-, landes- und kommunalpolitische. Für die kommunalpolitische Ebene fordert EUROSOLAR ein Programm für eine Kommunale Solarenergie-Initiative.

I. Geschichte und bisherige Stellung der Kommunalen Energiepolitik

Die Geschichte der kommunalen Energieversorgung beginnt mit der Gründung von städtischen Gas- und Elektrizitätswerken ab den 30er bzw. den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts. Hierbei stand das öffentliche Wohl der Bevölkerung im Vordergrund. Eine umfassende und preisgünstige Versorgung hatte Vorrang gegenüber kommerziellen Zielen.

Spätestens nach dem ersten Weltkrieg setzte sich aber immer mehr das Prinzip der Gewinnmaximierung durch. Grund dafür war, neben der schlechten finanziellen Situation der Städte und Gemeinden infolge der Wirtschaftskrise in Deutschland, der Druck der inzwischen entstandenen großen privatwirtschaftlichen Energiekonzerne. Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme erhielten diese starke politische Rücken- deckung. Darin drückte sich sowohl der Dank des Nazi-Regimes für finanzielle Unterstützung aus der Industrie vor 1933 als auch der gezielte Aufbau einer zentralen Kriegswirtschaft mit den erforderlichen Kapazitätsausweitungen

aus. So wurde etwa mit der deutschen Gemeindeverordnung von 1935 das Recht der Kommunen, selbst wirtschaftlich tätig zu sein, erstmals beschränkt. Es begann die Ausgliederung der Energieversorgung aus den Gemeindeverwaltungen in sogenannte Eigenbetriebe und Eigengesellschaften. Dazu gehört z.B. die heute verbreitete Stadtwerke-Aktiengesellschaft, deren Hauptaktionär eine Kommune oder ein kommunaler Verband ist. Weiterhin wurde mit dem am 14.12.1935 beschlossenen - und bis heute gültigen - Gesetz zur Förderung der Energiewirtschaft der Konzentrationsprozeß zugunsten der großen Energieversorger eingeleitet. Meist haben sich nur in größeren Städten Stadtwerke bis heute behaupten können.

Um die ausgefallenen Einnahmen fremdversorgter Städte auszugleichen, wurden die Kommunen durch die 1941 eingeführte Konzessionsabgabe an den Gewinnen des eigenen oder beauftragten Energieversorgers beteiligt. Auch diese Maßnahme macht sich bis heute nachteilig bemerkbar. Da die Höhe der Abgabe vom Energieverbrauch abhängt, hat die Kommune zunächst überhaupt kein Interesse an einer energiesparenden Versorgung. Im Gegenteil: oft werden durch - für den Versorger wirtschaftlich marginale - Erhöhungen der Konzessionsabgabe oder Prämien Initiativen für Energiesparprogramme in den Städten und Gemeinden im Keim erstickt. Die personelle Verflechtung von Gemeinderäten und Kommunalbeamten mit Aufsichts- und Verwaltungsbeiräten der Energieversorgungsunternehmen trägt weiter zur Paralyse einer neuen Energieversorgung in den Kommunen bei.

Dennoch fingen mit Beginn der Umwelt- und Kernkraftdiskussion einige Kommunen an, die Aufgaben ihrer Stadtwerke neu zu definieren und sie über ihre bisherige Rolle - als willkommene finanzielle Quelle für den Haushalt oder Defizitträger der Verkehrsbetriebe - hinaus zu entwickeln. Gemeinden, die von regionalen Verteilern der großen Energiekonzerne abhängig sind, sprechen über die Rekommunalisierung:

der Gründung von Stadtwerken in eigener Hand. Damit werden nicht nur Handlungsmöglichkeiten für eine umweltfreundliche Energieversorgung eröffnet, sondern es ergeben sich auch handfeste wirtschaftliche Vorteile: die Gewinne der Stadtwerke fließen in die Gemeindekassen und durch eine gezielte Auftragsvergabe kann die regionale Wertschöpfung erhöht und Arbeitsplätze gesichert werden.

Bisheriger Höhepunkt dieser Entwicklung war die gemeinsame Verfassungsklage von mehr als hundert ostdeutschen Gemeinden, mit dem Ziel eigene Versorgungsbetriebe zu gründen. Daß diesem Wunsch im Kern zugestimmt werden mußte, ergibt sich bereits aus dem Grundgesetz. In Artikel 28, Absatz 2 wird das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen garantiert. Damit obliegt ihnen im Rahmen der sogenannten Daseinsvorsorge auch die Sicherung der Energieversorgung.

II. Strategie für eine neue Energiepolitik in den Kommunen

1. Rolle der Kommunalen Energiepolitik

Energiepolitik wurde bisher fast immer auf Europa-, Bundes- und Landesebene behandelt. Auch in Zukunft werden die dort getroffenen Rahmenbedingungen ihren Kurs stark bestimmen. Entscheidend ist aber, daß gerade eine umwelt- und ressourcenschonende Versorgung mit Energie aufgrund ihres dezentralen Charakters bei ihren Nutzern vor Ort geplant und verwirklicht werden muß. Koordinations- und Integrationsaufgaben zwischen Betreibern, Behörden und den Energieversorgungsunternehmen werden im Gegensatz zu heute erheblich zunehmen. Ebenfalls sind die speziellen lokalen Gegebenheiten und die spezifische Verbraucher- und Siedlungsstruktur zu berücksichtigen. Es gibt eine Reihe von Gründen dafür:

- Die Sonnenstrahlung ist naturbedingt eine „dünne Energie“, sie benötigt größere Sammlerflächen zu ihrer Nutzbar-

machung. Es liegt auf der Hand, daß es aufgrund des Transportaufwandes ökonomisch geboten ist, diese Flächen soweit möglich in unmittelbarer Nähe der Energieverbraucher - also lokal - zu installieren.

- Die beiden wichtigsten Formen der Energieeinsparung, die Kraftwärmekopplung und die Abwärmenutzung sind an den Transport von Wärme gebunden. Da sich Wärme nur in der Form von Stoffströmen (z.B. Wasser) und damit nur über kurze Entfernungen weiterleiten läßt, sind diese Technologien per se lokal, d.h. auf kommunaler Ebene zu planen und zu betreiben. Entsprechendes gilt für kleinere lokale Potentiale mit höheren Energiedichten, etwa bei Laufwasserkraftwerken, Windkraftstandorten, Anfall von Biomasse, etc.

- Die Stadt-, Bau- und Verkehrsplanung als typische kommunale Aufgaben haben einen starken Einfluß auf den zukünftigen Energiebedarf der Gebäude und des örtlichen Verkehrs. Der zur Zeit nur in den Kommunen vorhandene Querverbund der verschiedenen leitungsgebundenen Energien (Strom, Fernwärme, Gas) ist eine der Voraussetzungen für eine Strategie der rationalen Energieverwendung.

- Wichtige Handlungsfelder einer neuen Energiepolitik liegen in besonderer Verantwortung der Kommunen, z.B. die Abfallbeseitigung und der öffentliche Personennahverkehr. Kommunale Energiepolitik ist daher mehr als bloße Stadtwerke-Politik: sie ist eine kommunale Querschnittsaufgabe.

Damit kommt der kommunalen Energiepolitik eine strategische Rolle in einer solaren und effizienten Energieversorgung zu. Sie muß als zentrale Aufgabe aller kommunalen Gebietskörperschaften - Landkreise, Städte und Gemeinden - erkannt werden.

2. Solare Energiequellen

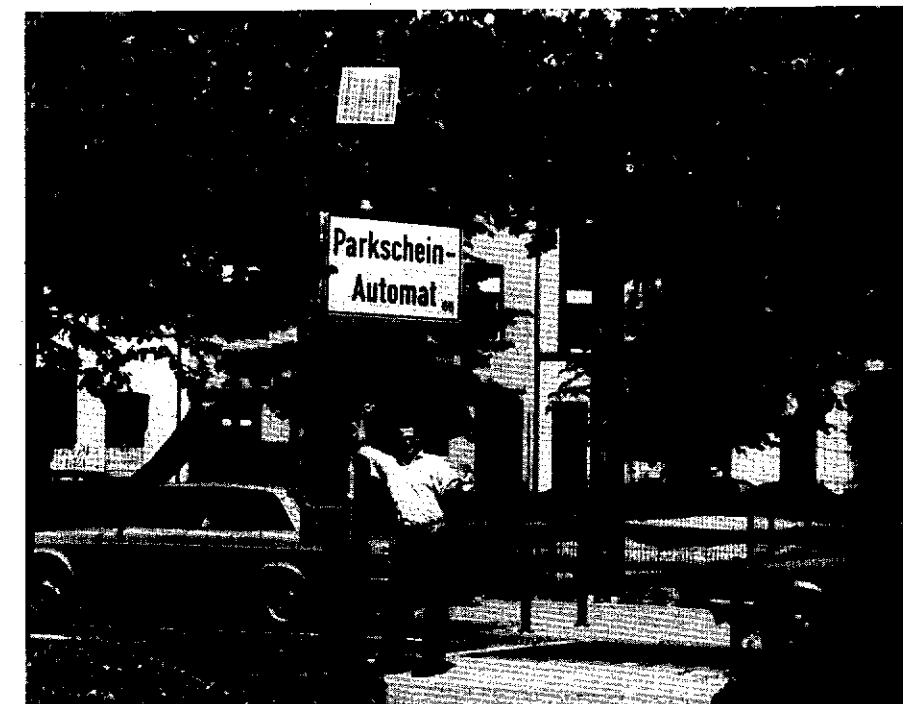
Die erneuerbaren Energien, im wesentlichen also die direkten und indirekten solaren Energiequellen, sind die Garantien einer dauerhaften, ökologischen und risikoarmen Energieversorgung. Es wird geschätzt, daß selbst eine Großstadt über 30% des Energieverbrauches auf ihrem Gebiet solar decken könnte: durch Solarkollektoren, Photovoltaik, Solare Nahwärme, Klär-, Deponie und Biogasanlagen, Solararchitektur, Wasser- und Windkraft, Geothermieanlagen, Stroh- und Holzheizkraftwerke, Biomassevergasungsanlagen, Pflanzenölmotoren, integrierte Solardächer und

-fassaden. In ländlichen Gebieten ist ein deutlich höherer Anteil bis zur Selbstversorgung möglich.

Angesichts gerade in den Kommunen knapper finanzieller Mittel wird oft argumentiert, daß ihre Verwendung für Maßnahmen der Energieeinsparung einen größeren ökologischen Effekt be-

umgesetzt werden.

Im zweiten Schritt müssen konzentrierte Förder- und Beratungsprogramme aufgelegt werden. Die forcierte Einführung von Solarkollektoren etwa in einem Stadtteil kann zu erheblichen Rationalisierungseffekten bei der Installation führen. Gleichzeitig tragen diese



wirke als für die Nutzung solarer Energien - diese seien frühestens im Zeitraum nach dem Jahre 2000 einzusetzen. Solch eine Strategie würde die Entwicklung der Solarenergie empfindlich behindern und verzögern. Die globalen ökologischen Probleme erfordern aber beschleunigte Einführungsstrategien.

Im ersten Schritt müssen breit angelegte Demonstrationsprogramme in den Kommunen verwirklicht werden, die den Bürgerinnen und Bürgern die vielseitigen Nutzungsmöglichkeiten aufzeigen, Planern und Handwerkern den Erwerb von Know-how ermöglichen sowie den Herstellern neuer Nutzungstechnologien den praxisnahen Test ihrer Produkte ermöglichen. Insbesondere muß sobald wie möglich die Stadt- und Bauleitplanung auf die Bedürfnisse energiesparender Siedlungen und der Solararchitektur abgestimmt werden. Die schon heute betriebswirtschaftlich überlegenen Technologien, wie die Nutzung von Klär- und Deponiegasen, die energetische Verwertung von organischen Abfällen und anderen Biomassen (Holz, Stroh) oder die solare Schwimmbaderwärmung sollten unverzüglich

Bemühungen dazu bei, die notwendigen Pioniermärkte für Solartechnologien zu schaffen und über Massenproduktion Kostensenkungen zu ermöglichen.

Es gibt zahlreiche Fälle, in denen die breite Anwendung solarer Energien sogar unumgänglich erscheint. So ist es schwer zu verstehen, warum in Luftkurorten die Warmwasserbereitung im Sommer mit schlechten Wirkungsgraden durch fossile Brennstoffe erfolgt, anstatt hier im großen Stile Solarkollektoren anzuwenden. Genauso sollte der motorisierte Verkehr auf solar versorgten Elektrofahrzeugen basieren. Ebenfalls nicht verständlich ist es, wenn große Unternehmen repräsentative Gebäude mit Fassaden ausstatten, deren Kosten genauso die Nutzung der Gebäudehülle als photovoltaisches Kraftwerk erlauben würden.

3. Einsparung und rationelle Umwandlung von Energie

Ein Kommunales Energiesparprogramm muß die Grundlage für den breiten Einsatz der Solaren Energien legen. Bereits die Stadtplanung muß die sparsame Anwendung und rationelle Umwandlung von Energie miteinbeziehen.

öffentliche Einrichtungen müssen dabei eine Vorbildfunktion einnehmen.

Säulen eines solchen Programms sind Wärmedämmung nach Niedrigenergiehaus-Standard, Einsatz von effizienten elektrischen Geräten, Verzicht auf unnötigen Einsatz von Strom (Elektroherd, elektrische Heizungen, elektrische Warmwasserbereitung), aber auch intelligente Regelungstechnik, Energiemanagement und regelmäßige Modernisierung der Anlagen. Gleichzeitig muß der Ausbau von Nah- und Fernwärmeversorgung und Nutzung industrieller und gewerblicher Abwärme und der Kraftwärmekopplung erfolgen.

Die Nutzung von fossilen Brennstoffen (Kohle, Öl, Gas) aber auch der Biomasse muß mit hoher exergetischer Ausnutzung verbunden sein. Das bedeutet für die Stromerzeugung den breiten Einsatz von Heiz- und Blockheizkraftwerken sowie für die reine Wärmeerzeugung den Einsatz von motorischen Wärmepumpen. Absorptionskältemaschinen können auch außerhalb der Heizperioden hohe Nutzungsgrade der Kraftwärmekopplung sichern.

III. Herkömmliche Handlungsfelder kommunaler Energiepolitik

Stadtwerke sind im Gegensatz zu den meisten anderen kommunal organisierten Wirtschaftsbetrieben, wie öffentlicher Personennahverkehr oder Abfallbeseitigung, gewinnbringend. Das beweist nicht zuletzt das starke Interesse der Stromwirtschaft an der Energieversorgung in den ostdeutschen Kommunen. Leider hat das aber auch dazu geführt, daß das Handeln von Stadtwerken hauptsächlich unter kurzfristigen wirtschaftlichen Gesichtspunkten gesehen wird, nicht aber unter ökologischen oder sozialen. Der Einbezug dieser Aspekte ist durch die Abkehr vom Prinzip der reinen Energieversorgung und Zuwendung zum Prinzip der Energiedienstleistung möglich. Es fußt auf der einfachen Erkenntnis, daß nicht der Verbrauch von Energie unser Ziel ist, sondern die Erbringung einer Dienstleistung - warm wohnen, von A nach B reisen, einen Raum beleuchten - durch eine optimale Kombination der Faktoren Wissen, Kapital und Energierohstoff. Ein in letzter Zeit dafür entwickeltes Instrumentarium ist das Least-Cost-Planing.

1. Energiekonzept

Im Rahmen von kommunalen Klimaschutz- und CO₂-Reduktionsplänen muß zunächst ein Energiekonzept erarbeitet werden. Dazu gehört die Erstellung eines Energiekatasters der Gemeinde und die Einführung eines Energiepasses bzw. einer Energiekennziffer für Gebäude.

Die Umsetzung muß von einer/einem Energiebeauftragten überwacht werden. Besonders in kleineren, fremdversorgten Gemeinden kann damit auch die notwendige Sachkompetenz geschaffen werden. Auf keinen Fall dürfen Energiekonzepte - wie heute noch oft - als „Rastplätze des Denkens“ mißbraucht werden und als Handlungsersatz herhalten. Der Stand der Umsetzung des Energiekonzeptes muß in einem regelmäßig zu aktualisierenden Energiebericht aufgezeigt werden.

2. Rekommunalisierung

Ein zentraler Punkt der kommunalen Energiepolitik ist die Vergabe des Versorgungsauftrages und der Abschluß des Konzessionsvertrages. Für bisher fremdversorgte Kommunen ist die Rekommunalisierung, d.h. der Rückkauf der Netze und der Aufbau von Stadtwerken die beste Alternative, wenn der Konzessionsvertrag ausläuft. Nicht nur für die Umwelt, sondern auch für die Gemeindekasse und die lokale Wertschöpfung.

3. Fremdversorgte Gemeinden

Städte und Gemeinden, die vor diesem Schritt noch zurückweichen und weiterhin ihre Versorgung an ein regionales EVU abgeben, müssen bei Abschluß des Konzessionsvertrages den gesetzlichen Freiraum voll ausschöpfen:

- ein Recht auf Eigenerzeugung und Durchleitung,
- kurze Laufzeit des Vertrages (möglichst 5 Jahre),
- Einrichtung einer qualifizierten und kostenlosen Energieberatung (Information, Demonstration, Kalkulation und Finanzierungshilfe),
- ökologisch orientiertes Energiekonzept mit einer Verpflichtung zur Umsetzung,
- Ausschöpfung des Rahmens der Bundestarifordnung mit dem Ziel linearer Tarife für Haushalts- und Kleinverbraucher,
- Förderung erneuerbarer Energien.

4. Verkehr

Die Verkehrsstruktur ist ein weiterer, von den Städten und Gemeinden direkt zu beeinflussender, Bereich. Bereits bei der Stadtplanung muß das Ziel

der Verkehrsvermeidung verfolgt werden. Weiterhin müssen gerade die Bedingungen für den energiesparenden nichtmotorisierten Verkehr verbessert werden, z.B.: durch bewachte und überdachte Abstellplätze für Fahrräder, Velorouten, Fußgängerzonen, etc...

Der öffentliche Personennahverkehr, der wesentlich von kommunalen Gebietskörperschaften getragen wird, muß gezielt ausgebaut und mit den anderen Verkehrsträgern vernetzt werden: park & ride, bike & ride.

Der motorisierte Individual- und Güterverkehr - soweit nicht vermeidbar - sollte mit extrem emissionsarmen Fahrzeugen erfolgen. Der PKW der Zukunft ist ein leichtes und wendiges Stadtauto mit Hybrid- oder Elektroantrieb.

Zum nachhaltigen Schutz der Trinkwasserreserven dürfen auf Binnengewässern und in Gewässerschutzgebieten keine petrochemischen Kraft- und Schmierstoffe eingesetzt werden. Hier ist der Einsatz von pflanzlichen Ölen und Fetten als Betriebsstoff für pflanzenöltaugliche Motoren sowohl aus Gründen des Emissionsschutzes als auch des Gewässerschutzes eine unumgängliche Alternative.

IV. Neue Handlungsfelder kommunaler Energiepolitik

So wichtig die oben beschriebenen herkömmlichen Handlungsfelder in der Kommune auch sind, sie reichen für eine Strategie, die konsequent die konventionellen Energiequellen durch Solarenergiequellen ersetzen will, bei weitem nicht aus. Genauso dürfen sich Kommunen die durch ein großes EVU versorgt werden und deren Konzessionsvertrag zur Zeit nicht verhandelbar ist, sich nicht tatenlos zurücklehnen. Vielmehr müssen die Handlungsspielräume in allen Bereichen der Gemeinde wahrgenommen werden.

1. Stadt- und Flächenplanung

Die Stadtplanung sowie die Flächennutzungs- und Bebauungspläne müssen auf die Bedürfnisse der solaren Niedrigenergiearchitektur abgestimmt werden. Die Kommune kann hier über die Bauleitplanung wirken, die nach dem Baugesetzbuch (§1,5) dazu beitragen soll „eine menschenwürdige Umwelt zu sichern und die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln“. Insbesondere muß eine Gebäude-

ausrichtung nach Süden erfolgen, um die sofortige oder spätere Nutzung der Solarenergie zu ermöglichen.

Jedem Bauherr ist ein Recht auf Sonne zu garantieren. Ferner sind Bebauungsdichte und Baukörpergestaltung zu optimieren. Dazu gehört auch die Sicherstellung eines problemlosen Ausbaus von Fern- und Nahwärmenetzen.

Ferner müssen alle Bauvorschriften, die der Nutzung erneuerbarer Energien entgegenstehen, gestrichen werden. Es ist ein Genehmigungsprivileg für Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien und für Solarhäuser im Rahmen der Regionalplanung, der Flächennutzungs- und Bebauungspläne sowie der Bausatzung zu schaffen.

Einen verschärften Wärmeschutz bei privaten Investoren kann die Kommune auch dadurch erreichen, daß die Veräußerung von gemeindeeigenen Grundstücken vertraglich mit entsprechenden Auflagen verbunden wird. Weiterhin kann die Ausweisung von Bauland generell von einem zwischenzeitlichen Ankauf des Landes durch die Kommune abhängig gemacht werden.

2. Verkehrsplanung

Die städtebauliche Trennung von Wohnen, Arbeiten, Dienstleistung und Freizeit - durch die Charta von Athen zum Ideal erhoben - muß zugunsten einer konsequenten Verkehrsvermeidung revidiert werden. Durch die gemischte Nutzung von Stadtteilen können die Wege verkürzt werden.

Außerdem können Solartankstellen an Bahnhöfen oder wichtigen Haltestellen des Nahverkehrs eingerichtet werden (solar park & ride).

3. Vorbildfunktion der Kommune bei öffentlichen Einrichtungen und Beschaffungswesen

An öffentlichen und öffentlich geförderten Gebäuden müssen in vorbildlicher Weise Energiesparmaßnahmen und die integrierte Nutzung solarer Energien auf Dächern und Fassaden durchgeführt werden. Zumindest sind geeignete Flächen für die spätere Integration von Solarkollektoren und -zellen sowie entsprechende Versorgungsschächte, Betriebsräume und Anlagenkonzeptionen vorzusehen.

Alle neue einzelstehende öffentliche elektrifizierte Anlagen (Beleuchtungsanlagen, Verkehrsschilder, Telefonkabinen, Parkuhren, etc.) sind photovoltaisch zu versorgen.

Im kommunalen Fuhrpark können Antriebskonzepte auf Basis erneuerbarer

Energien eingesetzt werden, z.B. Solarmobile oder Motoren für reines, ökologisch gewonnenes Pflanzenöl.

Jede Kommune sollte ein Solar-Musterhaus an einer zentralen Stelle, wie der Hauptgeschäftsstraße oder dem Marktplatz, errichten, das gleichzeitig als Beratungszentrum dient.

Bürgermeister, Vertreter aus Städte- und Gemeinderäten und den Verwaltungsspitzen sollten ihre herausgehobene Stellung nutzen, indem sie auch privat Solartechnologie einsetzen und für sie werben.

4. Eigenerzeugung und Durchleitung

Die Eigenerzeugung von Strom sowie die Durchleitung von Strom, Wärme und erneuerbaren Energieträgern (z.B. Biogas) über öffentliche Flächen darf durch die Konzessionsverträge und kommunalen Vorschriften nicht behindert werden.

5. Bezugstarife

Grundsätzlich sollte der lineare Tarif für Strom, Gas und Wärme eingeführt werden, der ab einer festzulegenden durchschnittlichen Verbrauchsmenge ergänzt wird durch einen progressiven Tarif. Die zusätzlichen Einnahmen aus der Progressionsstufe sind ausschließlich für Investitionen in erneuerbare Energien einzusetzen.

6. Einspeisetarife

Für erneuerbare Energien ist ein lokal angepaßter Einspeisetarif nach dem Prinzip der kostendeckenden Vergütung zu zahlen. Gegenüber herkömmlichen Förderprogrammen erfordert er keinen Verwaltungsaufwand, vermeidet er Mitnahmeeffekte, und führt bei nur minimalen Tarifierhöhungen rasch in die Massenproduktion und damit zur drastischen Verbilligung von Solartechnologien.

Für Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen auf Basis fossiler Energien sind Einspeisetarife zu zahlen, die den langfristigen vermiedenen Kosten gegenüber neu installierten Großkraftwerken entsprechen.

7. Abfall

Abfallvermeidung und sinnvolles Recycling bedeuten auch Energieeinsparung bei Produktion und Entsorgung.

Natürlicher organischer Hausmüll ist kostenlose energetisch nutzbare Biomasse. Sie kann in zentralen Verwertungsanlagen gezielt zu Biogas (Hauptbestandteil Methan) verwertet werden. Im Gegensatz zur Deponierung, bei der nur maximal 50% des entstehenden Methans erfaßt und verbrannt werden kann, wird so eine erhebliche Menge dieses

Treibhausgas von der Atmosphäre ferngehalten. Holzabfälle aus Industrie (Sägewerke, Möbelhersteller), Handel (Verpackungen, Paletten) und Handwerksbetrieben sowie die Holzbestandteile im Bauschutt und Sperrmüll (auch in behandeltem Zustand unter den gebotenen Umweltschutzvorkehrungen) in modernen Heizkraftwerken oder in Vergasungsanlagen mit Blockheizkraftwerken als nachwachsende Rohstoffe zur Produktion von Strom und Wärme nutzbar.

8. Land- und Forstwirtschaft

In ländlichen Regionen ist die breite Einbindung der Biomasse-Nutzung in all ihren Formen in Energiekonzepte notwendig. Bis zum Jahre 2000 ist ein Deckungsgrad durch Biomasse von 15% anzustreben. Dabei hat die Nutzung land- und forstwirtschaftlicher Rest- und Nebenprodukte zunächst Vorrang. Die Maßnahmen umfassen den dezentralen Einsatz von Festbrennstoffen (Durchforstungsholz, Holz- und Rindenhackschnitzel, Stroh, etc.) in modernen Heiz- und Heizkraftwerken und zur Bestückung von Biomassevergassungsanlagen (Pyrolysegas) zum Betrieb von Blockheizkraftwerken. Die Produktion von Pflanzenöl als Motortreibstoff (BHKW, landwirtschaftliche Maschinen und Fahrzeuge) sowie die Aufbereitung der Gülle aus Viehwirtschaftsbetrieben in Biogasanlagen (Methan).

Landwirtschaftliche Stillungsflächen zum Abbau der Überproduktion von Futter- und Nahrungsmitteln stehen in großem Umfang für einen ökologisch integrierten Anbau von Energiepflanzen zur Verfügung. Neben dem Anbau einheimischer C3-Pflanzen (z.B. Korn, Ölsaaten, Gräser, Schilf, etc.) können auch schnellwachsende C4-Pflanzen (Miscanthus, Mais, etc.) unter Ausnutzung der hohen Nährstoffbelastung unserer Klärwerks-Vorfluter ohne zusätzlichen Düngemittelbedarf einen wesentlichen Beitrag zur Energieversorgung leisten.

Die Aufforstung von Gemeindeflächen ist ein sinnvoller Beitrag zur Vergrößerung des Kohlendioxid-Speichers Wald.

9. Bildung

Eine breite Informationsoffensive ist notwendig, die mit Aufklärungs- und Werbekampagnen, Wettbewerben, etc. das Einführungshindernis „mangelnde Information“ überwindet. Schulen, kommunale Bildungseinrichtungen wie

die Volkshochschulen und öffentliche Informationsstellen müssen zu einer „energetischen Sensibilisierung“ der Bürgerinnen und Bürger beitragen.

Es müssen spezifische Informations- und Fortbildungsprogramme für folgende Zielgruppen geschaffen werden: Heizungsbauer, Installateure, Schornsteinfeger, Baubehörden, Anlagenbetreiber, Planungsbüros, Architekten, Hauseigentümer.

10. Energieagentur

Gebietskörperschaften, Wirtschaftsverbände und Kreditinstitute sollten auf regionaler Ebene ein Netz von Energieagenturen aufbauen. Diese müssen über eine ausreichende Kapitalausstattung für Finanzierungsleistungen im Rahmen ihrer Arbeit verfügen.

11. Firmenansiedlung

Bei der Ansiedlung von Betrieben mit voraussichtlich großen Mengen von Abwärme muß frühzeitig ihre Nutzbarmachung für Fern-/Nahwärme planerisch vorbereitet werden. Ferner sollte die generelle Einbindung gewerblicher und industrieller Anlagen zur Strom- und Wärmeerzeugung und Abstimmung der Gewerbeflächen-Planung auf dieses Ziel erfolgen.

12. Unterstützung privater Initiativen

Ferner sollte die Kommune private Initiativen und Investitionen gezielt un-

terstützen, etwa durch Stellung von Räumen, kostenlose Beratung von Experten aus der Verwaltung, etc.

13. Finanzierung

Ökonomisch bedeutet die Nutzung erneuerbarer Energien den Ersatz von herkömmlichen Energien durch Kapital, das in Form von Investitionen in neue Energietechniken und Verbrauchsstrukturen eingesetzt wird - denn die „Rohstoffe“ der Sonnenenergien liefert die Natur kostenlos. Deshalb sind auch zur Finanzierung der notwendigen Maßnahmen neue Wege zu beschreiten. Stadtwerke, Energieagenturen, vor allem aber Kreditinstitute wie die Sparkassen, müssen spezielle Programme zur Vor- und Drittfinanzierung auflegen. Solche Energiespar- und Solarkredite beziehen die eingesparten Energiekosten in die Abschreibungsberechnung mit ein.

Eine weitere wichtige Aufgabe ist die Erarbeitung warmmietenneutraler Energiekonzepte für den Mietwohnungsbau.

14. Energieberatung

Eine weitgehend unentgeltliche Energieberatung für alle Tarifkunden muß auf Gemeinde- bzw. Stadtteilebene eingeführt werden. Dies kann in Verbindung mit Abfallberatung, Recyclinghöfen, etc. geschehen. Eine Grundfinanzierung ist dafür bereitzustellen.

Für Industrie und andere Energiegroßabnehmer sind zusammen mit den Industrie- und Handelskammern, Verbänden und technischen Überwachungsvereinen spezialisierte Energieberater einzusetzen, etwa im Rahmen von Energieagenturen.

15. Beteiligung an Solarenergieanlagen

Durch Beteiligung von mehreren Stadtwerken an kommunalen Windparks, Biomasse-Zentralanlagen und anderen Anlagen zur direkten oder indirekten Nutzung der Solarenergie können ggf. nachteilige Standortbedingungen ausgeglichen und betriebswirtschaftliche Skaleneffekte ausgenutzt werden.

16. Beteiligung an nationalen und internationalen Programmen

Es bestehen bereits zahlreiche Initiativen und Programme auf Länder-, Bundes- und internationaler Ebene, die die Unterstützung von Städten und Gemeinden bei der Energie- und Klimapolitik zum Ziel haben. Als Beispiele dafür sei nur das Klimabündnis zwischen den Einwohnern Amazoniens und den europäischen Städten genannt.

Ferner ist eine Beteiligung an internationalen Aufforstungsprogrammen oder -fonds möglich. Dadurch kann CO₂ der Atmosphäre entnommen und in Wäldern gespeichert werden.

Endlichkeit der Natur und Marktökonomie

von Christoph Ewen*

Eine Rezension zu Mohssen Massarat: *Endlichkeit der Natur und Überfluss in der Marktökonomie - Schritte zum Gleichgewicht*, Metropolis-Verlag Marburg 1993, DM 26,80.

Wer hat sich nicht schon gefragt, warum der Preis für knappe und wertvolle Rohstoffe so niedrig ist. Ob Kaffee, Rohöl oder Zinn, die Preise fallen in den letzten Jahren ins Bodenlose. Hier ist nun das Buch, das dafür in einer verständlich geschriebenen Form eine plausible Erklärung anbietet. Lesenswert erscheint es gleichermaßen für Natur- wie für Wirtschaftswissenschaftler und für Ökologen wie für Wirtschaftsvertreter.

Der Autor vertritt nicht etwa die These, daß die derzeitigen Rohstoffpreise ungerecht seien, sondern daß sie schlecht nicht marktkonform sind. Am Beispiel großstädtischen Bodens zeigt er die zwei dem Markt entsprechenden Handlungsoptionen auf: Verkaufen und das Geld am Kapitalmarkt anlegen oder behalten, das Gut verknappen und den Preis hochtreiben. Wenn nun die OPEC-Staaten seit 1973 erstmalig in der Geschichte des globalen Rohstoffhandels versuchen, den zweiten Weg zu beschreiten und die Knappheitskosten in Rechnung zu stellen, dann redet man hierzulande von Kartellen. Daß aber die großen Ölgesellschaften (die seven sisters) und die Industrienationen seit Jahrzehnten Kartelle bilden und zur Not mit Gewalt eine „sichere Rohstoffversorgung“ herstellen, wird als Garantie des „globalen Freihandels“ verkauft.

Das Buch gewinnt durch den umfangreichen Fallbeispiel-Teil (Kaffee und Rohöl), in welchem es z.B. auch weichere Methoden der Industrienationen zur Sicherstellung der weltweiten Überproduktion beschreibt. Wenn etwa die EG Kenia Entwicklungshilfe zum Ausbau der Kaffeeproduktion zur Verfügung stellt, dann sorgt sie damit für ein Überangebot und niedrige Weltmarktpreise. Diese globale Polarisierung in mächtige Verbraucher- und

abhängige Rohstofflieferstaaten nennt Massarat das Dual-System, es basiert auf Rohstoff-Dumpingpreisen. Dieses System garantiert einen gewaltigen Kapitaltransfer von Süd nach Nord, der die geleisteten Entwicklungshilfeszahlungen bei weitem überschreitet. Ein interessantes hochaktuelles Detail stellt Massarats Kritik an der Mineralölsteuer dar: Sowohl empirisch als auch theoretisch weist er nach, daß durch höhere Mineralölsteuern nicht etwa der Verbrauch an Rohöl sinkt. Die Folge ist, daß die Weltmarktpreise für Rohöl fallen. In der Tat eignen sich die Industriestaaten über Mineralölsteuern dem Süden zustehende Rohstoff-Knappheitskosten an.

Dieses System hat sich soweit von Marktbedingungen entfernt und durch die unbegrenzt verfügbaren billigen Rohstoffe derartige Umweltschäden verursacht, daß Massarat radikale Alternativen für notwendig erachtet. Höchstmengenbegrenzungen für die Rohstoffförderung, globale Besteuerung sowohl auf Seiten der Verbraucher (z.B. CO₂-Steuern) als auch auf Seiten der Produzenten (z.B. auf die natürliche Produktivität, um einseitige Bereicherung von der Natur begünstigter Staaten zu begrenzen) und eine internationale Behörde, um dies zu überwachen, sind Vorschläge, die nach dem Desaster von Rio utopisch erscheinen. Die Diskussionsrichtung der Umweltökonomien, mittels Umweltsteuern ökologisch richtige Preise zu erzielen, bezeichnet er als kurzsichtig, solange sie nicht den globalen Aspekt einbeziehen. Er hat sicher recht mit der These, daß im Zeitalter der globalen Umweltprobleme auch ökologisch optimierte Wohlstandinseln keine Lösung darstellen. Allerdings sollen einzelne Industriestaaten, z.B. die EG, durchaus Vorreiterfunktion etwa mit einer CO₂-Steuer übernehmen.

Nach der Lektüre von Massarats Buch wird dem Ökologen wieder einmal klar, daß die Alternative zur radikalen Reform bedeutet, unseren nachfolgenden Generationen auch die restlichen ihnen zustehenden Rohstoffe zu verbrauchen und die Umwelt global zu ruinieren. Wie sagte Wolf Biermann? „So oder so, die Erde wird rot.“

Verdrängung im Westen - Abrechnung mit dem Osten?



224 Seiten, 32 Mark
Mit einem Vorwort von Heinrich Hannover

Auch in Westdeutschland gibt es Zehntausende von Menschen, die politisch verfolgt wurden, die in den 50er und 60er Jahren wegen ihrer Überzeugungen Ungerechtigkeiten von seiten des Staates erlitten haben. Diese Buch ist ein Stück Erinnerungsarbeit gegen den Trend - gegen den Versuch, im schroffen Gegensatz zur Behandlung der DDR-Vergangenheit die Geschichte der BRD von A bis Z reinwaschen zu wollen.



Rolf Gössner

Konkret Literatur Verlag
Hoheluftchaussee 74, 20253 Hamburg

Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein



A. Kapalka / N. Rätzfel (Hg.)
Rassismus in Politik, Kultur und Alltag
160 S., 16,80 DM

Bei Ihrem Buchhändler erhältlich

Mundo Verlag
Hansaring 82, 50670 Köln
Tel: 02 21/ 91 28 46 - 25
Fax: 02 21/ 9 12 12 61

Themen, die uns angehen

• Aktuell • Kontrovers • Kritisch •



H. Hamm / W. Jung / H. Knott (Hg.)
Asylsuchende berichten
160 S., 19,80 DM
ISBN 3-89452-385-9



Brigitte Erler
Dienstreise in Sachen Entwicklungshilfe
108 S., 16,80 DM
ISBN 3-89452-218-6



Bahman Nirumand (Hg.)
Islamische Gruppen und der Fundamentalismus in der BRD
168 S., 19,80 DM
ISBN 3-89452-307-7

Bei Ihrem Buchhändler erhältlich

Gesamtverzeichnis anfordern bei:
DREISAM VERLAG, Hansaring 82, 50670 Köln
Tel: 02 21/ 91 28 46 - 18 Fax: 02 21/ 9 12 12 61

* Christoph Ewen, Darmstadt, stellv. Geschäftsführer des Öko-Instituts

Umwelt im Schatten der Wirtschaft

Die ökologisch-ökonomische Debatte bei den Jugend-Umweltverbänden

von Jens Dörschel*

Es wird Zeit, an einer Ökonomisierung der Ökologie und an einer Ökologisierung der Ökonomie zu arbeiten. Das zumindest sollte die Botschaft des ersten gemeinsamen Bundeskongresses von BUNDjugend, Naturschutzjugend und freien Jugend-Umweltgruppen sein. „Umwelt im Schatten der Wirtschaft - Wer gewinnt im Öko-Monopoly“ hieß das Thema des Sylvesterkongresses '93/'94 mit gut 1000 TeilnehmerInnen.

Referiert und diskutiert wurde über die ganze Palette der wirtschaftspolitischen Konzeptionen zur Ökologisierung der Wirtschaft: Zur Geltung kamen sowohl ökoliberale Ansätze mit ihrem Anreizinstrumentarium als auch ökosozialistische mit ihrem Regulierungsansatz und ökoanarchistische mit ihrem Subsistenzansatz.

Die Jugendumweltverbände haben bei diesem Kongress keineswegs eine gemeinsame wirtschaftspolitische Stoßrichtung entwickelt, oder auch nur eine ökologische Ökonomie zu ihrem zentralen Arbeitsschwerpunkt gemacht. Sie sind keine politischen Richtungsverbände, können es auch gar nicht sein. Denn in ihnen beginnen 13-16-Jährige gerade, sich zu engagieren. Mit 25 scheidet mensch offiziell aus ihnen aus. Die Rolle der Verbände ist demnach die der Politisierung der Jugendlichen - oder sollte hier angebrachterweise von Ökologisierung gesprochen werden? Eine einheitliche Linie bleibt da, zumindestens in einem demokratischen Milieu, naturgemäß aus. Allein bei den Kern-Themen Umwelt- und Naturschutz kann ein (radikaler) Grundkonsens angenommen werden.

Vielfalt politischer Orientierungen

Bei Themen wie Wirtschafts- und Sozialpolitik, die unweigerlich mit einer Umweltpolitik in Zusammenhang stehen, ist dem nicht so. Diejenigen Ju-

* Jens Dörschel studiert in Braunschweig Geo-ökologie und ist Mitglied der BUNDjugend. Bei der BUNDjugend erschien seine 88-seitige Broschüre „Ökologie und Marktwirtschaft“. Sie ist für 7 DM zu bestellen über den BUND-Infoservice, Im Rheingarten 7, 53225 Bonn.

gendlichen, die sich in Jugend-Umweltverbänden engagieren, sind hauptsächlich GymnasiastInnen, Zivildienstleistende und Studierende aus dem Mittelschichtmilieu. Nun ist eine Mittelstandsbewegung meist auf dem sozialpolitischen Auge blind, und das gilt sicherlich auch für nicht unbedeutende Teile der Jugendumweltbewegung. Umwelt geht ihr vor Sozialpolitik.

Das darf aber auch nicht überbewertet werden, denn die Auseinandersetzung über soziale Themen ist offen und wird durchaus geführt. Alles, was in den neuen sozialen Bewegungen diskutiert wird, ist auch in den Jugend-Umweltverbänden in hohem Maße verankert. Gerade zwischenmenschliche, soziale Beziehungen werden diskutiert, wenn auch nicht die Sozialpolitik. Zwar dominieren bei den Studierenden die naturwissenschaftlichen Fächer wie Biologie. Allerdings studieren auch viele Sozialpädagogik. Meiner Einschätzung nach kann die Auseinandersetzung über soziale Defizite in der Umweltbewegung und ökologische Defizite bei den sozialen Bewegungen produktiv entwickelt werden.

In den Jugend-Umweltverbänden mag es, wie in offenen Verbänden nicht anders zu erwarten, auch vereinzelt Jugendliche geben, die einem esoterischen Spiritualismus anhängen. Sie sind aber keineswegs stark vertreten. Die Naturschutzjugend und die BUNDjugend sind sicherlich kein Hort des Spiritualismus, auch wenn die Ökologische Linke das gerne so sehen will. Es ist allerdings richtig, daß ein unkritischer Umgang mit spirituellen Strömungen verbreitet ist.

Das Bewußtsein über die Notwendigkeit einer ökologisch-solidarischen Weltwirtschaft ist breit entwickelt. Hier ist neben dem Umweltthema am ehesten noch ein breiter Konsens entwickelt. Ausgehend von der Feststellung einer ausbeutungsbedingten Ungleichverteilung werden Konzepte sowohl gegen ökologische Zerstörung im Süden als auch gegen dortiges Elend entworfen und diskutiert. Verinnerlicht haben die Jugend-Umweltbewegten dabei die ökologischen Grenzen des Wachstums. Daß sich daraus ein möglicher Graben zwi-

schen Konzepten solidarischer und ökologischer Weltwirtschaft ergeben kann, das ist den meisten jugendlichen Umweltbewegten allerdings kaum bewußt. Dieser Graben besteht in Vorwürfen von Teilen der Solidaritätsbewegung, die Umweltbewegung wolle eine Entwicklung im Süden verhindern und würde so dazu beitragen, den Entwicklungsvorsprung des Nordens zu erhalten.

Demgegenüber wirft die traditionelle Linke der Umweltbewegung Verzichtsdanken vor. Und dieses ist bei den Jugend-Umweltbewegten tatsächlich verankert. Tatsächlich stehen viele in den Tarifaufeinandersetzungen nicht auf Seiten der Gewerkschaften. Denn es gilt für sie ja nicht, den materiellen Wohlstand im Norden zu steigern, sondern zu senken. Unabhängig davon, wie mensch das bewertet - jedenfalls sticht damit der Vorwurf nicht mehr, ihnen ginge es um die Erhaltung der Wohlstandsprivilegien des Nordens. Im Sinne einer gerechten Weltwirtschaft ist ein materieller Verzicht des Nordens nur konsequent, wenn die Grenzen des Wachstums nicht erlauben, das materielle Wohlstandsniveau des Nordens weltweit zu verallgemeinern. Und dabei schwebt es den meisten jugendlichen Umweltbewegten vor, auch den Reichtum im Norden selbst besser zu verteilen.

In der Naturschutz- und der BUNDjugend gibt es so etwas wie eine programmatische Beschlußlage nicht. Wenn sie einen großen Beitrag zur politischen Bildung vieler Jugendlicher leisten, so liegt hier sicherlich ein Schwachpunkt: Eine programmatische Abstimmungskultur ist nicht entwickelt - sie beschränkt sich wesentlich auf Organisatorisches. Während auf Delegiertenversammlungen selten programmatische Beschlüsse gefaßt werden, so scheidete letztlich auch der Versuch, gemeinsame Positionen in einer Kongressresolution zu fassen. Zwar wurde eine solche verabschiedet. Aber die Beschlußfähigkeit war eigentlich nicht mehr gegeben, weil ein Großteil der TeilnehmerInnen bereits abgereist war. Vor allem aber traten gerade bei der Diskussion um die Resolution ganz massive Gegensätze zutage.

Aus der Resolution des Jugendumweltkongresses 93/94:

Die Umweltbewegung stand und steht in der politischen Auseinandersetzung vor dem Problem, daß überlebensnotwendige Umweltmaßnahmen gegen die Interessen machtvoller, mit der Politik und untereinander verflochtener Konzerne nicht durchgesetzt werden können. Die wesentlichen umweltrelevanten Entscheidungen werden in der Wirtschaft gefällt. Das diesem Wirtschaftssystem innewohnende Bestreben nach Gewinnmaximierung bringt es mit sich, daß die Wirtschaft einen Schlüsselbereich für Umweltzerstörung darstellt. Teil unserer Utopie ist jedoch ein Prinzip des Wirtschaftens, das Umweltschutz als Grundvoraussetzung anerkennt. Die bisherige Entwicklungslogik, nach der sich die Entwicklung einer gesellschaftlichen Gruppe nur über die Einschränkung der Entwicklungsmöglichkeiten anderer Gruppen durchsetzt, ist für unsere Wirtschaftskonzeption nicht akzeptabel.

Durch Arbeitslosigkeit werden große Teile der Bevölkerung unter Druck gesetzt, sich nicht gegen umweltzerstörerische Industrie zu wehren. Ökologische Konzepte müssen daher auch Lösungen für das Problem der Massenarbeitslosigkeit beinhalten. [...]

Die Jugendumweltbewegung sucht zur Durchsetzung einer solchen ökologisch-solidarischen Politik ein gesellschaftliches Bündnis. Die soziale Basis für einen demokratischen und ökologischen Umbau kann nur aus der Bevölkerung selbst erwachsen.

AnsprechpartnerInnen für eine ökologische Politik dürfen deswegen nicht in erster Linie Wirtschaftsverbände sein. Die Umweltbewegung muß in einem verstärkten Gedankenaustausch mit den Gewerkschaften treten, um ökologische Konzepte zu entwickeln, die für eine Mehrheit tragfähig sind.

Für die Politisierungsfunktion der Verbände wäre eine „Programmdisziplin“ auch sicherlich abträglich. Aber der Mangel an programmatischer Beschlußlage liegt wesentlich an den verbreiteten Vorstellungen libertärer Organisationsformen, in denen Abstimmungen tabu sind. Hierin sind tiefgehende organisationspolitische Aus-

einandersetzungen in der Jugend-Umweltbewegung begründet. Während es einen breiten Flügel gibt, der sich traditionell in Delegiertenversammlungen und Vorständen organisiert, gibt es eine starke Strömung, die diese Formalitäten ablehnt und auch zu torpedieren sucht. Von diesen organisatorischen Auseinandersetzungen geht eine starke inhaltliche Lähmung aus. Zumindest reiben sich etliche Gruppen in ihnen auf, statt eigentlich inhaltliche Arbeit zu leisten.

Ökosozialistische Kräfte schwach

Wenn es keine wirtschaftspolitische Beschlußlage gibt, so ist doch deutlich, welche Richtung neben dem Paradigma „Ökologische Marktwirtschaft“ die meisten Sympathien genießt: die Selbstverwaltungswirtschaft in Verbindung mit einem weitgehenden Subsistenzansatz. Hiermit verbunden sind sehr beschränkte Vorstellungen bezüglich komplexer, arbeitsteiliger Wirtschaftsprozesse. Das abschreckende Beispiel des Realsozialismus hat dazu geführt, daß eine verbreitete antikapitalistische Grundhaltung nicht zu sozialistischen Konzeptionen führt, sondern zu ökolibertären Vorstellungen.

Diese Strömung ist es auch, die mit ihrem Subsistenzansatz wenig gesamtgesellschaftliche Perspektiven entwirft. Es wird wenig darüber diskutiert, wie mit Arbeitszeitverkürzung Massenarbeitslosigkeit abgebaut werden kann, sondern wie ein Ökodorf oder eine Kommune zu organisieren ist. Ein Großbetrieb, wie es allein schon die Stadtwerke einer Großstadt sind, findet da keine Berücksichtigung. Diese Diskussionen beschränken sich letztlich auf gesellschaftliche Nischen. Aber auch wenn diese Nischen keine gesamtgesellschaftlichen Perspektiven weisen, haben sie dennoch gesellschaftliche Bedeutung durch die innovativen Wirkungen, die von ihnen ausgehen.

Die Beliebtheit des Anarchismus und des Subsistenzansatzes steht durchaus im Einklang mit Entwicklungen bei den Autonomen - selbst wenn nicht nur in punkto Militanz große Differenzen bestehen. Mensch könnte fast sagen, daß hier die Abwendung vom Staatsinterventionismus während der neoliberalen Konterrevolution ihre Entsprechung in einer Ablehnung des Staates hin zur Herrschaftslosigkeit fand.

Verankert sind bei den Jugend-Umweltverbänden auch Diskussionen um Punkte wie Ökosteuern, Ökosozialprodukt, VerursacherInnenprinzip, die gemeinhin unter „ökologische Marktwirtschaft“ eingeordnet werden. Allerdings sind diese Instrumente genau betrachtet allesamt keineswegs Inbegriffe der Marktorthodoxie. So sind auch die jugendumweltbewegten AnhängerInnen dieser Instrumente keine Marktradikalen. Angesichts der Umweltzerstörung besteht eine grundlegende Unzufriedenheit mit dem Bestehenden und ein Veränderungswille. Da Umweltzerstörung ein offensichtlicher Systemmangel ist, sind jugendliche Umweltbewegte fast zwangsläufig systemkritisch. Reiner Ökoliberalismus hat hier keine Basis.

Aus der systemkritischen, antikapitalistischen Skepsis gegenüber der makellosen Funktionsfähigkeit von Märkten kann eine sozialistische, regulierende Politik allerdings wenig Kapital schlagen. Denn der Staat ist hier noch unlieber als bei den Wirtschaftsliberalen. Die ökosozialistische Strömung ist sicherlich nur eine schwache Minderheit.

ZEITSCHRIFT FÜR HUMANISMUS UND AUFLÄRUNG
dlesseits

dlesseits - die Zeitschrift für weltliche Humanisten, Atheisten und Konfessionslose

dlesseits - die Zeitschrift für Religionskritik, Aufklärung und Humanismus

dlesseits - die Zeitschrift für Selbstbestimmung, soziale Verantwortung und Menschenrechte

dlesseits - herausgegeben vom Humanistischen Verband Deutschlands

Kostenlose Probeexemplare:

dlesseits Zeitschrift für Humanismus und Aufklärung
Hohrechtstraße 8
12043 Berlin
Telefon 030/613 904-0
Fax 030/624 27 23

Das Schreiben der Lämmer

Replik zu „Bosnien: Der Krieg und die Linke“ in spw 77

von Frank Wilhelmy*

Im Gegenteil: das Lämmchenhafte ist selber wahrscheinlich nur eine Form des Barbarischen, indem es nämlich bereit ist, das Abscheuliche mit anzusehen und im entscheidenden Augenblick sich zu ducken.“ (Theodor W. Adorno)¹

„Die westliche Welt wird daran zugrunde gehen, daß ihr die eigenen materiellen Belange wichtiger sind als der Schutz der Menschheit diesseits oder jenseits der Grenzen. Und auch gegen die Gefahr der Überheblichkeit des eigenen Urteils [...] gibt es keinen höheren Appell als den an die Solidarität mit dem Leiden, das es abzuschaffen gilt. Nicht der Krieg ist das größte Übel, sondern der Schrecken, der im Kriege wie in anderen Zuständen, wie in der Gewaltherrschaft, gegenwärtig ist. Ob es richtig sei, daß Völker sich in einen Krieg begeben, um die Gewaltherrschaft, die in einem anderen Volke herrscht, abzuschaffen, darüber entscheidet eben jener Appell.“ (Max Horkheimer)²

Sven Griemert und Heiko Kretschmer haben in ihrem Artikel in spw 77 allen denjenigen Linken, die angesichts der Greuel im ehemaligen Jugoslawien und anderswo „verzweifelt“ nach „einstmals bekämpften Militäreinsätzen“ rufen, nonchalant „Sachlichkeit“ empfohlen - nicht ohne gleichzeitig präventiv den Verdacht auf „vollständige Lähmung des Denkvermögens“, vulgo Vollblödheit, zu erheben. Ich möchte daher mit einer Anamnese beginnen - um dann so richtig sachlich zu werden.

Vor der Etappe des (berechtigten) Nuklearpazifismus der achtziger Jahre, vor der Phase des Neuen Denkens mit seinen Verheerungen in linker Theoriebildung, vor der jetzigen Ära einer Konstellation aus Nationalpazifismus und lean Imperialism in der BRD, da gab es in linker Denke noch Vorstellungen von (horribile dictu) „gerechten“ Kriegen bzw. Ausnahmen vom Gewaltverbot, es gab ein Wissen von „ungerechtem“ Frieden und sogar von

struktureller Gewalt, die tödlicher sein kann selbst als schlimmste Kriege (sterben nicht täglich Abertausende an Hunger, Seuchen und produziertem Mangel?).

Vom spanischen Bürgerkrieg über den gerechtfertigten Krieg der Antifaschistischen Allianz gegen Nazideutschland (in dem die Gaskammern bis zuletzt betrieben wurden) bis hin zur Unterstützung der Befreiungsbewegungen („Waffen für El Salvador!“) in der damaligen sogenannten 3. Welt (deren letzte, der ANC, auch dank militärischen Kampfes gerade Südafrika zur leidlich bürgerlichen Demokratie transformiert) zieht sich eine antimilitaristische, aber gleichwohl waffenbewehrte Traditionslinie linken Internationalismus. Heuer zerfällt die nationale Linke angesichts rechtsradikaler Mordbrennerei in ein paar Hundertschaften autonomer Faust- und Willenkämpfer und den Rest, der - walte Gott - ums staatliche Gewaltmonopol bangt, müßte man sonst doch die Amis oder den Mossad bitten...

Haben die deutschen Linken den Jahrestag der Landung der Alliierten in der Normandie mitgefeiert? Ich habe nichts dergleichen mitbekommen. Es ist so in diesem Land: Getrunken und gefeiert wird wie gehabt zu den üblichen unpolitischen Anlässen. Weiland aber, während des Golfkrieges, war die Fassenaacht fast vollständig ausgefallen vor lauter Pietät. Nunmehr zerhacken sich in Ruanda Hutu und Tutsi hunderttausendfach (vor allem Regierungsmilizen sind verantwortlich) und beim Stadtteilstück oder der „Fisch sucht Fahrrad“-Party brummt der Umsatz wie gehabt.

„Oh folgenlose Güte! Unmerkliche Gesinnung! Ich habe nichts geändert. Schnell verschwindend aus dieser Welt ohne Furcht sage ich Euch: Sorgt doch, daß ihr die Welt verlassend nicht nur gut wart, sondern verlaßt eine gute Welt! ... es hilft nur Gewalt wo Gewalt herrscht, und es helfen nur Menschen, wo Menschen sind.“ (Bert Brecht)

Jene Passage der sterbenden Johanna der Schlachthöfe vom Ende des Brecht-Stücks mag das provokante Pathos der Zitate beschließen und zum Zentrum dessen führen, worauf ich hinauswill:

Die Linke/Friedensbewegung macht sich selbst in ihrer angestrengt reflektierten, vernunftpazifistisch-realistischen Variante à la Griemert/Kretschmer politisch schuldig und mehr noch: Von Krieg zu Krieg erscheint sie umso schneller „verschwindend aus dieser Welt“ - allerdings mit Furcht!

Zunächst der Versuch einer Rekonstruktion ausgewählter Argumente von Griemert/Kretschmer:

1. Die Greuel des Bosnienkrieges werden ausführlich wahrgenommen - um dann zu schreiben: „Aber: Ein Bild, das viele Kriege auf der Welt gleichermaßen prägt.“

2. Die Genese des Bosnienkonflikts und des Zerfalls Jugoslawiens werden (gut) skizziert, nicht ohne das hohe Maß an Mitschuld und Verantwortung des Westens, speziell der BRD, hervorzuheben. Der Westen habe, neben einer falschen Anerkennungspolitik, von Anfang an auf eine „Politik der Drohungen und des Militärs“ geschickt und dadurch die möglichen „politischen und nichtmilitärischen“ Lösungsmöglichkeiten (z.B. das Embargo - wobei mir unklar bleibt, wieso das Embargo als nichtmilitärische Lösung gilt) konterkariert.

3. Militärische Lösungen seien nicht praktikabel (die Autoren argumentieren immerhin nicht fundamentalpazifistisch), da sie eine halbe bis ganze Million Soldaten benötigten und „nach Schätzungen der Militärs“ (welcher? Und warum glauben sie gerade denen?) mindestens 100.000 Leben kosten würden.

4. Grande Finale: „Was die Linke braucht, ist ein Konzept der Kooperation und ökonomischen Entwicklung aller. Kriege diesen Ausmaßes lassen sich nicht von heute auf morgen beenden - so schön dies wäre. Sie sind von Interessen geleitet, ebenso wie die Einmischung ... von Interessen geleitet wird.“

Ad 1.: Daß es viele Kriege auf der Welt gibt, kann wohl kein Argument für vornehme Zurückhaltung sein. Und dem heuchlerischen Westen dann wenigstens konsequentes Heucheln (also Nichtstun, wo Handeln geboten wäre) abzuverlangen, wäre zynische Logik. Vermutlich stimmen mir die Autoren zu, nur müßten

sie dann auf solche Sätze (s.o.), die andeuten, „Das Leid der Welt können wir eh nicht (oder jetzt nicht - s.u.) ändern“, verzichten.

Ad 2/3.: Das Problem des westlichen Handelns war auch die mangelnde Konsequenz der Drohungen. Ich stimme ja ausdrücklich zu: Ohne ein ökonomisches Kooperations- und Entwicklungskonzept ist Friedenspolitik nicht möglich. Aber dennoch, ich schreibe es hin: Ein paar Bomben zu früher Zeit, oder die Stationierung von massiven Truppenkontingenten zur Trennung der Konfliktparteien (letzteres forderten relevante Friedensforscher) hätten - wahrscheinlich - Zehntausenden das Leben gerettet. Daß die späten symbolischen Schläge der NATO Wirkung hatten und Abschreckung durchaus funktionieren kann, konnte (leider) jeder mitbekommen.

Wenn ich mich, wie die Autoren auch, auf die Abschätzung und Abwägung von potentiellen Opferzahlen einlasse (gibt es ein wichtigeres „Argument“ als einzelne Menschenleben und deren „große Zahl“?), dann besteht doch die prominenteste Aufgabe einer Konflikt-, Katastrophen- und Kriegsbeurteilung und der Auswahl der angemessenen Handlungsinstrumente in der „sachlichen“ (so wie es die Autoren wollen) „Schätzung“ der Zahlen an Toten, Krüppeln und Leid und dem Abgleich mit den „Kosten“ eines bestimmten Instrumentes. Insofern war es in Ordnung, als die mir widerlichen Ledernacken in Somalia den vagabundierenden Banden das Schießen auf Hungernde und deren potentielle Helfer erst einmal verwehrten. In der berechtigten Kritik an der Skandalität des Somalia-Einsatzes insgesamt und schon gar der Rolle der Bundeswehr ging immer verloren, daß dem Sterben an struktureller (Hunger) und manifester Gewalt in der ersten Phase der Somaliaintervention nicht anders beizukommen war.

Wenn die Zahlen annähernd stimmen, hat die Welt gerade einem der ungeheuerlichsten Zivilisationszusammenbrüche in der jüngeren Geschichte tatenlos zugeschaut. Was bitte wäre gegen die Einrichtung von Schutzzonen in Ruanda, was gegen die Verteidigung von Spitälern, Schulen, ganzen Dörfern gegen Massenmörder einzuwenden? Daß es politisch nicht korrekt sei, daß es westliche Opfer geben könnte, daß es die falschen Helfer seien - oder, ich höre das obszön altkluge Dogma, daß Gewalt nur mehr Gewalt erzeuge?

Ad 4.: Doch, Kriege lassen sich militärisch beenden (darum geht es ja gerade im Krieg). Konflikte hingegen lassen sich nicht durch Waffengewalt beenden (zu lösen im Wortsinne sind Konflikte eh nie). Das Ende des Morgens ist die Voraussetzung der Konfliktbearbeitung. Wenn die Autoren wirklich zu wissen glauben, welcher Krieg beendbar ist, welcher nicht, und wann überhaupt Kriege abgeschafft werden können, übernehmen sie eine ungeheure intellektuelle (und politisch-moralische) Last (aufgrund welcher Theorie, welcher Geschichtsphilosophie, welchen empirischen Wissens?). Sie sagen: Dieses konkrete Leiden und Sterben ist (derzeit) unvermeidlich. Das ist mehrfach prekär. Einmal, weil es oft empirisch falsch ist, dann, weil umgekehrt herangegangen werden muß: Dieses und jenes Leiden und Sterben ist vermeidbar, also muß es

Ein paar Bomben zu früher Zeit, hätten - wahrscheinlich - Zehntausenden das Leben gerettet.

aufhören. Und schließlich kann solches Daherschreiben ein wunderbarer Ablauf sein: Leider, leider kann nicht mehr getan werden. Der Hinweis auf die Interessen der Akteure hatte es deutlich gemacht (s.o.).

Hier sind wir endlich am Selbstwiderspruch der Argumentation angelangt, an der ungeklärten Frage, ob Frieden möglich sei im gegenwärtigen imperialistischen (?) Weltsystem (Wo ist die Imperialismustheorie und Analyse?). Wieso kann ich aber dann friedenspolitische Forderungen stellen, wenn ich weiß, daß diese sich an materiellen und anderen Interessen blamieren? Oder umgekehrt, wenn ich glaube, daß ökonomische Kooperation möglich ist als friedenspolitisches Instrument, dann muß es ja dem Frieden entgegenkommende Interessen geben und dann wären eben auch die vielen Kriege nicht unvermeidlich und könnten bekämpft werden, oder?

Mir scheint mancher Vernunftpazifismus bloßer taktischer Pazifismus zu sein, weil er insgeheim die Bedingungen der Möglichkeit des Friedens mit der Notwendigkeit einer vorherigen Trans-

formation des Kapitalismus kurzschließt.³ Mit jedem Krieg, der unvermeidlich nicht beendbar scheint, mit jeder Verweigerung der konkreten Hilfe für die Opfer wird die Linke kleiner und erbärmlicher: Weil sie auf wichtigste Teile von Politik und Denken (Lähmung?!) verzichtet und sich moralisch zerrütet.

- 1 Theodor W. Adorno: Erziehung zur Entbarbarisierung, in: Ders.: Erziehung zur Mündigkeit, Frankfurt/M. 1971, S. 120-132, hier S. 129.
- 2 Max Horkheimer: Notizen 1949-1969, in: Ders.: Gesammelte Schriften, Bd. 6, Frankfurt/M. 1991, S. 189-425, hier S. 260.
- 3 Vgl. als Versuch, dieses Dilemma zivilisationstheoretisch zu umgehen: Frank Wilhelmy: Das Schweigen der Lämmer, in: spw 60, 4/1991, S. 44-47.

ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

Z.

- ☆ eine pluralistische Stimme der marxistischen Linken in Deutschland
- ☆ partei- und organisationsunabhängig
- ☆ erscheint seit 1990

Nr. 17, März '93:
Sozialismus - Neuansätze nach dem Crash (II)

Nr. 18, Juni '94:
Anthropologische Lücke im Marxismus?

Nr. 19, Sept. '94:
Gewerkschaften '94 Politik und Alternativen

Nr. 20, Dez. '94:
Marxismus - Historismus - Restauration

Nr. 21, März '95:
Demokratie im Metropolenkapitalismus Herrschaft und Grenzen der Emanzipation

Nr. 22, Juni '95:
Friedrich Engels

Außerdem in jedem Heft: Standpunkte, weitere Beiträge, Berichte, Kritik/Diskussion, Buchbesprechungen

176-276 Seiten
Einzelheft: 18,- DM
Jahresabo: 54,- DM (4 Hefte)
Im Buchhandel (ISSN 0940-0648) oder direkt:
Z.-Vertrieb, Kölner Str. 66, D-60327 Frankfurt/M., Tel. 069/7392934

* Frank Wilhelmy, Bad Münster, Politikwissenschaftler, Sprecher des Juso-Bezirks Rheinland-Hessen-Nassau

Das andere Gesicht des DDR-Sozialismus

Nachruf auf Walter Janka

von Judith Marschall*

Ein Mann, der sich nicht brechen ließ, ein Freiheitskämpfer, der seine alten politischen Ideale einer Revision unterzieht, ohne Preisgabe ihrer humanen Substanz.“ Christa Wolf beschrieb ihn so, und in dieser Charakterisierung hat sich Walter Janka wiedergefunden.

Am 17. März diesen Jahres verlor die Linke in unserem Land einen, der zu den integersten Kommunisten gehörte, die das Europa des 20. Jahrhunderts hervorbrachte. Walter Janka, am 29. April 1914 in Chemnitz geboren, starb kurz vor seinem 80. Geburtstag in Potsdam bei Berlin. Die nationalsozialistischen Herrenmenschen versuchten, ihn, der für gleiche Lebenschancen aller Menschen kämpfte, mit Verfolgung, Gefängnis und Konzentrationslager zu brechen. Die stalinistischen DDR-Kommunisten internierten ihn später im gleichen Gefängnis in Bautzen, in dem er schon unter dem Nationalsozialismus saß - wieder war Janka seine unbequeme politische Haltung zum Verhängnis geworden.

Ich erinnere mich noch, wie er, oder war es Charlotte Janka, in Kleinmachnow lachend ihre Herkunft als „Kohlekiste“ bezeichneten. Ende der Weimarer Republik arm und proletarischer Herkunft zu sein, das hieß mit 14 die Schule zu verlassen, mit Glück eine Lehrstelle zu finden und dann auf der Straße zu stehen. Schon allein aus ungestilltem Bildungshunger konnte man damals Kommunist werden.

Janka lernte tschechisch, als er im Exil in Prag war, lernte spanisch, als er gegen Francos Truppen im Bürgerkrieg kämpfte, und trat in Mexiko, als er Leiter des deutschen Exil-Verlages El Libro Libre war, der dortigen Druckergewerkschaft bei. Janka hat es ernst genommen mit der Losung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch.“ Dann ist er in die DDR zurückgekehrt, um ein neu-

es, lebenswertes Deutschland aufzubauen und für seine sozialistischen Ideale politisch zu kämpfen. Im Apparat der SED-Spitze fand er keine politische Heimat. Schließlich wurde er Leiter des Aufbau-Verlags und brachte einen Gutteil Weltliteratur in die DDR - sieben Jahre blieben ihm dort, bis zu seiner Verhaftung im Dezember 1956. Er wurde verhaftet, obwohl er Sozialist war, zugespißt könnte man sagen: Er wurde verhaftet, weil er Sozialist war - und zwar einer, dem die demokratische Traditionslinie viel bedeutete, dem die Produktion von Konsens für politisches Handeln stets besonders wichtig war.

Janka Augenblick kam immer dann, wenn die Geschichte offen war - z.B. 1989; während des „Moments Schönheit“, wie Helga Königsdorf diese Zeit nannte. Darin liegt Jankas Tragik: Er hat sein Leben lang bessere Zeiten für sozialistische Politik herbeigesehnt, aber „seine“ Epoche brach nie an. Wie schön, daß er nach der Lesung Ende Oktober 1989 im Deutschen Theater in Berlin von vielen DDR-BürgerInnen gefeiert wurde, zahllose herzliche Briefe erhielt. Wie desillusionierend, daß diese Phase so schnell vorüber war.

Janka wußte, daß die Linke mit einem schweren Erbe in die ersten freien Wahlen nach 40 Jahren DDR gehen würde. Da wurde er bitter und laut, wenn er der alten SED-Riege die völlige Diskreditierung der sozialistischen Idee vorwarf. In der Korrespondenz blättern, die wir führten, als ich an dem Buch über ihn arbeitete, lese ich: „Was von der sozialistischen Idee - und wann wieder - lebensfähig gemacht werden kann, ist nicht einfach zu beantworten. Jedenfalls wird sie die 'Seele' des linken Spektrums bleiben“, schrieb er im Sommer letzten Jahres.

Viele haben Janka Starrköpfigkeit vorgeworfen. „Wie konnte er nur ... nach all dem immer noch ... und dann die PDS ...“ - Wie oft mag er so ähnlich angesprochen worden sein. Aber er war nicht starrsinnig, sondern er liebte den politischen Meinungsstreit. Er argu-

mentierte auf dem Boden sozialistischer Grundsätze - schon allein um eines politischen Gleichgewichts willen. Ihm konnte eben bislang keiner beweisen, daß das unternehmerische Profitprimat der reine Segen für eine Volkswirtschaft ist. Außerdem war es Janka zeitlebens gewohnt, daß er Wind von vorne bekam, deswegen hängte er noch lange nicht sein Fähnlein nach demselben.

Janka hat die Zeit nicht mehr gehabt, um ein weiteres Mal in seinem Leben ganz von vorne anzufangen. Was er tun konnte, tat er: Er engagierte sich im Ältestenrat der PDS, in den Komitees für Gerechtigkeit, nicht müde werdend stellte er sich in Lesungen, Interviews, Gesprächsrunden der Diskussion, drei Bücher veröffentlichte er 1989 und später. Die Bücher mit seinen Lebenserinnerungen widmete Walter Janka Charlotte Janka, die mit ihrer ganz ähnlichen Lebenserfahrung auch die schwierige sozialistische Identität mit ihm teilte, ebenso wie die Rekonstruktion einer „anderen“ kommunistischen Geschichte. Beiden ist zu verdanken, daß diese nun nachlesbar ist.

Walter Janka war ein großer Ermutiger. Einst ein stiller Held für die Menschen in der DDR, die litten, wenn sie sahen, wie ihre sozialistischen Ideale vor die Hunde gingen. Und später im wiedervereinigten Deutschland nutzte er die neue Öffentlichkeit, um die zu ermutigen, die die Schwarz-Weiß-Malerei der „Systemsieger“ nicht mitmachen wollten. Als historische Persönlichkeit wird er weiterleben. Den einen wird er, wenn sie zur allzu pauschalen Verurteilung jeglicher kommunistischer Regung ansetzen, ein Stachel im Fleisch sein, für die anderen wird er ein stets dem Humanismus verpflichteter Sozialist bleiben, auf den sie sich voller Respekt beziehen können. Ein schwacher Trost, für die, die in nächster Nähe mit ihm lebten, litten und lachten.

Probleme des aufrechten Gangs

von Josef Didier*

Eine Rezension zu Judith Marschall: *Aufrechter Gang im DDR-Sozialismus. Walter Janka und der Aufbau-Verlag, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 1994*

Die Konjunktur auf dem Turnierplatz „DDR-Vergangenheitsbewältigung“ scheint abzuflauen. Die Ritter samt ihren Schildknappen beklagen dies zwar, doch immer mehr westliche Politiker verschiedenster Couleur verhehlen kaum, daß sie das Thema erledigt sehen möchten. Nun kann man den überwiegend östlichen Bewältigungskämpfern diesen Politiksurrogat nicht so mir nichts dir nichts entziehen, ohne halbwegs gleichwertigen Ersatz anzubieten. Sie beanspruchen, wiewohl selten selbst Betroffene, höchste Instanz zu sein, geben sich sensibel, verletzlich, vor allem aber unübertrefflich kompetent. Wer will da widersprechen, wenn sie ihre Verdikte fällen? Ihre Leerrhetorik bietet ohnehin keine Angriffsfläche für Argumente.

Judith Marschalls Arbeit ist eine Gegenposition zu den oberflächlichen Litaneien der Vorgenannten und könnte wegweisend für eine umfangreichere Analyse nicht nur der DDR-Vergangenheit sein, sondern auch der subjektiven Ursachen für das Scheitern des Versuchs, eine sozialistische Gesellschaftsordnung aufzubauen. Die Verfasserin betont, sie habe in Walter Janka und dem Aufbau-Verlag das Besondere und nicht das Allgemeine gesucht. Das „Besondere“, Walter Janka und seinen sozialistischen „Mikrokosmos“ Aufbau Verlag, hat sie in mehrjähriger umfangreicher Forschungsarbeit bis in Mikrodetails seiner Biographie, ebenso der Verlagsgeschichte und -struktur ausgeleuchtet. Daß sie dieses Besondere dennoch nicht vom Allgemeinen isoliert untersucht, versteht sich von vornherein aus ihrem erkenntnistheoretischen Ansatz. Die Fülle der dokumentarisch belegten Fakten, Daten und Quellen läßt das Büchlein fast aus den Nähten platzen, wodurch aber ihr Bedürfnis zu auch emotional betonter Reflexion und Schlußfolgerung keineswegs zu kurz kommt.

* Josef Didier, Schwarzenberg

Verdienstlich finde ich vor allem, und es scheint wohl auch ihr Hauptanliegen zu sein, daß sie am Beispiel Walter Jankas den Marxisten präsentiert, welcher trotz oft leidvoller Erfahrungen mit dem sogenannten Realsozialismus seine Identität nicht verlor. Mit der Erwähnung Willi Münzenbergs wird dabei zugleich eine historische Kontinuität deutlich, in welcher auch Zeitgenossen, wie z.B. Stephan Heym, stehen. Auch er gehört zu denen, die sich nie wendeten, vor allem 1989 nicht, wie viele ihrer Verleumder, welche vor der Wende geschmeichelt wedelten, wenn sie gelegentlich als „parteilose Kommunisten“ tituliert, aber trotzig vergnügt bockten oder schmerzlich enttäuscht den Kopf hängen ließen, wenn sie zu den üblichen Ordensterminen wieder einmal übergangen wurden.

Bemerkenswert auch die Erkenntnis der Untersuchung, daß sich Walter Jankas von ihm selbst geschaffener sozialistischer Mikrokosmos Aufbau-Verlag im Makrokosmos des verwahrlosten Realsozialismus auf Dauer nicht behaupten konnte. Daß der Verlag nach seiner Verhaftung die von ihm gestellten Weichen des Verlagsprofils nicht neu stellte, führe ich auf die objektiven Grundlagen der nichtkapitalistischen Gesellschaftsordnung zurück, die selbst Bildungsbananen wie Ulbricht mit seinem abgeschmackten Bitterfelder Weg war der marktwirtschaftlich geführte Verlag, welcher zum hundertsten Geburtstag Thomas Manns eine Jubiläumsausgabe seines Werks so wohlfeil herausbringen konnte?

Aus den von der Autorin geführten Interviews mit Walter Janka geht immer wieder hervor, daß der stalinistisch entartete Realsozialismus sich seit Jahrzehnten zu einer Ordnung bzw. Unordnung entwickelte, die alle Merkmale sich nur auf selbst beziehender Systeme aufwies, aus denen weder Gruppen, geschweige Einzelne ausbrechen können. So stellt auf eine entsprechende Frage der Verfasserin Walter Janka denn auch die Gegenfrage: „Na hör mal, wie denn?“

Die Arbeit Judith Marschalls macht auf mich durchgängig den Eindruck

traurig gestimmter Verzagtheit, nicht nur wegen des Scheiterns eines ursprünglich hoffnungsfroh stimmenden realen Zukunftsideals. Als verstärkender Effekt kommt dabei offenbar Walter Jankas Tod hinzu. Damit wird das Büchlein - vielleicht unbeabsichtigt - ein Stück Trauerarbeit der linken Sozialdemokraten. Indem ich „der linken Sozialdemokraten“ schreibe, wird mir bewußt, daß es immer die linken Sozialdemokraten waren, welche mit ihrer Kritik diese Arbeit leisteten. Die Rechten fühlten sich dagegen nie zuständig, das zu verantworten, womit sie die Sozialdemokratie in der deutschen Arbeiterbewegung in Mißkredit brachten. Ähnliches erleben wir jetzt bei denen, die den Niedergang der DDR zu verantworten haben. Das betrifft aber auch die parteilosen Helfershelfer der SED und deren Blockfreunde, die kräftig mithalfen, die DDR wirtschaftlich und den Begriff des Sozialismus moralisch zu ruinieren.

Dies ist das Buch der Trauerarbeit einer der von Ulbrichts und Honeckers Reiseleitern Hintergangenen, ein Buch der schmerzlich Betrogenen. Sie konnten bei ihren Sommeraufenthalten an märkischen Seen oder alkoholisierten Freundschaftssoireen in Leipzig und anderswo nicht das bemerken, was für den desillusionierten Insider-Marxisten längst tägliche DDR-Realität war. Vor den gewendeten Aufarbeitern haben sie schon gar nichts zu verantworten. Deren Phrasendrusch vom „Aufrechten Gang“ - besonders von der Prenzlauer-Berg-Bohème in die ehemalige DDR kolportiert - erinnert mich an die gestellten Trippelschritte ängstlich Verunsicherter - wie aus der Verhaltensbiologie bekannt.

* Judith Marshall, Germanistin, Melhers (Thüringen)

Je ein Kapitalist schlägt viele tot¹

Über den aktuellen Markt der Krimis und die aktuellen Krimis auf dem Markt

von Hans-Joachim Olczyk*

Um Krimis soll es hier gehen. Um Krimis, in denen Menschen „bisweilen das Bedürfnis nach zerstreuer Anspannung (...)“ finden. Die Linke darf sich ja mittlerweile ein bißchen ablenken beim Klassenkampf, aber vor zuviel Ablenkung wird gewarnt, und das schon länger. Krimis sind trivial, platt, blöde, haben das Niveau von Jerry-Cotton-Heftechen und waren gerade noch als Kind erlaubt. Zuviel Krimis könnten „sehr leicht die tieferen Bedürfnisse nach Erkenntnis und Erfahrung verdrängen“². Solche Warnungen - von der sozialistischen Pädagogin Anna Siemsen 1941 formuliert - gibt es bis heute. Die folgende Sammelrezension versucht, gegen diese Meinung nachdenkswerte Argumente zu bringen. Das Ziel dabei: Interesse zu wecken bei denen, die Krimis bisher verächtlich angesehen haben, und Neues zu empfehlen für die Krimi-Fans.

Zur Entwicklung auf dem Krimi-Markt im eigentlichen Sinne, also über die „Konzentrationstendenzen und Verflechtungen im bundesdeutschen Mediengeschäft und deren affirmative Steuerungsfunktion im ideologischen Absicherungskampf der neokonservativen Kapitalisten unter besonderer Berücksichtigung von Hochfinanz und boomender Kriminalliteratur“³ gibt es hier im folgenden zumindest ansatzweise analytische Informationen. Zwar keine umfassende Kritik des Geschäfts mit den Krimis, aber auch ohne genaue Markt- und Wirkungsanalyse läßt sich festhalten: Triviale Literatur kann den Kopf verkleistern und die Erkenntnis verhindern, daß eine wissenschaftliche Erklärung für die Rätsel der Warenproduktion und der bürgerlichen Gesellschaft möglich ist. Die ideologische Funktion der Krimis basiert z.B. darauf, daß der oder die einzelne Gute gegen das Böse antreten, gegen eine Personifizierung des Bösen oder irgendeinen Apparat oder eine Mischung aus beiden. Diese Konfrontation (der einzelne muß sich beweisen) stimmt mit bürgerlichen Werten überein und wirkt daher stabilisierend: Nicht soziale Grup-

pen agieren in Krimis, sondern werden meist ganz ausgeblendet.⁴

Der Krimi beschreibt aber auch eine Gesellschaft, die - im wahrsten Sinne des Wortes - Ordnung hält durch „die verborgene Hand der Marktgesetze, durch die eisernen Gesetze der Fabrikdisziplin und durch die Tyrannei der Kleinfamilie, der autoritären Schule und einer repressiven Sexualerziehung“.⁵ Gesetze werden nicht aus Überzeugung eingehalten, sondern aus Furcht vor Strafe. Begriffe wie Recht und Ordnung sind relativ, mehrdeutig und zweifelhaft. Krimis tragen so zu den Zweifeln von Millionen von Menschen an den Grundsätzen der bürgerlichen Ordnung bei - sie sind ideologische Kunst mit „offenen oder verborgenen emanzipatorischen Linien und Tendenzen. Als ideologische Praxis steht Kunst stets in der Doppelfunktion eines stabilisierenden, apologetisch-affirmativen [...] Gebrauchs und der Möglichkeit kritisch-emanzipativer Verwendung.“⁶

Zwischen milder Verachtung und Heldenrolle: Die Polizei

In einer Gesellschaft, deren soziale Ordnung massenhaft Betrug, Diebstahl, Mord und Vergewaltigung nicht verhindern kann, sind diejenigen, die für Recht und Ordnung streiten, nicht selbstbewußte Helden, sondern eher tragische Gestalten zwischen milder Verachtung und Heldenrolle. Die Aufklärung eines Verbrechens ist schon lange nicht mehr der strahlende Sieg des Guten über das Böse. Polizisten, Privatdetektive, Staatsanwälte - sie arbeiten für eine Institution, an die sie immer weniger glauben, die sie zu verachten beginnen, je mehr sie in das institutionelle Gefüge einbezogen werden: Vom ursprünglichen Sinn und Zweck der Institution bleibt letztendlich nur der formale Anspruch auf Gehorsam.

Ein gutes Beispiel für diesen in Realität und Literatur verbreiteten Zwiespalt ist *Inspector Jury* von *Martha Grimes*. Erst im Wunderlich-Verlag, einer Tochtergesellschaft des mächtigen

Holtzbrink-Konzerns, auf den Markt gebracht, erscheinen sie nun in der „preiswerteren“ Tochtergesellschaft Rowohlt Taschenbuch. Viel Lob wird in Rezensionen verbreitet und lesenswert sind sie allemal, die Geschichten um den zweifelnden und verzweifelnden Polizisten. Vor allem mit dem Unverständnis und der Verachtung, die dem Polizisten in seiner eigenen Dienststelle gegenüberstehen, hat er zu kämpfen. In den inzwischen sechs vorliegenden *Inspector Jury*-Krimis ist der Inspector literarisch gesehen nicht mehr entwicklungsfähig und verschleißt zusehends. Trotzdem: Der Krimi von *Martha Grimes* ist ein Krimi par excellence im Sinne von Bertolt Brecht: „Wir bekommen im Kriminalroman jeweils ausgezirkelte Lebensabschnitte vorgelegt, isolierte, abgesteckte kleine Komplexe von Geschehnissen, in den die Kausalität befriedigend funktioniert. Das ergibt genußvolles Denken. (...) Die Kausalität menschlicher Handlungen zu fixieren ist die hauptsächlichste intellektuelle Vergnügung, die uns der Kriminalroman bietet.“⁷ Die Mischung aus Isolation, Entfremdung und profunder Menschenkenntnis, komponiert in der Person des Inspectors wird ergänzt durch eine besondere „dichte“ Schreibweise. Nicht ein einziges Mal ließ die Spannung ab bis zur Auflösung, nicht ein einziges Mal bestand die Chance, den überraschenden, aber meist perspektivlosen Lösungen zu entinnen. Die *Jury*-Krimis sind symptomatisch für die Selbstzweifel am Sinn eines Polizisten-Lebens. Auch die institutionelle Botschaft des Namens *Jury* = Geschworenengericht wird im humanen Sinne Gerechtigkeit nicht erreichen.

Der klassische Polizeiroman als historischer Roman

Ganz anders sind die Krimis von *Anne Perry*. In „*Der Würger von der Cater Street*“ ist die nicht standesgemäße Heirat von Charlotte Ellison, Tochter aus adligem Hause, und Thomas Pitt, Inspector von Scotland

Yard, ein kleinerer Skandal als zeitungslesende Frauen. Die im DuMont's Kriminal-Bibliothek des Verlegers des Kölner Stadtanzeigers duMont erschienenen Krimis laufen seitdem nach dem Muster: Selbstbewußte Frau und sozialkritischer Polizist plus einige andere engagierte Bürgerinnen greifen aktuelle Themen auf, die nur scheinbar etwas mit der viktorianischen Zeit zu tun haben, in der sie spielen.

Das Publikum wird konfrontiert mit einer Zeit, als die Polizei den besitzenden Klassen noch ein fürchterliches Greuel war. Die Verachtung für die und die Angst vor der Polizei hatte zu Beginn des letzten Jahrhunderts einen praktischen Grund: Weit mehr Schuldner als Mörder steckten in den Gefängnissen.

Erst Kriege, Krisen, drohende Revolutionen und die ständig steigende Alltagskriminalität machten klar, daß die Polizei nötig ist, den Schutz des Privateigentums zu sichern. Die Verachtung für den Berufsstand Polizei blieb aber. In der herrschenden Ideologie in England und den USA um die Jahrhundertwende sollte die Polizei die Verbrecher dort suchen, wo sie herkommen mußten: Aus den Slums und den Arbeiterquartieren. Denn Armut mußte einfach einhergehen mit Verbrechen, und mit Menschen, die sich mit sowas abplagen mußten, wollte der Bourgeois nichts zu schaffen haben.⁸

In diese Zeit führt uns *Anne Perry*. Charlotte Ellison ermittelt bei den Fällen als Privatdetektivin mit Unterstützung ihrer Schwester und einer modernen Tante im Privatleben der oberen Klassen, wo Inspector Pitt keinen Zugang findet. Die Spannung entsteht durch die Spiegelung eines erstarrten britischen Imperialismus mit seinen innergesellschaftlichen Klassenfronten. Die Bourgeoisie hat gleichviel Angst vor dem Bankrott wie vor dem Proletariat. Nicht die Angst vor Einbruch, Diebstahl oder Mord, sondern die Angst vor der Entdeckung bestehender moralischer Unzulänglichkeiten beherrscht

den Alltag. Diese Angst hält eine Klasse zusammen und verstärkt sich zur Einsicht, daß Verbrechen nur das Produkt der seelischen Verkrüppelungen einer Gesellschaftsordnung sind.

Wie stark sich die Verlage mittlerweile um Marktanteile schlagen, wird an *Anne Perry* deutlich. Der zur Bertelsmann AG gehörende Goldmann-Verlag bringt parallel zu den editorisch sehr gut bearbeiteten Krimis aus dem DuMont-Programm weitere Romane mit dem ermittelnden Ehepaar heraus - und dazu noch eine Reihe weiterer Geschichten um ein Detektivbüro. In diesen Geschichten arbeiten eine Frau, ein Ex-Polizist und ein Rechtsanwalt (die Reihenfolge ist hierarchisch gemeint) an Fällen, die eine ähnliche Rekonstruktion

schichte, Menschen in der Geschichte könnte der Untertitel lauten für diese exzellent und humorvoll geschriebene Lektüre, die in „...*Bis über beide Ohren*“ (na, was wohl?) eine wundervolle Ergänzung findet.

Eine Ausnahme unter den Polizeiromanen sind die Berliner Scene-Krimis von *Pieke Biermann*. Im jetzt von der Europäischen Verlagsanstalt (EVA) übernommenen Rotbuch-Verlag⁹ wird mit „*Potsdamer Ableben*“, „*Violetta*“ und „*Herzrasen*“ ein literarisch nur schwer verdaulicher, an Arno Schmidt erinnernder Schreibstil offeriert. Ein Polizeiroman, in der die ermittelnden Beamten ohne viel Selbstreflexion ihren Job machen. Die Krimis beschreiben mehr die Lebensbedingungen in Berlin und die alltägliche Gewalt einer Großstadt. Die Polizei ist nur Teil von unterschiedlichen Scene-Kulturen, die sich über die handelnden Personen miteinander vermischen. Diese literarisch montierte Krimi-Welt ist ziemlich heil: Denn die Morde werden aufgeklärt und erklärt und die Polizei ist gesellschaftskritisch und nicht bestechlich - so richtig multikulturell sozialliberal.

Das Team der frustrierten Einzelgänger

Wie schon erwähnt: Krimis verfahren nach einem einfachen Strickmuster. Ein Held, männlichen Geschlechts zu meist, bezwingt alleine das Böse irgendwie und ist dabei immer nur cool, unbestechlich, trinkfest, illusionslos, meist asexuell. Insbesondere für den zeitgenössischen Krimi aus dem Milieu des Privatdetektivs gibt es aber einen Abschied vom männlichen Helden.¹⁰ Der Privatdetektiv heute ist in der Tendenz eher ein Team, meist aus drei Personen: Ein Mann, noch eine weitere Fi-



* Hans-Joachim Olczyk, Oldenburg

gur als „Watson“, dem klassischen Partner von Sherlock Holmes, und eine Frau.

Eine möglichst realistische Schilderung der Alltagsarbeit ist das oberste Prinzip - und direkt aus der Wirklichkeit übernommen, wie die reale Privatdetektivin Julian Messerschmidt bestätigt: „Auf Geduld, Unauffälligkeit und Kombinationsgabe kommt es in unserem Beruf an. Wer mit Trenchcoat, Hut und dunkler Sonnenbrille herumläuft und Verfolgungsjagden inszeniert, ist eine Lachnummer.“ Lachnummern sind diese Teams in der Literatur nicht. Und Teams sind sie, weil zunehmend mehr Eigenschaften gefordert sind: „Eine solide Vorbildung, als Kaufmann, als Rechthelfer oder Polizist, Menschenkenntnis, Einfühlungsvermögen, schauspielerisches Talent, geistige Flexibilität, die soziale Bereitschaft, mit und für Menschen zu arbeiten, und vor allem die gute Spürnase, gehören unbedingt dazu.“¹¹ Trotz dieser Veränderung bleibt eine Kontinuität: Das Wissen und der Frust um die Vergeblichkeit der individuellen Bemühungen.

Solcherart frustriert ist Duffy von Dan Kavanagh in „Vor die Hunde gehen“, „Abblocken“ und „Schieber-City“ aus dem Haffmanns-Verlag, die nach Übernahme des Krimi-Programms durch den Heyne-Verlag nun dort weiterhin erhältlich sind. Duffy, auch das ist typisch, ist Ex-Polizist, lebt in London und versucht sich als Verkäufer und Installateur von Alarmanlagen und als Privatdetektiv. Seine Hilfe: Ein von Abhörangst getriebener Technikfreak und eine Polizistin. Die deprimierenden Geschichten von Ungerechtigkeit, Brutalität, Bestechlichkeit im englischen Alltag sind nur durch die Schilderung von Duffys Macken und durch seine Selbstgespräche über die kleinen und großen Probleme der Welt zu ertragen: Da wären die Uhrentickphobie, die Angst vor m Fliegen oder die Frage aller Waschsalonkunden: „Was ist mit der anderen Socke? Wenn man vierundzwanzig reintat, bekam man dreiundzwanzig zurück ...“ Dieser Privat-Eye ist nicht Abziehbild der Realität, aber von solch realistisch-humorvollen Macken und Problemen des Alltags gezeichnet, daß die Spannung der Kavanagh-Krimis fast schon Nebensache wird.

Conny Lens richtiges, festversprochenes, skurriles Team bringt in den Steeler-Straße-Krimis Verbrecher zur Strecke. Mit „Die Sonnenbrillenfrau“,

„Ottos Hobby“, „Casablanca ist weit“ und „Endstation Abendrot“ kämpfen Wolli Schröder, Chris Ullmann und Benno Korn ständig gegen den drohenden Konkurs. Denn Wolli Schröder, der Chef, lehnt zwar nie ein Bier, aber fast alle Aufträge ab - aus ethischen, moralischen, politischen oder sonstwelchen Gründen. Die als „bißchen Fakten sammeln, bißchen was nachdenken, und schon kackt das Pferd“ zusammengefaßte detektivische Arbeit kämpft auch noch gegen die Humorlosigkeit im Krimi und gewinnt. Kein Mord trübt die gute, spannende Unterhaltung dieser Krimis aus dem Haffmanns-Heyne-Programm bei den Versuchen von Menschen, sich wirtschaftliche Vorteile zu verschaffen, um damit ein besseres Leben zu beginnen.

Trotz der Konkurrenz von duMont und Haffmanns wird die Rowohlth-Thriller-Reihe mit ihrem konstanten Marktanteil von schwarzen Bändchen nicht nur optisch weiterhin die beherrschende Rolle auf dem Krimi-Markt behalten. Aber: Mittlerweile kommt Langeweile auf - und auch die „Vielfalt von Geschmacksnuancen“ täuscht nicht darüber hinweg, daß in dieser Reihe nur noch zählt, daß man/frau „sich vom eleganten Ton einer höchst düsteren Unterhaltung forttragen läßt.“¹²

Ausnahmen bestätigen auch hier die Regel: Von Linda Barnes sind mittlerweile über den Wunderlich-Verlag zu RoRoRo-Thriller vier Krimis mit Carlotta Carlyle erschienen. Carlotta ist eine Privatdetektivin, die ihre Phasen ohne Aufträge als Taxifahrerin überbrückt, sich mit einem Cop in platonischer und einem Mafia-Jüngling in nichtplatonischer Beziehung durch unterschiedliche Verbrechen schlägt. Ihr Team: Der Cop hilft ab und zu, ein karatekämpfendes Liebspaar ständig. Daneben führt sie ein Privatleben als Basketballerin und als Big Sister, d.h. sie kümmert sich per Vertrag um ein Mädchen, deren Entwicklungschancen eingeschränkt wären, wenn nur der Staat sich um sie kümmern würde: Big Sister heißt diese Organisation - eine positive, von unten ausgehende Alternative zur Angst vor dem „Big Brother is Watching You“.

Hochhackige Schuhe und zuviel Empfindsamkeit ...

Zumindest die Krimis mit der Figur Carlotta Carlyle von Linda Barnes ver-

abschieden sich nicht nur von der männlichen Hauptfigur, sondern präsentieren die Rolle der Frau neu, wie sie programmatisch mit dem Programm des Ariadne-Verlages gefordert wurde. „Ganz ausgeschlossen waren damit für uns alle Texte, in denen diese zarten Geschöpfe und geborenen Opfer den Spannungsrahmen schmücken, schließlich den Helden selbst noch durch eine Ohnmacht zur falschen Zeit, hochhackige Schuhe und zuviel Empfindsamkeit in Lebensgefahr bringen, um endlich doch gerettet und geheiratet zu werden.“¹³ Diese Rolle wird den Frauen, auch in einigen als Frauenkrimi bezeichneten, noch immer zugemutet. So z.B. bei Econ: Durch Verleger Oppenberg über die Rheinisch-Westfälische Verlagsgesellschaft¹⁴ gesteuert, finden hier AutorInnen aus dem englischen und amerikanischen Börsen- und Banker-Milieu die Chance, ihre Erfahrungen aus der Wirtschaftskriminalität nochmals in Form von Buchtantiemen zu verwerten. Denise Danks z.B. fällt mit ihrer Heldin Georgina Powers durch das Anspruchsraster der Rollenhinterfragung von Frauen in Krimis des Ariadne-Verlages genauso wie die Heldinnen Smith & Wetzon von Annette Meyers, ebenfalls bei Econ erschienen.

Die Rebellion der Einzelkämpferinnen

Die moralischen Anschauungen der bisher erwähnten PrivatdetektivInnen sind davon geprägt, daß sie versuchen, die (Eigentums-) Interessen der Klienten zu vertreten. Die Grenzen ihrer pragmatischen Auffassung von Recht, Gesetz und Unrecht sind erreicht bei Mord, bestechlichen Bullen, Vergewaltigung und Drogenhandel und sexuellem Mißbrauch. Bei solchen Fällen führt der Krimi durchweg in den Grenzbereich von Rache und Selbstjustiz.

Gedanken, die in der heutigen Zeit auf bedenkliche Zustimmung stoßen könnten. Wir (sollten) ja wissen: Die individuelle Revolte führt in die Sackgasse. Aber individuelle Lösungsansätze sind aktueller und beliebter als wir es uns wünschen. Heute fehlt Vorschlägen, die unmittelbar an Einzelheiten ansetzen, die Durchschlagkraft, weil sie an der Gesamtrichtung nichts ändern. Und Entwürfen, die auf eine Änderung der Gesamtrichtung zielen, wird mit resignativer Zurückhaltung begegnet. Die EinzelkämpferInnen in der

Kriminalliteratur sind deshalb nicht mehr ausschließlich tragische HeldInnen, sondern zum Teil schon wieder Vorbilder für ein Engagement der falschen Art.

Zwischen Recht haben und Recht kriegen steht nicht mehr länger das Gesetz ...

... sondern nur die personifizierte Mischung aus engagierter, sozialkritischer Anwältin mit linker Vergangenheit und detektivischem Spürsinn, die mit soziologischen Kenntnissen in jeder Situation ohne überzogene Action den Mord aufklären und das Verbrechen sühnen kann.

Neil Hamel, die Heldin von Judith van Gieson in „Ein Kind aus dem Nichts“, „Wölfe“, „Jagdinstinkt“ und „Goodbye, Lonnie“, kämpft im Südwesten der USA gegen kleingeistige Polizisten, lasche Staatsanwälte und amerikanische Borniertheit allgemein. „In unserer Kultur gibt es eine niederschmetternde Botschaft: kein Mensch ist jung genug, blond genug, reich genug, schlank genug und fit genug, und die einzige Möglichkeit, sich ein bißchen aufzuwerten, ist, andere niederzumachen.“ Neben solchen Botschaften ist es auch hier der Druck des Marktes, daß diese Autorin unter dem Label „Frauen-Krimi“ im Bastei-Lübbe Verlag er-

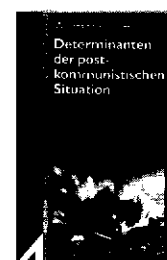
scheint. Die reißerische Werbung („Die Abgründe der weiblichen Psyche - ausgelotet werden sie in Krimis ganz eigener Prägung: Frauen, verstrickt in mörderisches Geschehen, suchen ihren eigenen Weg“) sollte nicht von der Lektüre abhalten.

Die Botschaft: „Wer sich richtig einsetzt, kann auch in einer ungerechten Gesellschaft Gerechtigkeit durchsetzen“ finden wir bei Francis Fyfield. In „Dieses kleine tödliche Messer“, „Feuerfische“ und „Schatten im Spiegel“ - alle erschienen bei dtv - kämpft die Staatsanwältin Helen West für die wahre Gerechtigkeit. Unterstützt von aufrechten Polizisten, die sich der Beschränktheit ihrer Möglichkeiten bewußt sind, schafft sie es mit rechtsstaatlichen Mitteln, das Verbrechen zu sühnen. Und dabei noch eine Spannung zu erzeugen, die nichts für schwache Nerven ist.

„Sich als Schuldig erweisen bedeutet, daß es vor Gericht bewiesen wurde. Das hat nichts mit Schuld oder Unschuld zu tun. Das ganze ist ein Spiel. Es ist schlimmer als ein Spiel. - Das ganze verdammte System stimmt nicht. Und ich wüßte nicht, wie das jemals geändert werden sollte.“ So die in „Katzensprung“ und „Jagdtrieb“ formulierte Position von Shirley Shea - auch bekannt als Marion Foster. Einmal nutzt die Frau eines Strafverteidigers und einmal eine ermittelnde Polizistin ihr Wissen, um die Art und Weise, wann eine polizeiliche Ermittlung abgeschlossen

wird. Ihre Frage: Ist Recht durchzusetzen mit Gewalt oder mit Mut und Stärke und Vertrauen in bestehende Institutionen und Menschen. Das Motto „Hilf dir selbst, sonst hilft Dir keine“, baut auf der Fragestellung auf: Kann eine patriarchalisch geprägte Justiz, kann ein patriarchalisches Strafrecht die steigende Gewalt gegen Frauen adäquat bestrafen? Sind die Urteile gegen die Täter nicht immer eine Verhöhnung der Opfer?

- 1 Marx, Karl: Der Akkumulationsprozeß des Kapitals, MEW Bd. 23, S. 790
- 2 Siemsen, Anna: Kriminalromane, in: Bildungsarbeit, Mitteilungsblatt der schweizerischen Arbeiterbildungszentrale, 12. Jg. (1941) Heft 5, S. 42
- 3 An dieser Stelle vielen Dank an den Genossen Klaus Tovar aus Münster für diese treffende Formulierung.
- 4 Mandel, Ernest: Ein schöner Mord. Sozialgeschichte des Kriminalromans, Ffm. 1987, S. 81ff. und S. 134
- 5 Mandel, S. 80
- 6 Metscher, Thomas: Thesen zur materialistischen Ästhetik, in: spw 69, S. 54
- 7 Brecht, Bertolt: Über die Popularität des Kriminalromans, in: Werke, Ffm. 1991, S. 575ff.
- 8 Vgl. Mandel, S. 22 ff. u. S. 53 ff.
- 9 Vgl. Lau, Jörg: Arstensterben. Ende eines Kollektivs, in: TAZ vom 30. 10. 1993, S. 18.
- 10 Für diese treffende Formulierung: Vgl. Grundmann, Martin: Der Abschied vom männlichen Helden, in: ARIADNE-FORUM, Nr. 2, S. 90ff.
- 11 Vgl. Helga Blomquist: Schnüffeln allein reicht nicht mehr, in: Lernfeld Betrieb 4/1992, S. 5.
- 12 Simon-Zülich, Sybille: Wackeres Kaninchen. Rezension über Ruth Rendell, in: Freitag Nr. 9 vom 26. 2. 1993, S. 13.
- 13 Haug, Frigga: Vorwort zu „Wenn die grauen Falter fliegen“ von Marion Foster.
- 14 Vgl. Wirtschaftswoche, Nr. 20 vom 13.5.1994, S. 50.



Wolfgang Fritz Haug: Determinanten der postkommunistischen Situation (Wahrnehmungsversuche 2) Argument-Sonderband Neue Folge Band 218 160 Seiten 23 DM 180 ÖS 24 SF ISBN 3-88619-218-9

Die in diesem Band versammelten Beiträge sind wiederum Gelegenheitsarbeiten (vgl. Wahrnehmungsversuche 1, Argument-Verlag 1990). Die Gelegenheiten reichen vom letzten Parteitag der KPdSU im Juli 1990, den der Autor als Korrespondent einer Wochenzeitung miterlebte, über Putsch und Gegenputsch in Moskau vom August 1991 bis zur deutschen Vereinigungskrise. Der Aufsatz, der dem Band den Titel gibt, entstand als Vor-

trag zum hundertjährigen Jubiläum der Landesirrenanstalt von Berlin, einer Institution, die mit Dürrenmatt als der geeignete Ort für gegenwartsgeschichtliche Weltbetrachtung angesehen werden kann.

Alle hier gesammelten Essays, Reden, Interviews und Zeitungsartikel aus den Jahren 1990 bis 1993 sind Beiträge zu einer Geschichte der Gegenwart, der es darum geht, nicht nur die Tatsachen theoretisch-kritisch zu reflektieren, sondern auch kritische Theorie in der Nachfolge von Marx der Kritik der Tatsachen auszusetzen.

»Dieser Argument-Sonderband kann helfen, wieder den herrschenden Strich zu streifen.« Berliner Linke



Philip Cohen: Verbotene Spiele Argument-Sonderband Neue Folge, Band 214 304 Seiten 40 Abbildungen 29 DM 225 ÖS 30 SF ISBN 3-88619-214-8

Gegenstand der Untersuchung sind die vielfältigen Ebenen rassistischer und antirassistischer Diskurse und die Grenzgängiger Erklärungsmuster für Rassismus. Cohen beläßt es nicht bei Kritik und Analyse. In der detaillierten Beschreibung seines Forschungsprojektes über Rassismus in der Schule schildert er Beobachtungsmethoden, die auch im Alltag von Schule oder Jugendarbeit anwendbar sind; in den Materialien für einen antirassistischen

Unterricht finden sich Vorschläge zur Arbeit mit Fotografie, zum Verfassen von Fotogrammen, für Spiele mit Fotomasken und Monsterverkleidung und zum Umschreiben von Kinderbüchern, Filmen und Comics.

Es wird eine antirassistische Erziehung entwickelt, die über bloße Verbote und Gebote ebenso hinausgeht wie über das Kennenlernen „anderer Kulturen“. Statt dessen werden die eigenen fremden Wünsche erkundet, mit denen man umgehen lernen muß, um sie nicht den „anderen“ zuschreiben zu müssen. Nicht positive statt negative, sondern vielschichtige statt einseitige Bilder sind das Ziel.

Argument Verlag
Renzelstraße 1 · 20146 Hamburg
Tel. 040 45 36 80 · Fax 44 51 89

spw verschenkt zwei nützliche Bücher an alle, die ein neues **spw**-Abonnement an die Frau oder an den Mann bringen.

Köstlichkeiten aus aller Welt - je 100 Kochrezepte!

Ladenpreis: DM 19,80 (Dreisam-Verlag)

- (11) Brasilianische Gerichte
- (12) Griechische Gerichte
- (13) Indonesische Gerichte
- (14) Italienische Pasta-Gerichte
- (15) Mexikanische Gerichte
- (16) Portugiesische Gerichte
- (17) Provenzalische Gerichte
- (18) Russische Gerichte
- (19) Türkische Gerichte



Mit dem richtigen Ratgeber - immer vollen Durchblick!

Ladenpreis: DM 24,50 (Dreisam-Verlag)

- (21) Umwelt-Lexikon
- (22) Haushalt ohne Gift
- (23) Recht am Arbeitsplatz
- (24) Mieterrechte
- (25) Rechtsratgeber für Arbeitslose
- (26) Verbraucherrechte
- (27) Zusammen leben - ohne Trauschein
- (28) Reisen und Recht



Was Sie immer schon lesen wollten!



(31) Jürgen Kuczynski,
Probleme der Selbstkritik

(32) Lutz Hoffmann,
Die Unvollendete Republik

(33) L. Elm/D. Heither/G. Schäfer,
Füxe, Burschen, alte Herren
Ladenpreis: jeweils DM 24,80

(34) K.-H. Heinemann/W. Schubarth,
Der antifaschistische Staat
entläßt seine Kinder
Ladenpreis: DM 14,80

(Papyrossa Verlag)



**Bitte beide Nummern der
Buchgeschenke auf der
Abo-Karte angeben!**